

ЧЕТВЪРТЪК 5 ФЕВРУАРИ 2009 Г.
JUEVES 5 DE FEBRERO DE 2009
ČTVRTEK, 5. ÚNORA 2009
TORSDAG DEN 5. FEBRUAR 2009
DONNERSTAG, 5. FEBRUAR 2009
NELJAPÄEV, 5. VEEBRUAR 2009
ΠΕΜΠΤΗ 5 ΦΕΒΡΟΥΑΡΙΟΥ 2009
THURSDAY, 5 FEBRUARY 2009
JEUDI 5 FÉVRIER 2009
GIOVEDÌ 5 FEBBRAIO 2009
CETURTDIENA, 2009. GADA 5. FEBRUĀRIS
2009 M. VASARIO 5 D., KETVIRTADIENIS
2009. FEBRUÁR 5., CSÜTÖRTÖK
IL-HAMIS, 5 TA' FRAR 2009
DONDERDAG 5 FEBRUARI 2009
CZWARTEK, 5 LUTEGO 2009
QUINTA-FEIRA, 5 DE FEVEREIRO DE 2009
JOI 5 FEBRUARIE 2009
ŠTVRTOK 5. FEBRUÁRA 2009
ČETRTEK, 5. FEBRUAR 2009
TORSTAI 5. HELMIKUUTA 2009
TORSDAGEN DEN 5 FEBRUARI 2009

PRESIDE: ALEJO VIDAL-QUADRAS
Vicepresidente

1 - Apertura de la sesión

(Se abre la sesión a las 10.00 horas)

2 - Presentación de documentos: véase el Acta

3 - Comercialización y utilización de los piensos (debate)

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, en nombre de la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural, sobre la propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo sobre la comercialización y la utilización de los piensos (COM(2008)0124 - C6-0128/2008 - 2008/0050(COD)) (A6-0407/2008).

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Berichterstatter. – Herr Präsident, verehrte Frau Kommissarin! Wir diskutieren heute über die so genannte offene Deklaration. Es geht um Transparenz bei Futtermitteln als Basis für gesunde

Lebensmittel für die Verbraucherinnen und Verbraucher, und es geht darum, dass die Kunden von Mischfuttermitteln eine Übersicht darüber haben, was ihnen geliefert wird.

Wenn wir heute diese Verordnung verabschieden, hoffe ich, dass wir nach einem langen Weg zu einem guten Abschluss kommen, und ich möchte mich bei der Kommission bedanken, die uns durch konstruktive Sacharbeit sehr geholfen hat. Sie traf auf den unbedingten politischen Willen des Parlaments, diese offene Deklaration durchzusetzen, und sie traf auch auf eine hartnäckige, aber faire Auseinandersetzung mit dem Rat. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Gehen wir noch kurz auf in die Geschichte ein. Wir hatten die BSE-Krise, und 1997 gab es einen Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses, in dem das Parlament diese offene Deklaration forderte. Die Kommission legte einen Vorschlag vor, der dann in die Richtlinie 2002/2/EG mündete, in der in einem Kompromiss mit dem Rat – es lief damals durch alle Instanzen – die offene Deklaration durchgesetzt wurde, nämlich dass mit +/- 15 % die Angabe auf dem Etikett erfolgen und die exakte Zusammensetzung bei Nachfrage kundgetan werden musste.

Dies war damals eine Richtlinie und keine Verordnung, und die Länder setzten sie nur sehr zögernd oder gar nicht um. Die Futtermittelindustrie klagte vor dem EuGH und wir bekamen damals eine Bestätigung erster Klasse: Bis auf die exakte Auskunft war die Rechtmäßigkeit dieser Richtlinie nicht strittig. Wir haben dann diesem Urteil mit einem weiteren Verfahren im Parlament Rechnung getragen und sind jetzt mit dieser Verordnung zu einem Abschluss gekommen. Ich hatte die Ehre, jedes Mal Berichterstatter zu sein, und in diesem langen Zeitraum hat es mit der Kommission eine äußerst intensive und vertrauensvolle Zusammenarbeit gegeben.

Heute haben wir ein Ergebnis vorliegen, das hart, aber fair erstritten worden ist. Es kann sich sehen lassen. Es zeigt sich auch, dass es von der Mehrheit des Hohen Hauses und von den Fraktionen getragen wird. Es gibt keine Änderungsanträge, woraus ich schließe, dass wir diese Verordnung auch mit großer Mehrheit verabschieden werden. Wir haben dann eine gute Verordnung, die eine offene Deklaration in drei Schritten – Sie kennen sie – gewährleistet: erstens die Komponenten in absteigender Reihenfolge ihrer prozentualen Anteile, zweitens die Auskunft mit +/- 15 % bei den Futtermittelfirmen – hier haben wir keinen geistigen Eigentumsvorbehalt in diesem Gesetz festgeschrieben, sondern auf die allgemeine Gesetzgebung verwiesen – und drittens die exakte Auskunft bei den Behörden.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass wir ein Register angelegt haben. Es wird in der Europäischen Union keine Verfütterung und keine Beimischung von Komponenten mehr geben, ohne dass diese veröffentlicht werden, denn sie müssen in das Register aufgenommen werden. Das ist einmal für die Kontrollbehörden wichtig, es ist aber auch für die Öffentlichkeit und für die Kunden wichtig. Ich kann also sagen, dass ich als Berichterstatter insgesamt mit diesem Ergebnis sehr zufrieden bin.

4-009

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, first of all I would like to thank the Committee on Agriculture and Rural Development for its work on this dossier, and especially the rapporteur, Mr Graefe zu Baringdorf, as well as all the shadow rapporteurs, who all played an important role.

Mr Graefe zu Baringdorf has managed to steer discussions during the negotiations with great skill, and we are very grateful to him.

The compromise package maintains the high level of feed safety achieved in the EU. It strikes the right balance between consumer protection and intellectual property rights. It removes the burden of the pre-market authorisation procedure for bio-proteins, modernises the labelling of feed through proper information for the customer and places co-regulation at the heart of legislative procedures. It improves market transparency through the notification system for new feed materials, facilitates innovation and competitiveness in the EU feed business and marks a concrete step against the misleading of feed users – be they farmers or pet owners.

The result of the negotiations is the compromise package submitted for your vote, which amounts to simplification and modernisation of the current legal framework. The provisions concerning the so-called 'open declaration' allow for a more modern type of labelling. Feed materials incorporated into compound feed for food-producing animals will have to be labelled by weight, in descending order.

On top of this, the exact percentage of weight has to be indicated for highlighted feed materials, and in the case of voluntary labelling.

Furthermore, the provision that certain information concerning compound feed can be transferred from the competent authorities to the purchasers on grounds of urgency improves the appropriate information to the user in cases such as feed contamination incidents.

In this context, the Commission makes the following declarations. First, in order to adapt Annex III on the tolerances for the compositional labelling of feed materials and compound feed to scientific and technical development, the Commission and its services envisage taking up examination of that Annex. In this context, the Commission will also consider certain feed materials with moisture content greater than 50%.

Second, with regard to the labelling of additives, the Commission will study whether the principles of information through labelling of feed could also apply to the additives and premixtures authorised under the Regulation on additives for use in animal nutrition.

Finally, the Commission understands that any urgencies relating to human and animal health and the environment may include urgencies generated, among other things, by negligence, international fraud or criminal acts.

4-010

Albert Deß, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich auch für die EVP-Fraktion recht herzlich bei unserem Berichterstatter, Graefe zu Baringdorf, bedanken. Ich glaube, die Vorgehensweise bei diesem Bericht ist ein Musterbeispiel für die parlamentarische Arbeit hier.

Wir werden heute in der Abstimmung keine Änderungsanträge haben, weil hier sachlich eine sehr fundierte Arbeit über die Fraktionen hinweg stattgefunden hat. Ich bin überzeugt, dass sich dieses Resultat sehen lassen kann. Wir haben ein ausgewogenes Ergebnis erreicht, das die Interessen der Landwirte als Anwender der Futtermittel, der Futtermittelhersteller und aller weiteren Beteiligten an der Lebensmittelkette sicherstellt.

Die Transparenz wird verbessert, und gerade meine Fraktion hat auch großen Wert darauf gelegt, dass ein Register angelegt wird, in dem Rohstoffe, die in Futtermittel eingemischt werden, entsprechend gemeldet werden müssen. Wir haben immer wieder Lebensmittelskandale. Das wird auch das neue Recht nicht verhindern, weil keine europäische Vorschrift geeignet ist, kriminelle Energie zu verhindern. Aber die Vorschriften werden mit dazu beitragen, dass, wenn es zu Skandalen kommt, schneller sichergestellt werden kann, welche Stoffe beigemischt wurden.

Ich finde es auch gut, dass die Futtermittelhersteller freiwillig weitere Angaben machen dürfen. Wenn sie weitere Angaben machen, muss das wissenschaftlich bewiesen sein, auch dies finde ich einen hervorragenden Vorschlag. Ich bin der Meinung, dass durch dieses neue Futtermittelrecht der Schutz wesentlich verbessert wird, und dass die Landwirte dadurch, dass sie durch die absteigende Reihenfolge wissen, in welcher Größenordnung hier Komponenten eingemischt worden sind und was für ihre Tiere das beste Futter ist, entsprechend auswählen können.

Ich bedanke mich nochmals bei allen Beteiligten, die mitgewirkt haben, dass dieser gute Bericht so zustande gekommen ist.

4-011

Rosa Miguélez Ramos, en nombre del Grupo PSE. – Señor Presidente, señora Comisaria, como ya hice en la reunión de la Comisión de Agricultura, quiero, en primer lugar, felicitar al ponente, a los ponentes alternativos de los otros grupos políticos y, también, al Consejo, por el trabajo realizado.

El trabajo que nos ha permitido llegar a un acuerdo en primera lectura y que ha sido, además, un excelente rodaje en el procedimiento de codecisión, que será, en un futuro próximo, el habitual en nuestra comisión.

En la actualidad, señorías, la legislación sobre circulación de materias primas para piensos y de piensos compuestos para animales, incluidos los animales de compañía, —un sector que representa a nivel comunitario una cifra de negocios de unos cincuenta mil millones de euros— está regulada por muchas directivas y por unos 50 actos modificativos o de ejecución.

La simplificación de la normativa y una aplicación armonizada de la misma son los principales objetivos, que, sin duda, se van a materializar con este reglamento.

En 2006, la Comisión de Agricultura de este Parlamento ya había debatido sobre la comercialización de los piensos. En aquel momento, todos lo recordarán, solicitamos por unanimidad a la Comisión Europea que, en la futura revisión, fuera capaz de encontrar el justo equilibrio entre el interés de los agricultores por disponer de una información detallada de los ingredientes y el interés de la industria por obtener una protección suficiente para su saber hacer.

El compromiso alcanzado sobre los principales puntos sensibles de la propuesta de la Comisión, la declaración abierta de materias primas y la creación del catálogo comunitario de materias primas reflejan bien, a mi modo de ver, ese equilibrio. Prueba de ello es la buena acogida que ha tenido el compromiso por todas las partes implicadas.

Efectivamente, el compromiso permite, en la declaración abierta, preservar el derecho de los compradores a estar informados y el de los fabricantes a la propiedad de su saber hacer, al indicar que la información deberá ser proporcionada sin perjuicio de la Directiva 2004 sobre los derechos de propiedad intelectual.

No cabe duda, señorías, de que en una relación de confianza entre proveedor y usuario las fórmulas se conocen, pero no sería lógico estar obligado a dar la receta al primer cliente que aparezca por la puerta. Muchos de nosotros llevamos años bebiendo Coca-Cola, no conocemos la receta y, sin embargo, no ponemos en duda que se respetan las características y que se respeta lo establecido a nivel sanitario.

La sentencia del Tribunal de Justicia que ya ha sido mencionada establece de modo taxativo que la obligación de informar a los clientes que lo soliciten de la composición exacta de sus piensos no está justificada por el objetivo de protección de la salud que se persigue.

Dicho esto, quiero recordar que la autoridad competente podrá tener, en todo momento, acceso a la composición exacta y que, tal y como se establece en el compromiso alcanzado, cualquier urgencia relacionada con la salud humana o con la salud animal o con el medio ambiente, permitirá que se facilite al comprador la información exacta acerca de la composición de los alimentos concernidos, tras sopesar los intereses legítimos tanto de fabricantes como de compradores.

En cuanto al catálogo de buenas prácticas de etiquetado, se mantiene el carácter voluntario de este instrumento al servicio de los profesionales del sector sin que en ningún momento se convierta en una lista positiva de las materias primas para la fabricación de los piensos compuestos, porque esto es algo que no se nos había pedido.

La normativa sí incluirá, a petición del Parlamento Europeo, un nuevo anexo con una lista de materias primas cuya comercialización o utilización para la alimentación animal esté prohibida o restringida, catálogo —o anexo o lista— que la Comisión podrá ir actualizando.

El Grupo de los Socialistas Europeos, mi Grupo, al que represento, señorías, apoya el compromiso alcanzado y no ha presentado enmiendas al Pleno. Estamos totalmente de acuerdo con la posición, tal y como se presenta hoy aquí en esta Cámara, y votaremos, por tanto, a favor de la misma.

4-012

Jan Mulder, *namens de ALDE-Fractie*. – Ook ik zou willen beginnen met mijn complimenten uit te spreken aan de rapporteur, de heer Graefe zu Baringdorf. Ook de Liberale Fractie is van mening dat het bereikte compromis een goed compromis is en wij kunnen er dus later vandaag vóór stemmen.

Het belangrijkste is dat de intellectuele eigendom van de veevoederfabrikanten gewaarborgd is. Als wij in de sector vernieuwing willen hebben - gisteren hebben wij gestemd over een klimaatverslag - dan kan ook op het stuk van veevoeder nog een heleboel verbeterd worden, zodat de uitstoot van allerlei gassen door de veestapel daalt. Nu, die uitdaging moeten wij aangaan. Als veevoederfabrikanten zich dan vernieuwen, mag dat niet belemmerd worden door al te stringente regelgeving inzake openbaarmaking. Deze openbaarmaking is in mijn ogen gewaarborgd, anderen hebben dat ook al gezegd. Zij zou op verzoek van de overheid, dan wel van een bepaalde klant kunnen gebeuren. Niets houdt de veevoederfabrikanten tegen om dit op basis van vrijwilligheid te doen.

Het is niet het belangrijkste om te weten welke de ingrediënten als zodanig zijn. Veel belangrijker is de precieze voedingswaarde van veevoeder. Deze moet correct worden aangegeven. Alles wat op het etiket staat, energie, eiwit etc., is belangrijk. Kortom, de Liberale Fractie zal zich achter dit compromis scharen. Wij zullen ook tegen de veevoederfabrikanten zeggen dat, als zij hun productieprocessen en hun veevoedersamenstelling etc. willen vernieuwen, dit compromis een goed compromis is waarmee dit wordt aangemoedigd.

4-013

Andrzej Tomasz Zapalowski, *w imieniu grupy UEN*. – Panie Przewodniczący! Rynek pasz i ich stosowanie przy produkcji zwierzęcej jest niezwykle ważny, gdyż dotyczy on zdrowia setek milionów obywateli państw Unii Europejskiej.

Przykre doświadczenia z przeszłości w postaci chorób zwierząt wywołanych przez nieodpowiednie pasze spowodowały ogromne koszty materialne i społeczne w krajach Wspólnoty. Dlatego też określenie składu pasz jest niezwykle ważne, aby ograniczyć użycie niedobrych pasz. Ważne jest także skuteczne egzekwowanie tych przepisów zawartych w rozporządzeniu, aby nie były one tylko pustymi deklaracjami.

Obecnie miliony osób, a nawet całe kraje w Europie przeciwne spożywaniu żywności wyprodukowanej na bazie pasz, w których stosuje się modyfikowane genetycznie rośliny, mają prawo o tym wiedzieć. Tak więc o tym, co zawiera pasza, powinno się informować nie tylko farmerów, ale zakłady przetwarzające żywność powinny informować o tym także klientów na etykietach. A tego się nie robi.

Przed kilkoma miesiącami debatowaliśmy na tej sali o zwiększającej się w Europie ilości otyłych osób. Przecież ten problem dotyczy w dużym stopniu właśnie składników pasz, gdyż to one decydują znacząco o jakości mięsa. Bardzo dobrze się stało, iż w projekcie rozporządzenia zwrócono dużą uwagę na higienę produkcji pasz oraz problem dodawania w trakcie ich produkcji zanieczyszczonych materiałów. Taka praktyka była niekiedy stosowana w wielu koncernach.

4-014

Alyn Smith, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, I will be no exception in offering my congratulations to my group colleague, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, who has worked very hard on what must be one of the more technical dossiers we have dealt with. He has also displayed the wisdom of Solomon in striking a balance between the needs of the consumers and the very legitimate needs of manufacturers for the protection of their product and their intellectual property.

This is what I would call back home one of the more classic European Parliament dossiers. Looking at our guests in the visitors' gallery, it is pretty safe to say that animal feed labelling is probably not one of the most glamorous subjects they could have heard us talking about today, but it is crucially important and it is a real example of where this Parliament adds value, and where we can ensure our consumers', our citizens' and our voters' faith in the food chain of the food they eat.

It is important to remember where this issue came from. The BSE crisis proved that what we feed our animals needs to be regulated. This Regulation needs to be transparent, and there needs to be a balance struck between consumers' needs and the needs of the manufacturers, but it can go wrong. It has gone wrong and we must ensure it does not go wrong again. This report is crucial in taking that forward.

I have had numerous meetings with the industry in Scotland, and with consumer groups and the farmers themselves, and there has been pretty well universal support and approval for the way that the Commission and Parliament have taken this forward and particularly for our rapporteur.

This dossier does add value. It is a good example of Parliament working. We often say that there has been good cooperation between the Commission and Parliament. On this one there really has been, and the fact that there are so few amendments being tabled to this report demonstrates that it will go through with a big majority. The Parliament has had a good day today.

4-015

Witold Tomczak, w imieniu grupy IND/DEM. – Panie Przewodniczący! Osiągnięty kompromis dotyczący pasz ma pewne zalety: harmonizuje i upraszcza unijne prawodawstwo, ale ma też zasadnicze wady: nie gwarantuje w wystarczający sposób bezpieczeństwa pasz i żywności, słabo chroni interesy 5 mln rolników prowadzących chów i hodowlę zwierząt oraz nie chroni dostatecznie naszego zdrowia.

Dostęp użytkowników pasz do informacji o ich składzie będzie nadal ograniczony z powodu ochrony prawa własności intelektualnej. Jeśli producent pasz użyje niebezpiecznego składnika, to nadal będziemy bezbronni. Problem pasz to kolejny dowód na błędny kierunek polityki rolnej, która wbrew deklaracjom wspiera przede wszystkim rolnictwo uprzemysłowione, a w takim rolnictwie rolnik nie musi mieć własnych pasz i może prowadzić chów zwierząt w oparciu o pasze wyspecjalizowanych przedsiębiorstw. Te kierują się przecież zyskiem i zawsze znajdą sposób na obniżenie kosztów, niekoniecznie uwzględniając bezpieczeństwo zwierząt i nasze zdrowie. W konsekwencji musimy mnożyć szczegółowe przepisy i zwiększać kontrole, doprowadzając je do absurdu.

Czy nie czas na odwrócenie tych tendencji i powrót do zrównoważonego rozwoju rolnictwa, w którym rolnik będzie miał własne pasze bez narażania się na straty wywołane dioksynami czy BSE? Postęp w rolnictwie nie musi oznaczać koncentracji produkcji, w tym koncentracji produkcji pasz. Pamiętajmy, że obecnie w Unii mamy 15 mln gospodarstw, z których aż 95% to gospodarstwa małe i średnie. Większość tych gospodarstw może realizować zrównoważony model rolnictwa dla dobra rolników, środowiska i nas wszystkich. Należy tylko radykalnie zmienić podejście do rolnictwa, a tym samym do realizowanej obecnie wspólnej polityki rolnej.

4-016

Jean-Claude Martinez (NI). – Monsieur le Président, ce qu'il y a de bien avec les animaux, c'est que les années passent et les problèmes restent les mêmes. Par exemple, pour les animaux sauvages, il s'agit toujours des pièges à mâchoires, et pour les animaux d'élevage, il y a toujours la question du transport, de l'élevage et des aliments. L'alimentation des animaux est un grand classique, un fourre-tout, une poubelle. On met des antibiotiques, du clenbuterol, des hormones de croissance, voire des restes d'autres animaux, et c'est toute l'affaire des farines anglaises contaminées de la décennie 1990.

Mais on nous dit aujourd'hui que l'ère des aliments-poubelle est terminée. Il y a eu une directive de 2002, un arrêt de la Cour de justice de 2005 et, maintenant, il y a le souci de concilier le marché, le profit – qu'on appelle la propriété intellectuelle – et la sécurité du consommateur.

Aujourd'hui, nous voilà donc avec un règlement. Avec l'outil classique de l'étiquette, on va y mettre tous les composants, par ordre décroissant en poids, une déclaration ouverte, une annexe III, une tolérance de plus ou moins 15 % et, pour les plus curieux, ils pourront même demander la composition exacte.

Seulement, restent deux grandes questions. D'abord celle des animaux importés qui, eux, n'ont pas eu d'étiquette. Le président Parish est là, il s'est beaucoup occupé des animaux qui arrivent du Brésil, qui ne sont pas marqués, qui sont au clenbuterol. Là, la sécurité, on ne sait pas trop.

Et puis reste la grande question des aliments importés. C'est-à-dire des matières premières qui arrivent du continent américain depuis les années 60! On appelait ça, dans les années 60, le *corn gluten feed*, les mélasses, les résidus d'oléagineux et, aujourd'hui, ça s'appelle les sojas transgéniques d'Argentine, du Paraguay, du Brésil, les maïs transgéniques du Canada ou des États-Unis. Parce qu'on est contre les OGM locaux, mais pas contre les OGM immigrés, si j'ose dire.

Or, il s'agit des deux tiers de l'alimentation de nos troupeaux, et ça c'est une vraie question sanitaire. L'arbre de la sécurité sanitaire européenne cache la forêt des dangers sanitaires mondiaux du fait de l'accord de l'Uruguay Round, de l'accord de Blair House, qui font qu'on importe nos oléagineux pour nourrir les deux tiers de nos troupeaux.

4-017

Neil Parish (PPE-DE). – Mr President, I should like to congratulate the Commissioner and Mr Graefe zu Baringdorf on their excellent work and the good cooperation we have had.

Let me say to the last two speakers and to the guests we have in the gallery: please eat your food safely this afternoon when you have your lunch, because, if we are to believe the last two speakers, there is nothing safe to eat anywhere as far as I can see!

The whole idea of this legislation is to bring safety to the food we eat, and, of course, what our animals eat is essential because we eat those animals. I know it is a very simplistic approach to take, but that is exactly why we are here.

Yes, we have made mistakes over the years, and I would be the first to admit that the feeding of meat and bone meal back to cattle caused the BSE problem – which was not anybody's finest hour – and that is why we are bringing this legislation forward.

The whole argument now is not about whether we should have transparency and have the ingredients on the label, because that is precisely what will be there. The manufacturers' argument was to ask whether they had to put the precise percentages, because somebody could then turn round and copy that feed and make exactly the same feed.

That is where the compromise and the work that Mr Graefe zu Baringdorf, the Commission and Council have done is so good, because we have reached a situation now where we can really trust our feed. If you have looked recently at the problems that we have had in Europe – and we have had problems in various countries with animal feed – this is not because the labelling system and the processes have been wrong, but because companies have broken the law.

Therefore, we must ensure not only that we get this law right but also that the Commission and Member States monitor this law and inspect the feed companies to make sure that they are not breaking the rules, because, again, people and consumers must have confidence in our food.

I would say to you that European food is as safe as we can get it, but we must never let up, to make sure that our consumers are absolutely satisfied that what they are eating is safe. I would say to our guests: please go and have a good lunch and be assured that it should be safe!

4-018

Bogdan Golik (PSE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Serdeczne gratulacje dla posła Graefe zu Baringdorfa za koleje dobre sprawozdanie.

Dążenie do uproszczenia obowiązującego obecnie prawodawstwa w zakresie wprowadzania do obrotu i stosowania pasz oraz z zakresu obowiązkowych i dodatkowych informacji umieszczanych na opakowaniach i dokumentach przewozowych jest słusznym posunięciem.

Z pewnością uproszczenia w zakresie przepisów technicznych oraz wzrost rozbudowanych przepisów stricte administracyjnych wpłyną pozytywnie na wzrost konkurencyjności sektora paszowego Wspólnoty i bezpieczeństwa żywności, o czym mówił poseł Parish. Jestem przekonany, że już samo to założenie jest słuszne.

Jednak w tym miejscu pragnąłbym zwrócić uwagę na pewną kwestię, która może okazać się problemowa. Uważam, że nałożenie obowiązku umieszczania na oznakowaniu bezpłatnego numeru telefonu w przypadku małych i średnich

producentów mieszanek paszowych przeznaczonych dla zwierząt domowych jest zbyt duże. Wprowadzenie tego przepisu w życie może spowodować zbyt duże obciążenia finansowe właśnie dla tych małych i średnich producentów, których jest najwięcej, jeżeli chodzi o producentów pasz.

Podsumowując, chciałbym podkreślić, że musimy dążyć do uproszczenia całego systemu prawodawstwa w zakresie wprowadzania na rynek i stosowania pasz. Należy przy tym dbać o bezpieczeństwo. Niemniej jednak wprowadzenie kontrowersyjnych i zbyt kosztownych przepisów może odbić się negatywnie właśnie na tych małych przedsiębiorstwach, które produkują na rynki lokalne.

4-019

Samuli Pohjamo (ALDE). – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari, hyvät kuulijat, minäkin haluan ensiksi kiittää esittelijä zu Baringdorffia tästä perusteellisesta asian valmistelusta.

EU:n elintarviketurvallisuuksi ovat ravistelleet viime vuosina monet kriisit, kuten BSE ja useat dioksiniskandaalit, joista viimeisin taisi olla viime syksynä. Kriisien syyt ovat usein löytyneet saastuneista rehuista, joiden taustalla on ollut leväperäinen tai jopa rikollinen toiminta. Tämä lainsäädäntöä yksinkertaistava ja selventävä asetusta on paikallaan. Asetuksen tulee vahvistaa kuluttajien luottamusta koko eurooppalaiseen elintarvikeketjuun. Kuluttajia on suojeltava ja heillä on oltava mahdollisuus jäljittää, mistä ja miten tuotettuja elintarvikkeita he ostavat.

Toisena tavoitteena on viljelijän oikeusturva. Viljelijät joutuvat pakkausmerkintöjen perusteella tekemään valintoja, ja heidän on voitava luottaa rehujen moitteettomaan laatuun. Myös rehun tuottajien valmistajanoikeudet on turvattava, kuten Mulder aikaisemmin totesi.

Monissa jäsenvaltioissa asiat ovat hyvin hallinnassa, mutta nyt käsittelyssä oleva pakkausmerkintöjä selkeyttävää ja rehun alkuperän jäljittämistä helpottavaa asetusta tarvitaan, jotta asia saadaan kuntoon koko EU:n alueella ja jotta tulkintaerimielisyyksistä päästään eroon.

Haluan kuitenkin korostaa, että niin tämän kuin muidenkin asetusten kohdalla toimeenpanosta ja valvonnasta huolehtiminen ovat avainasemassa. Selkeät ja tarkat määräyksetkään eivät auta ellei niitä noudateta käytännössä. Rehun valvonnalla on varmistettava, että rehut ovat turvallisia, käyttötarkoitukseen soveltuvia ja lainsäädännön vaatimukset täyttäviä. Näin voidaan parantaa koko elintarvikeketjun turvallisuutta ja suojella kuluttajia.

4-020

Giovanni Robusti (UEN). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, alcuni anni fa in Italia si pretese di considerare mangimi gli alimenti miscelati in stalla dagli allevatori e, quindi, mangimifici le stalle. I produttori agricoli non sarebbero mai stati in grado di adeguarsi a normative sanitarie complesse, HACCP, tracciabilità, e quindi sarebbero stati costretti ad acquistare dai veri mangimifici alimenti che da secoli sono sempre realizzati in azienda. All'epoca riuscimmo a sventare l'agguato.

La relazione che stiamo discutendo oggi definisce i mangimi ma non i mangimifici. Per non scaricare ancora una volta la colpa sull'Europa, deve essere ben chiaro che gli alimenti per il bestiame miscelati all'interno dell'impresa zootecnica non sono mangimi, ma semplicemente miscelazione estemporanea di alimenti e di materie prime di produzione diretta dei campi, e l'azienda agricola non è un mangimificio. Forse è una posizione prevenuta, ma la prudenza non è mai troppa quando le interpretazioni hanno un elevato significato economico.

4-021

Jim Allister (NI). – Mr President, in the aftermath of the dioxin contamination in the Republic of Ireland which visited such losses on innocent producers and processors in Northern Ireland, we discussed new measures on the labelling of feedstuffs.

The obvious question for me is: would any of these proposals have saved my producers from their present losses? Sadly, the answer is 'no'. They will of course impose greater transparency, which is of itself all to the good, but only in respect of EU feedstuffs fed to animals within the EU, not in respect of feed fed to animals whose meat we then import into the EU.

Providing maximum detail on the precise composition of feedstuffs is right and understandable, but we must not so undermine intellectual property rights as to make them meaningless. In that respect I have some residual fears on aspects of these proposals. Compound mixes are trade secrets built up over years of research and trial. They must be adequately protected.

I trust that the 15% margin in description precision will be enough. I, for one, do not want to see feed mills in my constituency, which have worked hard and invested heavily in producing premium product, being gazumped and their intellectual property rights raided by manufacturers operating in cheaper production areas, either within or outside the EU.

I trust this regulation will not be either misused or abused in that regard. Yes, farmers are entitled to maximum information on compound contents, but within the confines of preserving the viability and the future of the mills from which they buy.

4-022

Esther De Lange (PPE-DE). – Ik zou mij willen aansluiten bij alle complimenten die al zijn geuit aan het adres van onze rapporteur. Bij de wetgeving op het gebied van diervoeders dient natuurlijk de gezondheid van mens en dier centraal te staan. Dat betekent duidelijke regels over het gebruik en de etikettering van de grondstoffen. Het geheel moet natuurlijk wel werkbaar blijven en niet leiden tot meer administratieve lasten of het in gevaar brengen - het is al gezegd - van intellectueel eigendom van de producenten. Wij zullen dat kritisch blijven volgen, maar het lijkt erop dat de nieuwe verordening aan deze eisen voldoet.

Ik maak daar wel een kanttekening bij en dat is op het gebied van de controle. Opnieuw geldt dat deze wetgeving valt of staat bij goede controle en sancties om het kaf van het koren te scheiden. De verordening stelt dat de straffen die de lidstaten zelf mogen toepassen doeltreffend, evenredig en afschrikkend moeten zijn. Ik roep de Europese Commissie op om de komende tijd kritisch te bekijken of dat in alle landen van de Europese Unie het geval is. Het kan immers niet zo zijn dat het ene land daar strenger mee omgaat dan het andere. Een mooie eerste casus vormen wat mij betreft de voorwaardelijke straffen die deze week, tien jaar na dato, werden uitgesproken in het Belgische dioxineschandaal.

En tot slot een onderwerp dat hier natuurlijk niet onaangeroerd kan blijven: het diermeel. Na het emotionele betoog van de eerste spreker van de Niet-ingeschrevenen zal ik mij beperken tot de feiten. Diermeel in diervoeding is sinds de BSE-crisis verboden. In het geval van bijvoorbeeld kippen leidt dat echter tot een tekort aan dierlijk eiwit in het voer, los van de terechte kritiek op het vernietigen van waardevolle eiwitten. Daarbij komt ook nog eens dat diervoeding voor de vijf miljoen veehouders in de Europese Unie, die het toch al niet gemakkelijk hebben, de grootste kostenpost is.

Natuurlijk willen wij niet terug naar een situatie waarin soorteigen dierlijke eiwitten in het voer terechtkomen. Kannibalisme, dat nooit meer! Om daar goed mee om te gaan zijn echter tests nodig. De Europese Commissie heeft aangegeven dat die tests in 2009 beschikbaar zouden kunnen zijn, zodat diermeel in het voer van bijvoorbeeld kippen of varkens weer op een veilige manier mogelijk zal worden. Ik zou graag van de Europese Commissie weten hoe het daarmee staat en welke stappen wij het komende jaar op dat terrein kunnen verwachten.

4-023

Wiesław Stefan Kuc (UEN). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Jakość produktów spożywczych pochodzenia zwierzęcego (mięsa, jaj, mleka) i ochrona konsumentów przed złą ich jakością od lat stanowi przedmiot zainteresowania Unii Europejskiej.

Aby produkty pochodzenia zwierzęcego były dobrej jakości, konieczne są dobrej jakości pasze – to jest najważniejszy czynnik – ale i odpowiednie warunki chowu. Większość składników pasz produkuje samo rolnictwo, ale dodatki paszowe do nich są najczęściej produktami chemicznymi. To one budzą najwięcej kontrowersji. Dlatego mimo wszystko powinniśmy walczyć o podawanie dokładnego składu pasz przemysłowych. Nie ma to nic wspólnego z prawem własności intelektualnej i jej ochroną. Jeśli znajdzie się urząd patentowy, który wyda świadectwo ochrony, to wtedy dopiero produkt będzie chroniony.

Nowości w dodatkach paszowych, gdy nie są dostatecznie zbadane, mogą być szkodliwe dla naszego zdrowia, choć będą zapewniały lepsze przyrosty czy wygląd produktu. Rolnik nie ma możliwości zbadania pasz i może tylko polegać na informacjach podawanych przez producenta. Pamiętajmy o chorobie BSE i skutkach dodawania do pasz mączki mięsno-kostnej. Dla zysku przemysł zrobi wszystko. Dlatego popieram w całej rozciągłości sprawozdanie pana Graefe zu Baringdorfa.

4-024

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Mam nadzieję, że propozycje zawarte w pakiecie kompromisowym, nad którym dzisiaj debatujemy, przyczynią się do uproszczenia przepisów w zakresie obrotu paszami i tym samym wpłyną na wzrost konkurencyjności sektora paszowego w Unii Europejskiej. Mam także nadzieję, że nowe zapisy nie spowodują wzrostu kosztów dla małych i średnich producentów mieszanek paszowych dla zwierząt.

Dyskutując na temat etykietowania należy pamiętać, że często problemem nie jest brak informacji na etykiecie danego produktu, ale brak jej zrozumienia przez zwykłego konsumenta. Zbyt wiele informacji na etykiecie może wręcz utrudnić dokonanie wyboru przez kupującego. Z jednej strony musimy zapewnić dostęp naszych obywateli do informacji, z drugiej zaś strony zabezpieczyć prawa własności intelektualnej producentów.

Popieram pomysł stworzenia listy składników, których nie można używać w żywieniu zwierząt. Jedno jest pewne – nie możemy dopuścić do powtórzenia się skandali związanych z żywnością. Pochodząca z Irlandii skażona dioksynami wieprzowina czy melanina w mleku z Chin są przykładem incydentów, które nie powinny być się zdarzyć. Możemy zadać pytanie: dlaczego system kontroli nie zadziałał odpowiednio i doszło do skażenia?

System kontroli wymaga więc większego nadzoru. Procedury muszą być przejrzyste i jednoznaczne. Kary za nieprzestrzeganie czy naruszenie systemu kontroli powinny być wysokie, bo są związane ze zdrowiem człowieka. Pomimo tego incydentu w Irlandii chciałbym zapewnić, że w Europie rolnicy i producenci przestrzegają najwyższych standardów na świecie. Nasza żywność cechuje się uznaną renomą i jakością. Żywność w Europie jest bezpieczna.

4-025

Elisabeth Jeggle (PPE-DE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Lassen Sie mich zuallererst unserem Berichterstatter, Graefe zu Baringdorf, ganz herzlich danken. Er hat nicht nur jetzt bei diesem Bericht, sondern auch in der Vergangenheit über viele Jahre eine klare Linie verfolgt, die immer das Ziel hatte, das, was wir heute erreicht haben – und zwar für die Landwirte im Bereich Inverkehrbringen und Verwendung – Klarheit zu schaffen, aber auch klare Forderungen an das Inverkehrbringen und an die Verwendung zu stellen.

Wir reden heute über den zweiten Schritt, und das ist auch gerade immer wieder deutlich geworden. Frau Kommissarin, wir haben gestern Abend, heute Nacht über den ersten Schritt geredet, das ist die Produktion. Ich möchte noch einmal darauf zurückkommen: Die Art der Produktion, die Art der Kontrollen in der Produktion, das ist die wichtigste Grundvoraussetzung für diesen Bericht, damit wir dann am Ende gesunde, sichere Futtermittel haben, um daraus gesunde und sichere Lebensmittel produzieren zu können.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass ich der Überzeugung bin, dass Betriebe, die auch Lebensmittel zu Futtermitteln verarbeiten, in ihrer Zulassung besser betrachtet werden müssen, dass das HACCP-Konzept als Grundlage – möglicherweise als Grundlage der Zulassung in ganz Europa – gefordert wird, denn das ist auch ein Problem unserer beiden Debatten gestern und heute. Wir brauchen gleiche Kontrollen bei gleichen Risiken in der gesamten Europäischen Union. Wir werden niemals ausschließen können, dass Menschen missbräuchlich handeln, wir haben aber mit diesem Bericht und auch mit der gestrigen Debatte gute Grundlagen dafür gelegt, dass wir Sicherheit geben, die nicht übertrieben ist. Auch das ist ja ein Punkt unseres Berichts heute, dass wir aus der Entwicklung nach der BSE-Krise gelernt haben, dass wir heute wissen, manche Dinge kann man auch wieder anders machen, und dass wir das tun sollten und tun müssen.

Mein Dank gilt noch einmal unserem Berichterstatter, der in allen Verhandlungen hier heute einen guten Bericht abgeliefert hat. Ich wünsche ihm aus diesem Haus eine hundertprozentige Zustimmung!

4-026

Véronique Mathieu (PPE-DE). – Monsieur le Président, l'excellent rapport de notre collègue, que je félicite, que nous allons voter aujourd'hui, est important car le secteur européen de l'alimentation animale constitue l'un des principaux secteurs de l'agriculture, tant en termes de production, puisqu'il représente la moitié de la production agricole dans l'Union européenne – 120 millions de tonnes –, que de chiffre d'affaires – environ 50 milliards d'euros. L'Union européenne compte, en effet, 5 millions d'éleveurs et 60 millions de foyers possédant des animaux de compagnie.

Dans le passé, l'Union européenne a digéré un certain nombre de crises sanitaires, ce qui fait qu'aujourd'hui nous devons être plus vigilants sur la transparence, pour répondre aux attentes des éleveurs, mais également des consommateurs. Les dispositions prévues dans ce rapport ont l'avantage de représenter un coût minime pour les industries et un grand bénéfice pour les consommateurs, qui sont de plus en plus attentifs à la qualité des produits qu'ils achètent. L'adoption de ce rapport permettra de limiter les risques en garantissant une meilleure qualité des produits, un meilleur contrôle, une meilleure traçabilité, une meilleure information de l'éleveur et donc, au final, du consommateur.

Aujourd'hui, avec l'accroissement des échanges internationaux, il est plus qu'impératif de renforcer tout dispositif de prévention pour que les crises alimentaires que nous avons connues dans le passé ne se reproduisent plus.

Ce rapport parvient à concilier le droit à l'information, tout en définissant strictement les éléments nutritionnels qui doivent obligatoirement figurer sur les étiquettes et le droit à la propriété intellectuelle, si important pour préserver la compétitivité de nos industries.

Je pense qu'effectivement les fabricants doivent avoir l'obligation de notifier immédiatement l'utilisation de toute nouvelle matière première entrant dans la composition des aliments pour animaux, en vue de garantir la transparence et faciliter le contrôle effectué par les autorités compétentes. Le fait d'inclure une procédure d'urgence qui permet d'introduire une nouvelle substance dangereuse dans la liste des matières interdites me semble tout à fait indispensable.

De même, donner à l'éleveur la possibilité d'interroger l'autorité nationale compétente ou la Commission européenne en cas de doute sur une allégation déloyale, permet de mieux verrouiller le système et de protéger le client, tout en préservant la loyauté des transactions commerciales.

Je souhaite donc apporter tout mon soutien à cet excellent rapport, car l'expérience montre qu'une réglementation sur l'étiquetage des aliments pour animaux privilégiant la qualité et la transparence, la traçabilité et le contrôle est le meilleur garant pour prévenir de nouvelles crises sanitaires en Europe.

4-027

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, I would like to thank the rapporteur for this report, which is a very technical one and answers the Court's question about protecting the rights of farmers and the rights of those who produce the animal feed they purchase.

I support the idea that intellectual property rights are worth protecting. We cannot have formulations being copied by operators who come in and out of the marketplace, so the report is successful from that point of view.

The issue of rogue operators has been brought up in the debate here this morning. The truth is that we will only keep a check on the industry if we check those who do not comply. That can only be done by regular monitoring, inspection and control at every point along the way. We debated that very vigorously last night in this Parliament and I was glad to hear that improvements will be made.

Lastly, a bigger point on the volatility of commodity prices. The Agriculture Commissioner is joining us. This is a big issue for the feed industry and for farmers, and it is one that we need to address.

4-028

James Nicholson (PPE-DE). – Mr President, firstly, I welcome this report and wish to congratulate the rapporteur, who is to be commended for his report and hard work.

We do indeed need transparency, and have to know what is in compound feed – there is no doubt about that. I have no problem with a company keeping its intellectual property rights confidential. However, recent events in the Republic of Ireland, with the dioxin problem, bring home very clearly to all of us the need for control. Farmers can have the highest possible standards of livestock husbandry and do everything right, but, as we have witnessed, all can be lost when events way beyond their control destroy all their good and hard work.

This is a good day for Parliament, and it shows what we can achieve through cooperation. Maybe it also shows what we can actually achieve within agriculture for a better future for farmers throughout the European Union.

I am pleased that Commissioner Fischer Boel is here with Commissioner Vassiliou this morning, because it is very important that we make the point of the serious danger of farmers in Northern Ireland – eight farmers at this moment in time – losing everything because the local Assembly has not been prepared to support them.

4-029

Agnes Schierhuber (PPE-DE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Dank gilt zuerst unserem Berichterstatter, Herrn Graefe zu Baringdorf, denn es ist ihm gelungen, in der ersten Lesung einen wirklich gangbaren Kompromiss zu finden. Es ist auch gelungen, Konsumentenschutz und Lebensmittelsicherheit mit dem notwendigen Schutz des geistigen Eigentums zu vereinbaren.

Die Bauern müssen darauf vertrauen können, dass die Futtermittel, die sie verfüttern, das enthalten, was auf dem Etikett angegeben ist. Schwarze Schafe in der Futtermittelindustrie haben großen wirtschaftlichen Schaden in der Landwirtschaft und weit darüber hinaus verursacht. Nochmals vielen Dank, Herr Graefe.

4-030

Avril Doyle (PPE-DE). – Mr President, I should like to make two quick points.

Firstly, yes, consumers and farmers depend on clear and transparent labelling, and I support the rapporteur's amendment to allow the manufacturer to refuse to disclose information if he or she is able to prove that intellectual property rights could be infringed on any ingredient which constitutes less than two per cent of the ration. We urgently need more investment in research, especially into ruminant feed to reduce the methane and nitrous oxide emissions.

Secondly, is it not long past the time for reference points for action or RPAs for dealing with the adventitious presence of minuscule levels of GMO in feed, rather than the present zero-tolerance regime, which results in criminally disproportionate waste of feed and cereal shipments and criminally disproportionate sanctions? I refer, of course, to the presence of previously authorised GMs by the European Food Safety Authority (EFSA), so that they are fully risk-assessed by definition, or perhaps a GMO that is fully authorised in another jurisdiction.

4-031

Lutz Goepel (PPE-DE). – Herr Präsident, liebe Kommissarinnen! Ich will zum Inhalt eigentlich gar nichts mehr sagen, der ist genügend ausgeführt worden. Ich möchte mich bedanken bei dem Berichterstatter, der im Trilog ein gutes Stehvermögen bewiesen hat.

Es war ein langer Weg mit diesem Bericht. Wir wissen, es gab ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs, es ist sauber und fair diskutiert worden. Wir hatten lange die Gelegenheit, darüber zu sprechen, und Graefe hat als Berichterstatter gezeigt, dass man auch in einem *first reading agreement* eine saubere Lösung in kurzer Zeit erreichen kann. Wir haben seit 1994

manches Mal die Klinge gekreuzt, aber es war immer ein faires Miteinander, und ich möchte mich hier noch einmal für seine Arbeit bedanken.

4-032

Albert Deß (PPE-DE). – Herr Präsident! Mir ist die Redezeit davon gelaufen, und deshalb möchte ich noch etwas Neues hinzufügen: Wenn wir jetzt hier im Parlament mit wahrscheinlich großer Mehrheit ein neues europäisches Futtermittelrecht beschließen und der Rat dieses Recht übernimmt, dann haben wir einen neuen, großen Qualitätsstandard in Europa erreicht.

Ich bitte die beiden anwesenden Kommissarinnen, in Zukunft bei Futtermittelimporten und bei Importen von Lebensmitteln diese europäischen Standards auch einzufordern. Wir können in diesem globalen Wettbewerb in Europa nur bestehen, wenn bei Importen die gleichen Standards eingefordert werden. Deshalb muss die Kommission auch bei den Verhandlungen mit der WTO darauf drängen, dass unsere europäischen Standards Eingang in die WTO-Verhandlungen finden und weltweit zum Standard werden. Dann brauchen wir vor dieser weltweiten Konkurrenz keine Angst zu haben.

4-033

Androulla Vassiliou, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank everyone for their remarks, and shall now reply to some of those remarks. First of all, on the question of safety, safety of feed is guaranteed by the negative list of feed materials which cannot be used in feeds. The proposal contains the list of feed materials which are forbidden. The Commission will extend that list every time it is convinced that it is necessary to add to that negative list.

On the other hand, I wish to remind you that there is a large list of maximum levels of contaminants, such as dangerous micro-toxins, heavy metals and dioxins, which has been in force, under the Directive on undesirable substances, since 2002.

I would agree with all those who said, as I confirmed, that European food is safe. However, as I also indicated last night during our discussions, laws and regulations are as good as we make them, and we therefore have to remain vigilant and see to it that Member States, feed dealers and, indeed, the Commission ensure that everybody sticks to their obligations in ensuring that laws really are enforced and that they are good laws.

The recent Irish meat incident highlights the need for stringent enforcement and controls on legal requirements, and my services will continue to examine how that can be improved. I am confident that, once the new rules come into force, regulation of the feed market will be significantly improved, in the interests of both feed manufacturers and users.

Last but not least, I would like to thank the rapporteur once again for his excellent contribution, and all Members for their constructive and positive role in reaching an agreement on this important initiative.

4-034

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Berichterstatter. – Herr Präsident, verehrte Kommissarinnen! Ich bedanke mich für die vielen freundlichen Worte. Ich glaube, es ist ein guter Bericht.

Wenn davon gesprochen wird, ob kriminelle Energie verhindert werden kann: natürlich nicht durch diesen Bericht. Durch die größere Kontrolldichte, die dieser Bericht gibt, wird kriminelle Energie aber möglicherweise abgeschreckt. Kriminelle Energie geht immer dahin, wo sie sich etwas verspricht, wo sie Lücken sieht, und die haben wir jetzt in einigen Bereichen schließen können. Ich hoffe auf das Verständnis – Herr Nicholson hat es gesagt – sowohl der Futtermittelindustrie als auch der Bauern dafür, dass hier etwas verteidigt werden soll, dass man hier eine Gemeinschaft bildet gegen das, was hier versucht wird, nämlich toxische Stoffe über Futtermittel zu entsorgen. Dann bin ich ziemlich sicher, dass wir auch die kriminelle Energie zurückdrängen werden.

Ich möchte nochmals deutlich machen, dass wir hier keine eigene Linie für geistiges Eigentum geschaffen haben, sondern dass wir uns auf die Gesetzgebung beziehen, die gilt, und die gilt auch hier. Wir wollten verhindern, dass sich hinter diesem geistigen Eigentum die Auskunftspflicht verstecken kann. Von daher ist das auch eine gute Regelung.

Lassen Sie mich zum Schluss noch den SchattenberichterstatterInnen danken. Auch hier hat es ja Auseinandersetzungen gegeben. Wir haben nun einmal unterschiedliche Meinungen hier im Parlament. Aber das, was wir dann geschaffen haben, wird, glaube ich, jetzt von allen getragen. Lassen Sie mich auch noch der Administration unseres Ausschusses danken, in diesem Falle war es Herr Emmes. Das war eine hervorragende Zuarbeit. Wir ParlamentarierInnen sind ja zwar im politischen Bereich immer führend, aber in der Administration müssen wir schon auf diese Zuarbeit zurückgreifen können. Das ist auch hier gut gelungen.

Ich möchte noch sagen, dass, wenn wir die Mitentscheidung haben, Parlamentarismus Spaß macht. Es wurde immer gesagt: Wenn die Mitentscheidung im Agrarbereich kommt, wird alles viel komplizierter, dauert alles viel länger. Nein, wir sehen, wenn man gut arbeitet, wenn man die Sache versteht, wenn man gute Zuarbeit hat und politisch gute Gegner,

dann kann man das auch sehr schnell über die Bühne bringen. Ich finde, dies ist ein Beweis dafür, dass der Sachverstand des Europäischen Parlaments dazu dienen kann und hilfreich sein kann, eine gute Gesetzgebung in Gang zu setzen.

4-035

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar hoy a las 12.00 horas.

4-036

4 - Acciones de información y de promoción de los productos agrícolas en el mercado interior y en terceros países (debate)

4-037

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Constantin Dumitriu, en nombre de la Comisión de Agricultura y Desarrollo Rural, sobre la propuesta de Reglamento del Consejo que modifica el Reglamento (CE) nº 3/2008 sobre acciones de información y de promoción de los productos agrícolas en el mercado interior y en terceros países (COM(2008)0431 - C6-0313/2008 - 2008/0131(CNS)) (A6-0004/2009).

4-038

Constantin Dumitriu (PPE-DE), Raportor. – Mă bucur că avem oportunitatea de a dezbate, în sesiune plenară, o componentă importantă nu doar pentru sectorul agricol la nivel comunitar, ci pentru competitivitatea per ansamblu a economiei europene.

Într-un moment în care economiile țărilor noastre au de suferit ca urmare a crizei globale și în care creșterea cererii de produse agricole este o necesitate, modificarea Regulamentului 3/2008 referitor la acțiunile de informare și promovare pentru produsele agricole pe piața internă și în țările terțe ne oferă pârghii suplimentare pentru a sprijini producătorii agricoli și, implicit, economia comunitară.

Regulamentul Consiliului European 3/2008, reunind într-un text unic regulamentele 2702/1999 și 2826/2000, a venit în întâmpinarea noii abordări politice a Comisiei Europene privind simplificarea legislației și corespunde obiectivului de facilitare a procedurilor administrative în cadrul instituțiilor europene. În temeiul acestui regulament, comunitatea poate desfășura activități de informare pe piața internă și pe piețele din țări terțe pentru un anumit număr de produse agricole, reținând în același timp caracterul specific al acțiunilor în funcție de piața de desfășurare.

Această politică răspunde unei nevoi reale a statelor membre de a promova imaginea produselor lor agricole, mai ales avantajele în ceea ce privește calitatea, valoarea nutritivă, normele de siguranță alimentară, atât în rândul consumatorilor europeni, cât și al celor din alte țări. În plus, ea contribuie la deschiderea unei noi piețe de desfacere și are un efect de multiplicare a inițiativelor naționale și private.

Modificările inițiate de Comisia Europeană vizează să se permită statelor membre interesate să conceapă un program pertinent, în cazul în care organizațiile care formulează propuneri nu doresc să prezinte programe de realizat în țările terțe. Astfel, statele membre vor avea posibilitatea să extindă domeniul de aplicare al acțiunilor vizate de aceste programe și să solicite, de asemenea, ajutorul organizațiilor internaționale pentru punerea în aplicare a acestor acțiuni. Propunerea de raport pe care o dezbatem prevede unele adăugiri și adaptări ale propunerii Comisiei, necesare pentru a clarifica și completa raționamentul regulamentului.

În primul rând, propunem introducerea consultărilor cu asociațiile/organizațiile profesionale active din sectoarele vizate din statele membre în procesul elaborării programelor de informare cu privire la produsele agricole, atât pe piața internă, cât și în țări terțe. Având în vedere expertiza și rolul important pe care aceste asociații/organizații îl au în asigurarea și controlul calității, consultarea lor este absolut necesară. Susținem, în același timp, elaborarea acestor programe în baza unei evaluări a necesității și oportunității lor, astfel încât să avem siguranță că fondurile sunt cheltuite eficient în programe care răspund obiectivului de a contribui la promovarea produselor comunitare.

De asemenea, propunem extinderea domeniilor unde organizațiile internaționale pot fi însărcinate cu implementarea programelor de informare pentru țări terțe. Acțiunile de promovare și publicitate sunt relevante și pentru sectorul vinului, atât pe piața internă a Uniunii Europene, cât și în țări terțe. Și în sectorul vinului, ca și în sectorul uleiului de măsline și al măslinelor de masă, există organisme internaționale, precum Organizația internațională de vie și vin, care pot asigura punerea în aplicare a programelor propuse de statele membre în țări terțe, făcând astfel cunoscute caracteristicile și avantajele vinurilor cu denumire de origine protejată și cele cu indicație geografică protejată.

O altă modificare pe care v-o propunem vizează creșterea procentului de cofinanțare din partea Uniunii Europene de la 60% la 70%, în condițiile în care accesul la finanțare, în particular pentru micii producători, este din ce în ce mai dificil, datorită crizei financiare. Fără un sprijin financiar, aceștia riscă să ajungă în stare de faliment, fiind lipsiți de pârghii pentru a-și promova produsele și confruntându-se cu o scădere a cererii pieței.

Scopul final al acestor propuneri este să conducă la o cerere mai mare pe piață pentru a crește producția și a sprijini economia europeană per ansamblu. Atingerea acestui scop ne va ajuta să depășim aceste momente dificile pe care le traversăm. Calitatea produselor agricole și alimentare din Uniunea Europeană este un avantaj pe care trebuie să-l valorificăm pentru a asigura competitivitatea economiei europene și a asigura venituri mai mari pentru producători.

Sper că recomandările pe care le vom adopta vor fi cât mai curând preluate de către Comisia Europeană și statele membre, pentru că nu ne putem permite să pierdem timpul în astfel de momente când cetățenii europeni sunt loviți de efectele unei crize economice extrem de grave. Bineînțeles că măsurile propuse nu vor soluționa toate problemele legate de comercializarea și promovarea produselor agroalimentare comunitare.

Simplificarea procedurilor birocratice referitoare la înregistrarea produselor tradiționale, instituirea unei mărci „Produs în Uniunea Europeană”, soluționarea problemei produselor importate din țări terțe cu standarde inferioare de calitate și siguranță sunt, toate, teme pe care trebuie să le avem în vedere pentru a crește cota de piață a produselor comunitare. Vă mulțumesc și aștept observațiile și întrebările dumneavoastră.

4-039

PRESIDENZA DELL'ON. LUIGI COCILOVO
Vicepresidente

4-040

Mariann Fischer Boel, *Member of the Commission*. – Mr President, firstly I would like to thank the rapporteur, Mr Dumitriu, and the members of the Agriculture Committee, for an excellent report on the Commission proposal on information and promotion measures for agricultural products on the internal and external markets.

I would like to stress the importance of the issues addressed in this report. I think we all agree that the promotion of European agricultural products is of huge importance, both internally and externally. I am convinced that trade in agricultural products will continue to grow in the future – even if we have to admit that we face a setback at the present time owing to the economic crisis. However, there will be huge opportunities for our European products in third-country markets, and our promotion campaign should help European producers explore those new markets.

Before going into the content of the report, I would like to put it into perspective. In 2008, the Commission adopted 42 programmes on the internal market and on third countries, representing a budget of EUR 128 million over three years. According to the rules, half of that amount was then to be financed by the Community.

The aim of the Commission proposal is to make it possible for Member States to launch programmes cofinanced by the European Union in third countries – as described by the rapporteur – because today this possibility only exists for the internal market. It should also be possible for those programmes to be implemented by international organisations.

The three most important amendments from the rapporteur and his colleagues are as follows: firstly, to make it compulsory for Member States to consult trade associations about the proposed programmes; secondly, to specify that implementation by international organisations is not only a possibility reserved for the International Olive Oil Council, but a general possibility, for example – as mentioned here today – also in the wine sector; and, on the budget side, to increase the cofinancing rate.

With regard to those amendments, I would emphasise that Member States do, in fact, already consult trade associations in order to make sure that they have the support of producers. I would prefer that partnership approach to continue on a voluntary basis.

My mentioning of the International Olive Oil Council is only meant as an example, because of the discussions that have recently taken place on the whole olive oil sector. It certainly does not exclude other international organisations, such as the International Organisation of Vine and Wine.

Regarding the funding of the budget, there is of course ongoing discussion on the level of cofinancing by the Community, but we discussed this issue when merging the two regulations dealing with promotion and information in 2008, so I do not think we should re-open the discussion on this issue.

Could I just take the opportunity to say that, when we agreed the wine reform, we did recognise the importance of promoting our products on third-country markets. Therefore, in the interests of spending the budget for wine in a smarter and more intelligent way, we proposed the earmarking of EUR 120 million each year for the promotion of our wine products on third country markets, as a special budget line. However, since Member States – and especially the new Member States – did not want to be in a position where that money was earmarked in such a way that, if it was not spent, then it was lost, we included the EUR 120 million in the national envelopes, so that Member States can decide for themselves. In any case, this gives a clear signal that the Community does care and does recognise the importance of strong promotion of our European products. I look forward to the discussion here today.

4-041

Петя Ставрева, от името на групата PPE-DE. – Уважаеми г-н Председател, уважаема г-жо Комисар, уважаеми колеги, бих искала да поздравя докладчика, г-н Dumitriu, за неговия обективен доклад, който отразява реалните нужди на сектора в Общността за насърчаване на европейските производители.

В доклада са заложени мерки, които ще допринесат за разкриването на нови пазари и за реализиране на селскостопанската продукция на нашите фермери. Тази политика отговаря на действителните потребности на държавите-членки, които желаят да популяризират своето земеделско производство, както сред потребителите в Общността, така и сред тези в трети държави.

Много добра възможност е да се постави акцентът върху качеството, хранителната стойност, методите на производство и безопасността на произведените храни. Подкрепям предложението на докладчика да се даде възможност на заинтересованите държави да предложат програми за информизиране за трети страни, ако те са лишени от тази възможност.

Това изменение ще позволи на европейските страни да разширят приложното поле на действията, предвидени от тези програми, и да поискат помощ от международни организации за прилагането им. Смятам, че в процеса на изработване на тези програми следва да се отчита важната роля на асоциациите и браншовите организации в отделните страни, които имат обективен поглед върху случващото се в отделните браншове.

Трябва да отбележим и значението на някои международни организации в насърчаването на спецификата и предимствата в хранителните продукти, специфични за определени райони в Европейския съюз. Подкрепям предложението на докладчика процентът на финансовото участие на Общността да бъде увеличен, за да се предостави допълнителна помощ за проектите, подбрани от държавите-членки. Призовавам Ви да подкрепите доклада на г-н Dumitriu.

4-042

Bogdan Golik, w imieniu grupy PSE. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Serdeczne gratulacje dla posła Dumitriu za dobre sprawozdanie – kontynuację tych sprawozdań, które opracowano wcześniej i w których mówiliśmy o promocji i sumach pieniędzy przeznaczonych na promocję Unii Europejskiej w krajach trzecich.

Działania informacyjne i promocyjne dotyczące produktów rolnych na rynku wewnętrznym i w krajach trzecich odgrywają olbrzymią rolę w tworzeniu pozytywnego wizerunku marki *made in Europe*. Podkreślam to od dawna, a od kilku lat aktywnie działam na rzecz uproszczenia całego systemu promocyjno-informacyjnego. Wielokrotnie w swoich wystąpieniach podkreślałem konieczność promowania marki *made in Europe* właśnie na rynkach krajów trzecich. Jest to szczególnie zasadne w dzisiejszych uwarunkowaniach formalno-prawnych.

Zgodnie z treścią deklaracji 6. Konferencji Ministerialnej WTO w Hong Kongu, stosowanie wszelkich form subsydiowania eksportu, w tym refundacji wywozowych, zostanie zaniechane w 2013 roku. Ze względu na poziom komplikacji przy organizacji kampanii promocyjnych na rynkach krajów trzecich oraz wyższe kwoty prowadzenia działań na znaczną odległość, szczególnie w Azji czy Ameryce, mechanizm wsparcia działań promocyjnych nie cieszył się dużym zainteresowaniem ze strony organizacji branżowych.

Propozycja Komisji Europejskiej pozwala na pobudzenie ich aktywności. Programy promocji realizowane przez kraj członkowski dają szansę na włączenie we współpracę podmiotów, które same nie zdołały poprowadzić i sfinansować tych działań. Niemniej jednak należy w dalszym ciągu dążyć do zwiększenia procentowego udziału Wspólnoty w finansowaniu tego typu projektów. Za przykład podam Stany Zjednoczone Ameryki, gdzie wydaje się kilkakrotnie więcej na działania promocyjne niż suma wszystkich pieniędzy przeznaczonych i na wino i na działania w zakresie innych promocyjnych produktów w całej Unii Europejskiej.

W obliczu liberalizacji przepływów handlowych towarów rolnych instrument wspierający promocję produkcji wspólnotowej na rynkach państw trzecich może okazać się jedynym dostępnym narzędziem pozostającym w zgodności z wytyczonymi ramami porozumienia w sprawie rolnictwa WTO w ramach rundy DDA WTO. Promocja marki *made in Europe* jest szansą na utrzymanie konkurencyjności, a w dłuższej perspektywie czasowej nawet wzmocnienia atrakcyjności europejskich produktów rolno-spożywczych i rozszerzenia dla nich rynku zbytu.

Chciałbym podziękować Komisji za te działania, o których wielokrotnie mówiliśmy w Parlamencie Europejskim, a które zostały uwzględnione, a szczególnie za zmniejszenie kwot dla organizacji branżowych z 20% do 10% i zwiększenie puli środków na działania promocyjne.

4-043

Seán Ó Neachtain, *thar ceann an Ghriúpa UEN*. – A Uachtaráin, cuirim fáilte mhór roimh thuarascáil an Uasail Dumitriu agus ba mhaith comhghairdeachas a dhéanamh leis as ucht a chuid oibre.

Tugann an buiséad seo deis iontach do na Ballstáit margáí a aimsiú ní hamháin san Eoraip féin ach taobh amuigh. Ba mhaith liom, ag teacht as Éirinn, a rá go dtugann sé an-chabhair dúinne in Éirinn, an táirge bia folláin úr atá againn a dhíol ar mhargáí an domhain go háirithe san Áise.

Ach cosúil le mo chomhghleacaithe ba mhaith liom a rá go bhfeicim anseo deis níos fearr simpliú a dhéanamh ar na rialacha a bhaineann leis an mbuiséad seo sa chaoi gur féidir teacht ar an soláthar airgid le haghaidh margáintíochta níos éasca ná mar atá sé faoi láthair agus, ar ndóigh, ní mór freisin an buiséad a mhéadú mar atá ráite. Tá sé seo fíorthábhachtach ní hamháin do na Ballstát ach don Eoraip trí chéile.

4-044

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Werbung ist wichtig, da stimme ich Ihnen zu. Nur, Werbung geschieht nicht nur, wenn man sie offensiv und professionell betreibt, sondern sie erfolgt auch durch Vorkommnisse, die in dem Gebiet stattfinden, aus dem die Nahrungsmittel kommen.

Wenn wir in der Welt mit *mad cows*, also mit Rinderwahnsinn, in Verbindung gebracht werden, wenn also unser Wappentier durch uns verrückt gemacht worden ist oder wenn wie jetzt durch die Dioxin-Problematik – die natürlich auch um die Welt geht – Rückholaktionen in den Ländern stattfinden, wenn in unseren Nachrichten im Fernsehen weltweit Millionen von abgeschlachteten kranken Kühen gezeigt werden, dann ist das auch eine Werbung, nur, diese ist negativ.

Wir müssen aufpassen, dass wir hier nicht in einen Widerspruch geraten. Auf der einen Seite sprechen wir von guten Produkten, auf der anderen Seite stehen die negativen Meldungen. Aber wir arbeiten daran. Das haben wir ja eben in der Debatte und mit dem, was wir zum Abschluss gebracht haben, gesehen.

Wenn wir Werbung nach außen betreiben wollen – ja, richtig, wir haben auch allen Grund dazu, wir haben gute Produkte – dann möchte ich nicht, dass eine generelle Werbung betrieben wird, sondern dass die Vielfalt Europas auch in dieser Werbung sichtbar wird. Sie wissen, dass wir in Deutschland eine Situation haben, in der das Bundesverfassungsgericht eine Werbung, eine Art Zwangswerbung mit einer Zwangsabgabe gestrichen hat. Es hat darauf hingewiesen, dass eine Werbung, die nicht zwischen den einzelnen Qualitäten differenziert, eben nicht den Absatz erhöht, sondern dass es wichtig ist, dass die einzelnen Erzeuger/Erzeugerinnen für ihre spezifischen Produkte Werbung machen können.

Es kommt auch immer mehr darauf an – nicht nur innerhalb Europas, sondern auch nach außen –, nicht nur die Endqualität eines Produktes zu beschreiben, sondern die Prozessqualität. Was ist mit dem Tierschutz, was ist mit der Umwelt, mit den Inhaltsstoffen, mit der Struktur der Landwirtschaft, was ist mit dem fairen Handel? Das alles sind Kriterien, die nicht unbedingt die Endqualität bestimmen, die aber für die Verbraucherinnen und Verbraucher immer wichtiger werden. Also müssen wir auch dieses in die Werbung einbauen und müssen sehen, dass damit der Ruf Europas in der Welt weiterhin gestärkt wird.

4-045

Ilda Figueiredo, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Senhoras e Senhores Deputados, neste debate importa ter em conta que é importante melhorar as condições e os apoios a acções de informação e promoção a favor dos produtos agrícolas, seja na União Europeia, seja nos países terceiros, alargando o âmbito das propostas que a Comissão Europeia apresentou.

Por isso, apoiamos as propostas do relator e da Comissão da Agricultura, designadamente as que visam uma maior intervenção e reforço do papel das associações e organizações profissionais que operam no sector, em função das suas competências e da sua importância no que respeita à garantia e controlo de qualidade, incluindo das associações e organizações do Estado-Membro que elaborar o programa, bem como o aumento da percentagem da participação financeira da Comunidade. É importante que haja uma ajuda adicional, sobretudo aos projectos seleccionados pelos Estados-Membros.

De igual modo, consideramos que as acções de promoção e de publicidade em países terceiros devem poder beneficiar outras produções importantes além do azeite e da azeitona, com destaque para os vinhos com denominação de origem ou indicação geográfica protegida. E a este propósito, recordo aqui o papel importante de associações de agricultores, com destaque para as adegas cooperativas e outras associações de pequenos e médios agricultores cuja existência é fundamental para assegurar o escoamento da produção de agricultores que, sozinhos, não têm condições de sobrevivência.

E mais uma vez, apelo a que haja apoios reforçados para estas organizações de agricultores cumprirem cabalmente o seu papel na defesa da agricultura familiar e na promoção dos produtos agrícolas de boa qualidade que produzem e que são indispensáveis para garantir uma alimentação saudável à população dos nossos países.

Assim, iremos votar favoravelmente este relatório.

4-046

Witold Tomczak, *w imieniu grupy IND/DEM*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Unia Europejska jest znaczącym eksporterem wielu produktów rolniczych, ale o przyszłości rolnictwa unijnego zdecyduje konsumpcja na rynku wewnętrznym. Jej pobudzenie może dać korzyści rolnikom, konsumentom i całemu gospodarstwu.

W wielu państwach członkowskich spożycie produktów spożywczych niezbędnych dla dobrego zdrowia jest niewielkie, a jego wzrost, poprzez dobrą informację i promocję, jest jak najbardziej wskazany. Ważne jest jednak, by z omawianych programów skorzystali unijni rolnicy, a szczególnie drobne i średnie gospodarstwa, które stanowią aż 95% wszystkich gospodarstw.

Programy te winny wzbogacać wiedzę konsumentów o zdrowym odżywianiu i jednocześnie pozostawiać im możliwość wyboru. Dlatego warto podjąć następujące działania: organizowanie konsultacji ze specjalistami do spraw żywienia, szkolenie sprzedawców, którzy powinni być także doradcami konsumentów w sprawach żywności. Konieczna jest dobra prezentacja informacji o zaletach zdrowotnych promowanych produktów i sposobach ich produkcji. Informacja na etykietach jest niewystarczająca.

Zagrożeniem dla tego programu może być promocja żywności produkowanej masowo przez duże koncerny spożywcze, które mogą napisać efektowne programy, mając do dyspozycji najlepszych specjalistów. Tylko czy wtedy promocja żywności o wysokiej jakości nie zostanie skompromitowana?

Bardzo ważna jest także czytelność dat ważności na produktach oraz wzrost świadomości konsumentów o znaczeniu wszystkich informacji znajdujących się na etykietach produktów.

4-047

Maria Petre (PPE-DE). – Îl felicit mai întâi pe colegul nostru pentru eforturile pe care le-a depus ca raportor, în sensul unei simplificări a legislației comunitare în vederea reducerii poverii administrative de care avem atâta nevoie.

Activitățile de informare desfășurate de Uniunea Europeană răspund unei nevoi reale a statelor membre de a promova imaginea produselor lor agricole, atât în rândul consumatorilor europeni, cât și a celor din alte țări, îndeosebi în ceea ce privește calitatea, valoarea nutritivă și siguranța alimentelor și a metodelor de producție. Ca raportor pe tema calității, țin foarte mult la acest avantaj competitiv al produselor noastre europene.

Modificarea legislativă va oferi posibilitatea statelor membre interesate să propună programe de informare și în cazul absenței unor programe propuse pentru țările terțe. Ca urmare a acestei modificări, statele membre vor avea posibilitatea să extindă domeniul de aplicare a acțiunilor vizate de aceste programe și să solicite, de asemenea, ajutorul organizațiilor internaționale pentru punerea în aplicare a acestor acțiuni. Procentul de participare financiară a Uniunii Europene trebuie sporit, pentru a acorda un sprijin suplimentar proiectelor selectate de statele membre, în contextul înăsprii generale a condițiilor de obținere a necesarului pentru cofinanțare de către organizații și autorități naționale.

Susțin ideea că organismul însărcinat cu punerea în aplicare a programului selectat să fie o organizație internațională, în special în cazul în care programul vizează promovarea sectorului uleiului de măsline și al măslinelor de masă, dar și al vinurilor cu denumire de origine protejată și al celor cu indicație geografică protejată în țările terțe.

Totodată, trebuie avut în vedere rolul important pe care asociațiile/organizațiile profesionale active din sectoarele vizate din statele membre îl au în procesul elaborării programelor de informare cu privire la produsele agricole. În încheiere, aș vrea să-i mulțumesc încă o dată raportorului și în mod special doamnei comisar pentru că a acceptat toate propunerile pe care noi le-am făcut în conținutul raportului.

4-048

Alessandro Battilocchio (PSE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo assistito negli ultimi mesi, soprattutto in questa legislatura, ad una progressiva riduzione del sostegno diretto ai nostri agricoltori e delle regole che proteggevano le nostre produzioni dalle importazioni da paesi extraeuropei, più a buon mercato, per liberare le risorse necessarie ad affrontare le nuove sfide nel nostro Millennio – ambientale, economica e sociale – e per rispettare gli accordi di commercio internazionale.

Come membro della commissione AGRI e soprattutto della delegazione di un paese che ha fatto della qualità dei suoi prodotti agricoli – e penso all'olio di oliva, al vino e ai formaggi, un marchio riconosciuto e rispettato a livello globale – non posso che approvare qualunque azione la Commissione proponga per salvaguardare la produzione di prodotti europei di alta qualità e favorirne, ove possibile, la commercializzazione sia sul mercato interno che all'estero.

Questo programma di informazione infatti è particolarmente importante, in quanto dovrebbe rendere chiaro ai consumatori europei e non come i nostri prodotti non siano in concorrenza con quelli, magari meno cari, provenienti da altri paesi, ma rappresentino al contrario un'alternativa che punta sulla qualità e sul modello di produzione rispettoso dell'ambiente e delle norme sociali, del benessere animale, che si ripercuote naturalmente sulla salute umana.

Le norme che votiamo in quest'Aula quotidianamente possono avere un prezzo da pagare soprattutto per i nostri produttori. E' per questo che dobbiamo offrire loro tutto l'aiuto possibile, affinché la ricchezza e la qualità dei nostri prodotti non si perda e non si appiattisca in un mercato globale sempre più omogeneo. Per questo approvo gli emendamenti del relatore che mirano ad aumentare il cofinanziamento della Commissione, le azioni finanziabili e soprattutto la partecipazione di associazioni di produttori, che meglio di chiunque possono difendere le prerogative qualitative dei loro prodotti di fronte a consumatori sempre più esigenti.

4-049

Alexandru Nazare (PPE-DE). – Discutăm astăzi un raport extrem de important pentru agricultura europeană. Așa cum sublinia și raportorul, calitatea și siguranța produselor europene sunt un avantaj competitiv încă insuficient exploatat.

Acțiunile de informare și promovare a acestor produse, a calității lor, a normelor de siguranță alimentară pe care le respectă pot genera o reacție în lanț prin creșterea cererii, creșterea producției și a profiturilor agricultorilor, crearea de noi locuri de muncă și, implicit, creșterea economică. Aceste acțiuni trebuie direcționate în egală măsură către consumatorii de pe piața internă și cei din țări terțe.

Să nu uităm că pe piața internă ne confruntăm cu o competiție din partea unor producători din alte state, cu produse uneori mai ieftine, dar și, de multe ori, cu standarde calitative și de siguranță mult mai joase. Consumatorii trebuie să recunoască produsele comunitare, să știe de ce sunt mai sănătoase decât altele și, nu în ultimul rând, să știe că, achiziționându-le, sprijină fermierii și producătorii agroalimentari europeni, adică economia europeană.

Apreciez în mod deosebit inițiativa raportorului de a recunoaște rolul important pe care îl au asociațiile și organizațiile profesionale pentru că, de cele mai multe ori, acestea au o expertiză pe care instituțiile statului nu o au și cunosc mai bine realitățile și nevoile de pe piață. În același timp, cred că propunerea de a crește procentul de cofinanțare este una absolut necesară în contextul actualei crize a creditelor și am convingerea că, astfel, va crește rata de utilizări a acestor fonduri.

În final, aș vrea să-l felicit pe domnul Dumitriu, pe raportor, pentru munca depusă și propunerile sale și cred că toți colegii mei sunt de aceeași părere.

4-050

Silvia-Adriana Țicău (PSE). – Doresc să-l felicit pe domnul raportor, domnul Dumitriu. Sectorul agricol este important pentru economia statelor membre pentru că asigură atât hrana populației, exportul de produse agricole, dar și un important număr de locuri de muncă. Uniunea Europeană trebuie să fie capabilă să asigure hrana populației în cantități suficiente și la prețuri accesibile.

Evident, pe o piață competitivă, acțiunile de informare și promovare pentru produsele agricole pe piața internă și în țările terțe devin tot mai importante. În definirea programelor de promovare a produselor agricole asociațiile sau organizațiile profesionale trebuie să fie consultate. Consider că acest regulament va sprijini agricultorii europeni să-și promoveze produsele agricole.

România are foarte multe produse agroalimentare pe care, din păcate, nu le regăsim pe piețele europene, deși multe dintre acestea sunt ecologice. O campanie de promovare a acestora va aduce beneficii atât cumpărătorilor europeni, cât și producătorilor agricoli români. Evident, mai ales în situații de criză economică, sectorul agricol rămâne unul dintre sectoarele care trebuie să se bucure de o atenție specială, de programe și finanțări adecvate.

În situație de criză, statele membre sunt obligate să-și stabilească cu mai mare atenție prioritățile. De aceea, consider că agricultura trebuie să rămână un domeniu care să fie sprijinit pentru că este important pentru economia europeană.

4-051

Nicodim Bulzesc (PPE-DE). – În primul rând, doresc să-l felicit pe raportor pentru munca depusă pe acest raport care ridică o problemă foarte importantă. Există o nevoie reală a statelor membre de a promova imaginea produselor lor agricole, atât în rândul consumatorilor din Comunitatea Europeană, cât și a celor din alte țări.

Doresc să scot în evidență două propuneri enunțate în acest raport. Se cere ca procentul de participare financiară a Comunității Europene să fie sporit pentru a acorda un sprijin suplimentar proiectelor selectate de statele membre, în contextul înăsprii generale a condițiilor de obținere a necesarului pentru cofinanțare de către organizații și autorități naționale.

Paragraful al doilea din acest amendament cere ca participarea financiară a Comunității Europene să fie de 70% în cazul măsurilor de promovare a fructelor și legumelor destinate copiilor din școli. Consider aceste amendamente oportune și sper ca această inițiativă să fie susținută de un număr cât mai mare de europarlamentari.

4-052

Ioșif Matula (PPE-DE). – Îl felicit pe raportor pentru efortul depus și pentru contribuția sa în ceea ce privește lărgirea ariei de aplicabilitate a programelor de informare și promovare a produselor agricole pe piața internă și în țările terțe.

Una dintre cele mai importante modificări pe care le aduce acest raport este creșterea cu 10% atât a cofinanțării europene pentru programele de promovare a produselor agricole europene, cât și a alocărilor bugetare pentru promovarea consumului produselor lactate, a fructelor și legumelor în școli.

Pe de o parte, Europa va beneficia de o promovare mai activă pentru un număr mai mare de produse agricole, iar, pe de altă parte, cei mai importanți beneficiari ai ajutorului comunitar vor fi copiii și elevii.

Consider că măsurile propuse sunt foarte importante, deoarece, acum mai mult ca oricând, avem nevoie de investiții în domeniile ce se dezvoltă rapid și pot duce la relansarea economiei. Agricultură este un astfel de domeniu, iar Uniunea Europeană poate contribui semnificativ la promovarea lui.

4-053

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, the major food manufacturers around the globe spend billions promoting themselves – maybe using EU-produced food, but concentrating not on its origin but on their own brands. We have celebrity TV chefs promoting their particular version of food production, with access to the airwaves and budgets of millions. And here we are talking about a relatively small amount of money to promote all of Europe's food, both throughout the world and internally. It is a big ask! It is a very good report, which I fully support, and I endorse the comments of our Commissioner here to day.

I am particularly interested in the idea that we need to promote outside our borders, and I would agree wholeheartedly with that, but we also have to be realistic about how we are going to compete, and whether we are competitive on a global market. Perhaps the Commissioner would take that up in her responses. The question of our standards has got to be acknowledged and recognised. Is that being acknowledged and recognised at the WTO?

4-054

Jim Allister (NI). – Mr President, I very strongly support promotion of our high-quality food. In today's difficult market the quality product is the best refuge, but it does need fulsome promotion. Sixty per cent cofinancing would be good if it can be obtained, and I regret that the Commissioner was unable to be as forthcoming as we hoped she would be in that regard.

In respect of my own region I would very emphatically call upon the regional government – not one blessed with much initiative or with funds given how much it wastes on its top-heavy administration and needless cross-border bodies – to exert itself to draw down this EU funding, and thereby give our excellent local produce the best chance in the marketplace. Along with what I hope will be 70% support from Europe to promote food and vegetables to our schools, I trust this opportunity will not be lost by a lackadaisical local department.

4-055

Avril Doyle (PPE-DE). – Mr President, I wish to begin by thanking the Commission for the recent approval of 50% funding for An Bord Bia's proposal on information provision for meat in Asia over the next three years, which is much appreciated.

While I am very supportive of this proposal, could I be allowed two commercial caveats. Firstly, some countries, such as Ireland, may be unlikely to draw up information programmes if the trade does not show an interest. Secondly, while the proposed increase in funding to 60%, and to 70% for fruit and vegetable promotion, would be very welcome in the current economic environment, realistically the incentive to expand generic promotion may be limited as contributors and non-contributors alike will benefit from the programmes.

I would like to thank the rapporteur.

4-056

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE). – Îmi exprim susținerea pentru raportul prezentat de domnul Dimitriu privind acțiunile de informare și promovare pentru produsele agricole pe piața internă. Consider că este necesară creșterea procentului de participare financiară a Comunității Europene pentru a se acorda un sprijin suplimentar proiectelor selectate de statele membre.

În special, este esențială creșterea contribuției financiare a Comunității Europene la 70% din costul real al noului program de promovare a fructelor și legumelor destinate copiilor din școlile Uniunii Europene. Această măsură va contribui substanțial la implementarea programului de promovare a fructelor și legumelor în școli, iar acest efort trebuie făcut pentru sănătatea copiilor noștri.

4-057

Neil Parish (PPE-DE). – Mr President, I would like to congratulate the rapporteur on a very good report.

Commissioner, I would like to endorse what you said. I believe the future of European agriculture policy is very much with the market. We have got to go out there and promote our high-quality products. You mentioned the wine reform –

previously we were taking a lot of low-quality wine out of the market, buying it into intervention and then making it into biofuel, which was absolutely the wrong way to go. What we should be doing is promoting quality food. We have got a great diversity of wines, cheeses, meats, olive oil, fruits, vegetables – you name it. Europe is rich in all these and we must go out and market them in the future.

I think, as we move beyond the Health Check into the new agriculture policy in 2013 and beyond, we have got to make sure that we use more money to promote our products and to link into the marketplace, because that is where the future lies.

As one last comment, can I say to the Commissioner that perhaps he should go to America and convince President Obama that Roquefort cheese is extremely good and that perhaps he can reduce the tariff that President Bush put on it before he left office.

4-058

Czesław Adam Siekierski (PPE-DE). – Panie Przewodniczący! Konsumenci europejscy i z krajów trzecich otrzymują zbyt mało informacji o jakości i standardach europejskiej żywności. Wymogi, które stawiamy producentom europejskim są wyjątkowo wysokie. Konsument powinien mieć tego świadomość, gdyż będzie to wpływało na jego decyzje o wyborze odpowiednich towarów.

Jestem za promocją i informacją, choć częściej mówię o informacji jako o bardziej obiektywnej formie przekazu. Musimy także stawiać określone wymogi i standardy co do jakości informacji i sposobu prowadzenia promocji. Wreszcie popieram, aby Unia, a także budżety krajowe wspierały programy informacyjne i promocyjne w zakresie żywności. W okresie kryzysu ważna jest promocja i informacja, która będzie przeciwdziałała zmniejszaniu popytu, konsumpcji, w tym spożycia żywności.

4-059

Mariann Fischer Boel, Member of the Commission. – Mr President, my thanks for all the contributions. It is great to hear such enthusiasm and interest in this important issue. I think that all the comments here are to a certain extent very much in line with the Commission's view on the proposal.

I would like to take this opportunity to respond to some of the questions or issues raised here. First of all on the financing – this has been raised by quite a few of you – to increase the cofinancing rate. I think, though, that we have to be very cautious and careful when we try to monitor the benefit of the Community financing because I fear that if we increase the cofinancing, the bottom line will be that there will be less promotion. That would be a bad outcome and that is the reason why we have maintained our proposal.

Quality has been mentioned quite a few times today and I agree with you. I think we have a golden opportunity to discuss this quality issue that is also linked to how we promote our products in the Third World, how we explain to consumers what they get when they buy European.

Last October we presented a Green Paper on quality and we have had lots of contributions; there are more than 1 000 contributions on the website from all over Europe. We are now digesting all these different ideas and we will present a communication in May. We should take this opportunity when the discussion takes place here in Parliament on communication to make a link – how do we improve our possibilities to make it visible and make it understandable. Here the labelling issue, which is both difficult and important, comes into the discussions so I am looking forward to having a discussion with you on this issue in the autumn.

Finally, regarding the school fruit scheme which has been raised here today – it is not part of the proposal, but just to keep you updated – we introduced a school fruit scheme with a cofinancing rate of 70% to the increase awareness of young people and to take the opportunity to underline the importance of good eating habits among school children.

Once again my thanks to the rapporteur, Mr Dumitriu, for a very good report. I think it is very well mirrored here today by the dynamic discussion that we have had.

4-060

Constantin Dumitriu, Raportor. – O să-mi cer scuze dacă o să întârzii câteva secunde peste cele două minute acordate. Vă mulțumesc pentru observațiile și aprecierile extrem de pertinente pe care le-ați avut pe marginea acestui raport. Am încredere că și restul colegilor vor considera oportune noile reglementări propuse și vom avea un vot favorabil.

Doresc să informez colegii că voi sprijini sugestiile lor, în special în vederea unei promovări a diversității europene, a etichetării calității europene și a unui sprijin financiar comunitar mai consistent. La întrebarea: de ce vinul, alături de uleiul de măsline printre organizațiile internaționale care pot implementa proiecte de promovare, aș vrea să vă răspund cu o altă întrebare: de ce uleiul de măsline? Răspunsul meu este favorabil pentru ambele. Sunt produse de export ale statelor Uniunii Europene cu mare succes. Au organizații internaționale puternice și cu experiență, care au dovedit deja capacitatea

lor de a gestiona programe complexe, iar prevederile raportului nu exclud alte domenii. La a doua întrebare, de ce 70% cofinanțare, procentul inițial era de 60% și am considerat necesar ca, în actualul context economic, să-l mărim.

Așa cum arată experiența absorției fondurilor europene de până acum, una din marile probleme rămâne obținerea cofinanțării, iar acum ne confruntăm suplimentar și cu o criză a creditelor. Așadar, se impune o creștere a acestui procent, altfel riscăm să rămânem cu fondurile neutilizate. Doamna comisar Fischer Boel, doresc să vă mulțumesc pentru importanța pe care ați dat-o acestui raport, dar și pentru aprecierile făcute. Deși acesta este un raport de consultare, sper și doresc ca aceste amendamente să fie incluse în noua propunere a Comisiei.

Concluzionând și sintetizând, există două motive pentru care acest raport este necesar. Statele membre vor avea posibilitatea să extindă domeniul de aplicare a acțiunilor vizate de aceste programe și să solicite ajutorul organizațiilor internaționale pentru punerea în aplicare a acestor acțiuni. Acordă un rol mai mare organizațiilor și asociațiilor profesionale în elaborarea și implementarea programelor de informare și promovare a produselor și, nu în ultimul rând, intră în logica propunerilor de adaptare a legislației europene, astfel încât să facă mai accesibilă utilizarea fondurilor europene prin mărirea procentului de cofinanțare într-o perioadă în care accesul la creditare este extrem de dificil. Pentru a avea o recomandare suplimentară, menționez că raportul a fost adoptat în unanimitate de către membrii Comisiei pentru agricultură și dezvoltare rurală.

Doresc să mulțumesc pe această cale colegilor din Comisie pentru sprijinul acordat, doresc să-i mulțumesc personal domnului Neil Parish pentru susținerea dată și, nu în ultimul rând, domnului Lutz Goepel pentru încrederea pe care mi-a dat-o atunci când mi-a încredințat acest raport.

4-061

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà oggi.

4-062

VORSITZ: HANS-GERT PÖTTERING

Präsident

4-063

5 - Abstimmungsstunde

4-064

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

4-065

5.1 - Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen für Agrarerzeugnisse im Binnenmarkt und in Drittländern (A6-0004/2009, Constantin Dumitriu) (Abstimmung)

4-066

5.2 - Anwendung der Richtlinie 2003/9/EG zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten: Reisen des LIBE-Ausschusses von 2005 bis 2008 (A6-0024/2009, Martine Roure) (Abstimmung)

4-067

– *Vor der Abstimmung:*

4-068

Martine Roure, rapporteure. – Monsieur le Président, nous n'avons pas pu avoir de débat en plénière sur ce rapport si important, c'est pourquoi il nous semble nécessaire, au nom de la commission, de prendre la parole devant vous aujourd'hui.

Nous avons travaillé tous ensemble, et je salue le formidable travail des rapporteurs fictifs. Nous avons visité pas moins de 26 centres de rétention en Europe, dans dix États membres, et nous avons relevé plusieurs points essentiels. Nous avons constaté, dans certains centres, un état de délabrement et un manque d'hygiène évidents, et nous avons dénoncé le non-respect de la dignité humaine. Nous avons constaté que l'accès aux soins de santé n'était pas toujours possible et que le droit à l'éducation pour les mineurs n'était pas toujours respecté.

Nous demandons le respect de procédures d'asile claires, justes, effectives et proportionnelles, et nous demandons la mise en place d'un système de visites et d'inspections permanent des centres de rétention. Nous devons témoigner de la réalité de terrain, défendre un droit de regard sur ces centres, ce que permet ce type de visites, et ce afin d'agir pour que les choses changent.

La question de savoir pourquoi nous n'avons cité aucun pays dans ce rapport de synthèse m'a été posée par la presse. J'ai répondu que là était mon choix, que là était notre choix, car nous avons une responsabilité collective à l'égard de ce qui se passe dans les centres de rétention en Europe, et ce rapport n'est pas là pour classer les États membres.

Nous ne cessons, en effet, de demander une solidarité européenne en ce qui concerne l'asile. Nous ne pouvons pas laisser les États membres, aux frontières de l'Europe, seuls face à des flux migratoires importants. Je le répète encore, nous avons une responsabilité collective.

(Applaudissements)

4-069

Der Präsident. – Vielen Dank, Frau Roure! Ich sehe selbst bei den Top-Juristen hier im Plenum oder bei denen, die sich dafür halten, dass sie nicht wissen, dass die Berichterstatterin das Recht hat, zwei Minuten eine Erklärung abzugeben, wenn über diesen Bericht im Plenum nicht diskutiert wurde. Deswegen hat die Kollegin Roure dieses Recht. Das hat sie wahrgenommen, und jeder sollte das auch akzeptieren, weil unsere Geschäftsordnung das so vorsieht.

(Beifall)

4-070

5.3 - Stärkung der Rolle europäischer KMU im internationalen Handel (A6-0001/2009, Cristiana Muscardini) (Abstimmung)

4-071

– *Vor der Abstimmung:*

4-072

Cristiana Muscardini, relatrice. – Signor Presidente, chiedo scusa ai colleghi e li ringrazio per la loro pazienza.

Ricordiamoci che il Parlamento europeo da molti anni voleva esprimersi sulle piccole e medie imprese che costituiscono il 99% del totale delle imprese europee e 75 milioni di posti di lavoro, mentre oggi queste piccole e medie imprese che accedono al mercato estero, esterno, sono del 3% e sono dell'8% all'interno dell'Unione.

Per questo chiediamo al Consiglio e alla Commissione di occuparsi di questa realtà nei negoziati multilaterali, in quelli bilaterali, nell'accesso sui mercati esteri, nella lotta alla contraffazione, nell'utilizzo degli strumenti di difesa commerciale e nelle gare di appalto. Gli scambi determinano maggiore prosperità.

Voglio ringraziare i colleghi della commissione INTA e soprattutto i relatori ombra dei due maggiori gruppi, l'on. Saïfi e l'on. Locatelli, ed un ringraziamento sentito anche al segretariato e in particolare al dott. Bendini. Credo che con il lavoro di tutti noi offriamo oggi alla Commissione europea riflessioni e proposte condivise su un argomento che sappiamo caro al Commissario Ashton, come ha ricordato nella sua audizione di investitura, e che dobbiamo affrontare subito se vogliamo risolvere, in parte almeno, la grande crisi economica e finanziaria che attanaglia i nostri lavoratori e cittadini.

4-073

5.4 - Internationaler Handel und Internet (A6-0020/2009, Georgios Papastamkos) (Abstimmung)

4-074

5.5 - Inverkehrbringen und Verwendung von Futtermitteln (A6-0407/2008, Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf) (Abstimmung)

4-075

5.6 - Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) auf die Entwicklung (A6-0513/2008, Jürgen Schröder) (Abstimmung)

4-076

5.7 - Kosovo (Abstimmung)

4-077

– *Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 2:*

4-078

Johannes Lebech (ALDE). – Mr President, we found that it would not be fair to mention just one of the parties, so we would like to take out the reference to the Kosovo authorities. The amendment would then read: 'Underlines the

importance of full regional economic cooperation and the obligation to comply with and fully implement the provisions of the CEFTA Agreement’.

4-079

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

4-080

5.8 - Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit China (A6-0021/2009, Corien Wortmann-Kool) (Abstimmung)

4-081

– *Vor der Abstimmung (betrifft Änderungsantrag 1):*

4-082

Corien Wortmann-Kool, rapporteur. – Mr President, I would like to move an oral amendment in the form of an addition to paragraph 64a. That addition reads as follows: ‘where this does not require statehood, for instance in the ILO’.

So the last part of paragraph 64a will read as follows: ‘supports Taiwan’s participation as an observer in relevant international organisations where this does not require statehood, for instance in the ILO;’.

I would ask colleagues not to oppose this oral amendment, because it is important for the Socialists to give their support to this resolution, and broad support is very important in order to send a strong signal to the Commission and to China.

4-083

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

4-084

PRESIDENZA DELL'ON. MARIO MAURO
Vicepresidente

4-085

6 - Dichiarazioni di voto

4-086

Dichiarazioni di voto orali

4-087

- Relazione: Constantin Dumitriu (A6-0004/2009)

4-088

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Pane předsedo, ráda jsem podpořila zprávu, která umožní administrativní a právní zjednodušení, které zvýší informovanost spotřebitelů v Evropě i ve třetích zemích o kvalitě a nutriční hodnotě potravin, a také to, že spotřebitelé budou mít jasno, že byly použity bezpečné výrobní metody. Nesouhlasila jsem s upřednostňováním sektoru olivového oleje či oliv a věřím, že Komise zařadí mezi specifické programy také sektor vína, který tak bude moci lépe šířit informace o kvalitních vínech vyráběných v různých regionech Evropské unie.

4-089

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, I just wish to say that I supported this report. I was interested to hear during the debate that the Commission confirmed 70% funding cofinancing for the school fruit scheme, which will be hugely significant in the uptake of this scheme, and I clearly welcome it.

4-090

- Relazione: Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (A6-0407/2008)

4-091

Mairead McGuinness (PPE-DE). – Mr President, thank you again for giving me the floor. I supported this report because it makes good sense that we should have a regulation that protects farmers’ interests and the interests of those who produce their feed. I think what we now need is to communicate with the stakeholders what it means for them, as either feed operators or as users of animal feed, because it will not be enough that we have this regulation in place until there is good communication between all stakeholders.

4-092

Ewa Tomaszewska (UEN). – Panie Przewodniczący! Poparłam sprawozdanie dotyczące wprowadzenia na rynek i stosowania pasz, ponieważ reprezentuje ono interesy zarówno rolników i producentów, jak i bezpieczeństwo zdrowotne zwierząt hodowlanych, a tym samym bezpieczeństwo zdrowotne późniejszych konsumentów mięsa – ludzi.

Wyraźne określenie składu pasz i ich rejestr ułatwi rolnikom podejmowanie odpowiedzialnych decyzji o wyborze właściwego gatunku paszy. Jest to krok we właściwym kierunku. Pozwolę sobie jednak zwrócić uwagę, że ochrona

tajemnicy handlowej producentów nie może usprawiedliwiać braku niezbędnej informacji, nie może doprowadzać do sytuacji takich jak epidemia „choroby wściekłych krów” lub pojawienie się dioksyn w paszach.

4-093

- Relazione: Jürgen Schröder (A6-0513/2008)

4-094

Syed Kamall (PPE-DE). – Mr President, in November 2007 I visited Uganda to meet with local entrepreneurs and local NGOs. As we were leaving Kampala on a dusty road, the driver drew my attention to some booths selling pre-paid telephone cards. He turned to me and said: ‘Those telephone companies, those private companies, have done more to take people out of poverty in this country than any of your white, Western NGOs’. I thought that was a little unfair at the time, but it highlights the feeling that so many entrepreneurs have towards European Union development policies.

In fact, entrepreneurs in many poor countries have told me that they believe our aid programmes and our NGOs actually have an interest in keeping them poor. I still think that is a little unfair, but it highlights the fact that we need to show that we are supporting entrepreneurs in developing countries, and one of the best ways to do that is through encouraging open markets globally.

4-095

Nirj Deva (PPE-DE). – Mr President, I am delighted to be able to rise in support of Mr Schröder’s excellent report on this issue. Economic Partnership Agreements are very key as a development instrument. It is trade, not aid, which is going to uplift poor countries from poverty.

We are now in a global economic condition with the global recession where there are the beginnings of the whiff of protectionism coming from the developed world, especially from the United States, and I hope not from the European Union. If we create a protectionist climate, then the whole question of trade, not aid, to help alleviate poverty will be blown off course and thrown out of the window. We do not wish the developing countries which do want to trade with us to be stopped by our own selfish needs which are misguided to protect our own markets. In the long term that would be a disaster for our economies.

4-096

- Proposta di Risoluzione: Kosovo (B6-0063/2009)

4-097

Philip Claeys (NI). – Ik heb tegen de resolutie over Kosovo gestemd om twee redenen. Eerst en vooral is er een passage die stelt dat de lidstaten die de onafhankelijkheid van Kosovo nog niet hebben erkend, dit alsnog zouden moeten doen. Welnu, zulk een passage is in strijd met het subsidiariteitsbeginsel. Het is aan de lidstaten zelf om daarover te beslissen en hierover moet geen druk van buitenaf worden uitgeoefend, geen druk vanuit de Europese Commissie, de Raad of het Parlement.

De tweede reden waarom ik tegen de resolutie heb gestemd heeft te maken met de passage die stelt dat Kosovo een duidelijk uitzicht moet hebben op lidmaatschap van de Europese Unie, evenals de voor gehele regio. Ik denk dat het verkeerd is om dit soort beloftes vanuit het Parlement te doen. Op dit moment zijn er heel wat problemen met de uitbreiding, met een aantal nieuwe lidstaten ook, en zou het helemaal verkeerd zijn om nu al beloftes te doen aan landen als Kosovo dat zij ooit te tot de Europese Unie kunnen toetreden.

4-098

Daniel Hannan (NI). – Mr President, whence comes our obsession with preserving multi-ethnic states regardless of the wishes of their inhabitants?

Kosovo had an unquestioned right to self-determination: it was expressed in a referendum with a participation rate and a turnout of more than 90%. However, by an extension of that logic, so, surely, have those Kosovans of Serb extraction, who are clustered conveniently close to the border with Serbia proper. Why not allow them also to enjoy self-government? We do it de facto, so why do we not do it de jure?

The answer is because we would rather keep Kosovo as a European protectorate – as a satrapy, such as it was in Ottoman times. We forced on them a version of our 12-star flag and a version of our national anthem. We have a Kosovan Parliament and institutions subject to the overriding decisions of an appointed European commissar.

We should allow the people of Kosovo to have referendums on partition – if that is what they want – and on ethnic self-determination, and we should allow that same right to the subject peoples of the European Union. *Pactio Olisipiensis Censenda Est!*

4-099

- Relazione: Corien Wortmann-Kool (A6-0021/2009)

4-100

Kathy Sinnott (IND/DEM). – Mr President, China is a very important trade partner for the European Union, as is Taiwan. I wanted to draw attention to a very positive development in the Committee on Foreign Affairs. They voted an opinion which calls on China to respect women and children's rights by ending forced abortion and forced sterilisation. It also calls on China to end political persecution and other human rights abuses.

I think this raises the issue that we cannot separate trade from other factors. I made this point in the Gaza speech about our trade with Israel – if we do not bring up issues of human rights abuse, we are in danger of having our money used to encourage human rights abuse. So I want to congratulate the Committee on Foreign Affairs for recognising the coercive nature of China's one-child policy and bringing this into the trade issue.

4-101

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Vážení kolegové, pane předsedo, Čína vstupem do WTO v roce 2001 získala obrovské výhody. Otevřeli jsme jí své trhy, ale sama nedodržuje obchodní podmínky, ke kterým se zavázala, a my k tomu několik let v podstatě jenom přihlížíme. Já velice podporuji uzavřít strategické partnerství s tímto významným ekonomickým subjektem. Ale to strategické partnerství musí být opřeno o povinnost ze strany Číny dodržovat lidská práva, protože my potřebujeme mít partnerství s takovými zeměmi, které jsou demokratické, a nikoliv totalitní. Máme s tím, nové členské státy, své vlastní zkušenosti.

4-102

Philip Claeys (NI). – Ik heb voor het amendement van de EVP-Fractie gestemd, omdat daarin tenminste rekening wordt gehouden met het feit dat Taiwan een belangrijke economische handelsentiteit is en de deelneming van Taiwan als waarnemer aan de desbetreffende internationale organisaties wordt gesteund. Eigenlijk is dit amendement nog veel te beperkend. Aangezien Taiwan een democratisch land is dat *de facto* nationale soevereiniteit geniet, is het eigenlijk een schande dat Taiwan niet als volwaardige lidstaat wordt erkend in alle verschillende internationale instellingen. Het amendement spreekt over de deelneming van Taiwan als waarnemer aan deze instellingen. Welnu, ik ben van mening dat Taiwan daaraan als een volwaardige lidstaat zou moeten kunnen deelnemen.

4-103

Syed Kamall (PPE-DE). – Mr President, thank you very much for giving me this opportunity to explain my vote on the EU-China report. Overall it was a very balanced report and I am very pleased that the rapporteur, on the whole, was able to stick to the issue – which was trade – rather than focus on a number of other issues that I know a number of colleagues wanted her to focus on.

However, I did have one major concern about this report, which was the reference to trade defence instruments. We have to recognise that consumers in my country – Britain – and in many other countries across the European Union have benefited from open trade with China. It helped us at the time to fight perils such as inflation. However, protecting uncompetitive EU producers, at the expense of other parties who benefit, is something that we should tackle with care. We should make sure that we get the right balance and do not ignore the benefits of trade with China for consumers, companies with globalised supply chains and the retail sector. On the whole, trade with China is to be welcomed. Eventually that will lead to all the other issues being tackled, such as better human rights and labour issues.

4-104

Nirj Deva (PPE-DE). – Mr President, China is one of our most important trading partners. It also contains one quarter of the world's population.

For many years we have treated China as though it were some sort of small child that needed to be chided and argued about, as though we were some superior institution. We must not forget that China's history exceeds ours by thousands of years. China has maintained her cultural traditions and her values.

We want to have China as a part of our international community, but China is very important for the EU as a trading partner and the way we should treat China is as an equal partner with respect.

If we do that, then China will not only listen to us, but will trade more with us, we will be able to invest more in China and China invest more with us. At the moment China has an enormous amount of money which will have to be invested outside China. The European Union should be the place where they invest it.

4-105

Tunne Kelam (PPE-DE). – Mr President, I supported Mrs Wortmann-Kool's amendment to consider Taiwan as an economic and commercial entity, because Taiwan has been a democracy for a long time and is a viable free market economy. We must make at least political and moral efforts to support the status of Taiwan, and also to provide it with international access to organisations which are not connected with statehood.

4-106

Dichiarazioni di voto scritte

4-107

- Relazione: Constantin Dumitriu (A6-0004/2009)

4-108

Nicodim Bulzesc (PPE-DE), in scris. – Am votat acest raport deoarece activitățile de informare desfășurate de Comunitate răspund unei nevoi reale a statelor membre de a promova imaginea produselor lor agricole atât în rândul consumatorilor din Comunitate, cât și a celor din alte țări, îndeosebi în ceea ce privește calitatea, valoarea nutritivă și siguranța alimentelor și a metodelor de producție. În plus, ea contribuie la deschiderea unor noi piețe de desfacere și are un efect de multiplicare a inițiativelor naționale și private.

Modificarea legislativă va oferi posibilitatea statelor membre interesate să propună programe de informare și în cazul absenței unor programe propuse pentru țări terțe. Ca urmare a acestei modificări, statele membre vor avea posibilitatea să extindă domeniul de aplicare a acțiunilor vizate de aceste programe și să solicite de asemenea ajutorul organizațiilor internaționale pentru punerea în aplicare a acestor acțiuni.

4-109

Avril Doyle (PPE-DE), in writing. – This proposal aims to extend the reach of Article 9 of Regulation (EC) No 3/2008 which enables Member States, in the absence of proposals from industry, to propose information and promotion campaigns in third country territories without the requirement of funding from industry. The present requirements necessitate a 20% industry contribution to funding when the EU provides a maximum of 50% of funding.

This latitude would provide Member States with the ability to self-start promotional and information campaigns without the financial participation of industry. The potential for this proposal for impetus in the fruit and vegetable industry is considerable and also desirable given the current economic conditions. I am accordingly pleased to support this proposal.

4-110

Duarte Freitas (PPE-DE), por escrito. – Os Estados-Membros têm necessidade de promover a imagem dos seus produtos agrícolas, tanto entre os consumidores comunitários, como junto dos consumidores de países terceiros, nomeadamente no que diz respeito à qualidade e informação nutricional, à segurança alimentar e aos métodos de produção seguros.

Concordo que, na ausência de programas propostos pelas organizações do sector agro-alimentar, os Estados-Membros devem poder estabelecer programas e seleccionar, mediante adjudicação, um organismo que implemente o programa.

A proposta da Comissão, na medida em que permite aos Estados-Membros delinear programas nacionais, melhorará a legislação existente.

Aprovo o relatório Dumitriu e saliento pela positiva a inserção do sector do vinho no âmbito desta proposta.

4-111

Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig. – Junilistan anser att den gemensamma jordbrukspolitiken (GJP) ska avskaffas och att jordbruksprodukter ska säljas på en fri marknad utan att EU satsar ekonomiska resurser på informationskampanjer och säljfrämjande åtgärder för dessa produkter. Särskilt allvarligt är det att EU ska finansiera säljfrämjande åtgärder i tredjeland, vilket innebär en illojal konkurrens mot icke-EU-länders jordbruksproducenter.

Vad håller EU på med? Är det verkligen rimligt att EU ska använda de europeiska skattebetalarnas pengar i reklamkampanjer för att övertyga samma medborgare om att de ska köpa de varor som de redan har subventionerat? Naturligtvis inte. Det stinker dold protektionism om hela förslaget.

I januari 2009 inleddes en ny reklamkampanj i Sverige, Finland och Danmark, där svenskarna uppmanas att köpa mer tulpaner. EU satsar, enligt tidskriften Resumé, totalt 14 miljoner kronor i tre år på tulpankampanjen i nämnda tre länder. Sådant uppenbart slöseri med EU:s pengar måste få ett slut.

Jag är starkt emot detta betänkande. Jag konstaterar än en gång att det är tur att inte Europaparlamentet har medbeslutande i EU:s jordbrukspolitik, ty då skulle unionen hamna i en fälla av protektionism och tunga subventioner till samtliga grupper inom jordbruksnäringen.

4-111-500

David Martin (PSE), in writing. – I support this proposal which seeks to simplify and enhance information programmes on agricultural products. I support this proposal because it will provide funding to third country markets to provide and improve the information on the quality, nutritional value and safety of foodstuffs and the methods of production.

4-112

Luca Romagnoli (NI), per iscritto. – Esprimo il mio voto favorevole in merito alla relazione presentata dal collega Dumitriu sulle azioni di informazione e di promozione dei prodotti agricoli sul mercato interno e nei paesi terzi. Ritengo

che, come espresso più volte dalla Commissione, sia necessario semplificare le procedure amministrative nel quadro istituzionale europeo.

Questo regolamento, infatti, consente alla Comunità di realizzare azioni di informazione sul mercato interno e sui mercati dei paesi terzi per un certo numero di prodotti agricoli, conservando tuttavia le specificità delle azioni in funzione del luogo di realizzazione.

Concordo con il taglio politico che è stato dato, che rispetta le esigenze degli Stati membri, desiderosi di promuovere un'immagine dei loro prodotti agricoli presso i consumatori all'interno della Comunità e nei paesi terzi che sia imperniata soprattutto sulla qualità, sulle caratteristiche nutrizionali, sulla sicurezza dei prodotti alimentari e sui metodi di produzione.

4-113

Flaviu Călin Rus (PPE-DE), în scris. – Am votat rezoluția legislativă a Parlamentului European referitoare la propunerea de regulament al Consiliului de modificare a Regulamentului (CE) nr. 3/2008 privind acțiunile de informare și promovare pentru produsele agricole pe piața internă și în țările terțe (COM(2008)0431 – C6-0313/2008 – 2008/0131(CNS)), deoarece consider că populația trebuie informată corect despre produsele agricole pe care le consumă. De asemenea, consider că o bună promovare a oricărui produs poate oferi informații utile cumpărătorilor.

4-114

- Relazione: Martine Roure (A6-0024/2009)

4-115

Avril Doyle (PPE-DE), in writing. – The status of refugee is that accorded to a person who, owing to a well-founded fear of being persecuted for reasons of race, religion, nationality, membership of a particular social group, or political opinion, is outside the country of their nationality, and is unable to or, due to such fear, is unwilling to avail him- or herself of the protection of their own state. This is a 1951 UN definition.

This review of the 2003 'Reception Conditions Directive' which laid down minimum standards for the reception of people seeking asylum in Europe, aims to enforce the implementation of these rules, such as access to information, education, health care, and standards regarding reception facilities. The Directive allows Member States to determine the length of time during which an applicant cannot have access to the labour market.

Ireland unfortunately did not opt into the 2003 Directive, and operates a 'direct provision' system, providing accommodation, food and EUR 19.10 per week per adult, designed to discourage asylum seekers from choosing Ireland, and keeping them out of the official labour market for the entirety of their application procedure. Legislation currently before the Oireachtas – the Immigration, Residence and Protection Bill 2008 – seeks to extend this prohibition, despite grave concerns about the impact of such decisions. Other measures in the Irish legislation include criminalising 'spurious' appeals and the prospect of fines to legal representatives who take on such cases.

As Ireland is not party to the 2003 Directive, I felt obliged to abstain, but commend the aims of the report.

4-115-500

Bruno Gollnisch (NI), par écrit. – Monsieur le Président, mes chers collègues,

Madame Roure demande des conditions d'accueil particulièrement engageantes pour les demandeurs d'asile : lieux d'hébergement conviviaux, ouverts - c'est plus facile pour disparaître dans la nature -, large accès aux soins y compris psychiatriques, à une assistance juridique, à des traducteurs ou des interprètes, à une formation et même à un emploi !

Elle semble oublier l'abus fait par les immigrants eux-mêmes des demandes de protection internationale pour contourner les lois nationales sur l'entrée et le séjour des étrangers dans nos pays, alors que leurs véritables motivations sont sociales et économiques. Elle « oublie » aussi qu'ils peuvent mentir sur leur origine, leur langue, détruire leurs papiers, etc... pour ne pas être expulsés.

Elle semble également « oublier » que ce qu'elle réclame pour ces étrangers n'est souvent pas accessible à nos propres concitoyens, à commencer par un logement décent, un travail et un accès à des services publics de qualité, notamment dans des zones où, comme à Mayotte, la submersion migratoire crée d'énormes problèmes économiques et sociaux aux habitants.

Je peux comprendre la détresse et les rêves des migrants. Mais nous n'avons ni la vocation, et encore moins les moyens, d'accueillir toute la misère du monde. Ce rapport est néfaste, et ses effets seront pervers.

4-116

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), por escrito. – A maioria do PE já nos habituou a que aprova resoluções sem consequências legislativas, com um conteúdo contrário às resoluções legislativas que adopta. Uma propensão tanto maior, quanto mais perto se encontram as eleições para o PE.

Estamos perante um exemplo dessas "duas caras", a verdadeira e sua máscara, tratando-se, neste caso, desta última.

Sem dúvida que - e há muito e coerentemente o defendemos - é necessário garantir os direitos dos requerentes de asilo, relativamente ao acolhimento, ao acesso à informação e direito à interpretação, à assistência jurídica gratuita, à saúde, ao emprego.

Sem dúvida que é importante denunciar o aumento do número de pessoas detidas no âmbito do Sistema de Dublin, com o recurso, quase sistemático, a medidas privativas de liberdade e a limitações no acesso às normas de acolhimento.

No entanto, é igualmente necessário exigir o fim dos centros de detenção e rejeitar uma política comunitária que estabelece, pelo mínimo denominador comum, normas de acolhimento e o procedimento de concessão de asilo.

Se o PE está realmente preocupado com o respeito dos direitos dos imigrantes e dos requerentes de asilo, então não deveria ter aprovado as directivas "retorno" (que criminaliza os imigrantes e os expulsa), "cartão azul" (que os selecciona) e "sanções aos empregadores" (que pune igualmente os trabalhadores), directivas essas que o PCP rejeitou.

4-117

Carl Lang (NI), par écrit. – En ce qui concerne les droits accordés aux migrants sur le territoire de l'Union européenne, la règle est décidément celle du toujours plus. C'est à se demander si la surenchère au sein des institutions européennes n'est pas de mise.

Ce rapport n'est qu'une longue litanie de propositions et de recommandations à l'intention des États membres afin qu'ils accordent aux centaines de milliers de personnes qui, chaque année, pénètrent sur leur territoire de façon légale ou illégale des droits non seulement égaux à leurs nationaux, mais aussi plus nombreux et effectifs.

En effet, il est par exemple demandé aux États membres de l'Union de supprimer les obstacles à l'accès au marché du travail pour ces immigrants et d'encourager lesdits États à adopter des législations nationales favorisant de surcroît cet accès.

Doit-on en conclure que les nationaux devront désormais s'effacer devant la légitime souffrance de personnes fuyant leur pays d'origine, que cela soit pour des raisons économiques, politiques, climatiques ou familiales? Oui, et c'est tout le sens de l'immigration choisie que prône sans réserve le président Sarkozy.

Bien au contraire, nous croyons, et tout particulièrement en temps de crise, que les emplois, en Europe, doivent être réservés aux Européens et, en France, aux Français. Le redressement national des nations européennes y est conditionné.

4-118

Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig. – Detta betänkande innehåller flera punkter som jag stödjer fullt ut, såsom att asylsökande ska behandlas värdigt och att de mänskliga rättigheterna alltid ska garanteras. Den kritik som riktas mot en rad så kallade asylcentra är befogad. Flera europeiska länder brister när det gäller att ta emot asylsökande och flyktingar på ett värdigt sätt.

Betänkandet innehåller dock några punkter som jag inte kan stödja. Andemeningen är att EU ska ha en gemensam invandrings- och asylpolitik. Bland annat står att läsa att övriga medlemsstater ska stödja de EU-länder som "mest konfronteras med invandringens utmaningar". Junilistan anser att asyl- och invandringspolitik är en fråga för medlemsländerna, förutsatt att internationella konventioner och överenskommelser respekteras. En gemensam invandrings- och asylpolitik riskerar att leda till en "Fästning Europa", något vi redan i dag ser tydliga tecken på.

4-119

Mairead McGuinness (PPE-DE), in writing. – I abstained in the vote on this report as Ireland did not participate in the adoption of the 2003 Directive.

The principal reason for this position relates to access to the labour market for asylum seekers.

The prohibition on asylum seekers entering the labour market is to be re-enacted in a bill currently before the Dáil.

4-120

Αθανάσιος Παφίλης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η Έκθεση δεν αποδίδει την πραγματική έκταση της αθλιότητας των συνθηκών των προσφύγων και μεταναστών στα κέντρα υποδοχής και κράτησής τους στα κράτη μέλη της ΕΕ. Περιορίζεται στη διαπίστωση των τραγικών συνθηκών διαβίωσής τους, τις αποδίδει όμως στην ελλιπή εφαρμογή των οδηγιών της ΕΕ.

Έτσι από τη μία στηρίζει τη συνολική αντιμεταναστευτική νομοθεσία και πολιτική της ΕΕ και των κυβερνήσεων, όπως καθορίζεται από το Σύμφωνο Μετανάστευσης, και το Σύστημα του Δουβλίνου για το άσυλο και από την άλλη διαμαρτύρεται για τα απάνθρωπα αποτελέσματά της! Αποτελεί τουλάχιστον πρόκληση, οι πολιτικές δυνάμεις του

"ευρωμονόδρομου", που ψήφισαν στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο την Οδηγία με την οποία προβλέπεται, εκτός των άλλων, η κράτηση των "παράνομων" μεταναστών για 18 ολόκληρους μήνες, να εκφράζουν με τη συγκεκριμένη έκθεση, τη λύπη τους δήθεν για τις απάνθρωπες συνθήκες κράτησής τους και να ζητάνε να μην κρατούνται !

Τα "κροκοδείλια δάκρυα" του Ευρωκοινοβουλίου δεν μπορούν να αθώσουν την απάνθρωπη, εκμεταλλευτική πολιτική της ΕΕ. Ακόμη και τα πιο στοιχειώδη μέτρα, πολύ περισσότερο μέτρα ουσιαστικής στήριξης των μεταναστών και των προσφύγων και κατοχύρωσης των δικαιωμάτων τους, δεν μπορούν υλοποιηθούν παρά μόνο στη κατεύθυνση της σύγκρουσης και της ρήξης με την πολιτική της ΕΕ και το ίδιο το οικοδόμημά της.

4-121

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL), γραπτώς. – Τα κράτη μέλη, ανάμεσά τους και η Ελλάδα, οφείλουν να κάνουν περισσότερα, αξιοποιώντας τις διεκδικήσεις και τις προτάσεις του Ευρωκοινοβουλίου. Το Ευρωκοινοβούλιο επικρίνει τη στάση των κυβερνήσεων απέναντι στους εξαθλιωμένους μετανάστες που περνάνε τις πύλες της ΕΕ καθημερινά, με κίνδυνο της ζωής τους.

Χώρες, όπως η Ελλάδα, που βρίσκονται στα εξωτερικά σύνορα της ΕΕ, οφείλουν να εκμεταλλευθούν τις δυνατότητες αρωγής που προσφέρει η ΕΕ και, επί τη βάση του σεβασμού των δικαιωμάτων των προσφύγων και αιτούντων άσυλο, να προσπαθήσουν να εξασφαλίσουν ανθρώπινες συνθήκες υποδοχής τους.

Ακόμη και με τις απαράδεκτες "εκπτώσεις" που τελευταία κάνουν η Κομισιόν και το Συμβούλιο σε ό,τι αφορά τα δικαιώματα των μεταναστών και συνεχίζουν την πορεία προς μια "Ευρώπη-φρούριο", η Ελλάδα βρίσκεται πολύ κάτω από τα κοινοτικά στάνταρντ προστασίας των θεμελιωδών δικαιωμάτων.

4-122

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – A concessão de asilo é o gesto último de um Estado, e de toda uma comunidade, assumindo a incapacidade para defender os direitos humanos globalmente e a vontade de, ainda assim, agir de acordo com essa escala de valores.

O seu regime deve, pois, ser claramente distinto da imigração. Quanto mais se procurar alargar o conceito, incluído o que a ele não pertence, menor será o seu valor, e a confusão só pode prejudicar os legítimos requerentes de asilo. Importa, pois, que as regras sejam claras, os procedimentos céleres, o tratamento digno em todas as circunstâncias. Ainda que haja necessidade de coordenar acções e opções, o asilo, em números, em dimensão e conceptualmente, não coloca as mesmas questões que a imigração, mesmo num espaço sem fronteiras. Os Estados-Membros têm tradições próprias no que ao asilo diz respeito e esta diferença não deve ser ignorada no quadro da invocada coordenação.

Quanto aos requerentes a quem o asilo é ou deva ser recusado, esta concepção, tributária de uma ideia generosa mas estrita de asilo, não pode produzir qualquer menor humanidade no acolhimento e no tratamento de pessoas que estarão sempre fragilizadas pela sua condição.

4-123

Luca Romagnoli (NI), per iscritto. – Esprimo il mio voto negativo relativamente al rapporto presentato dalla collega Roure sull'attuazione nell'UE della direttiva 2003/9/CE sulle condizioni di accoglienza dei richiedenti asilo e rifugiati. Infatti, nonostante deplori il fatto che alcune visite effettuate abbiano dimostrato che le direttive vigenti erano ancora male applicate o non erano applicate da alcuni Stati membri, non sono d'accordo con la relattrice quando dice che esistono varie carenze relative al livello delle condizioni di accoglienza.

Inoltre, non concordo sul fatto che la capacità dei centri di prima accoglienza aperti da taluni Stati membri sia scarsa e non sembri soddisfare i bisogni dei migranti. Infine, non sono d'accordo con la richiesta secondo la quale l'accoglienza dei richiedenti asilo sia effettuata in via prioritaria in centri di accoglienza aperti piuttosto che in unità chiuse.

4-124

Michel Teychenné (PSE), par écrit. – Grâce à ce rapport, le Parlement européen réaffirme son attachement aux droits fondamentaux, tel que le droit à la dignité. Il n'est pas acceptable qu'au sein même de l'Union Européenne, les conditions d'accueil des migrants et demandeurs d'asile ne soient pas exemplaires.

Les visites de centres de rétention par des eurodéputés entre 2005 et 2008 ont permis la rédaction, sous la houlette de Mme Martine Roure, de ce rapport. Il dévoile l'étendue des irrégularités du système de rétention des migrants en Europe, pointant du doigt les problèmes d'aide juridique et médicale, d'hygiène, de promiscuité, ou encore d'information.

C'est donc une sonnette d'alarme que tire aujourd'hui le Parlement européen. Les États membres doivent en prendre acte et, le cas échéant, appliquer les directives existantes au plus vite - "accueil" et "procédure" - ou progresser dans leur mise en œuvre.

4-125

- Relazione: Christina Muscardini (A6-0001/2009)

4-126

Glyn Ford (PSE), in writing. – The European Parliamentary Labour Party abstained on this report not because we are opposed to enhancing the role of European SMEs in international trade, but because Mrs Muscardini has produced a Trojan horse that contains within it unacceptable positions on Trade Defence Instruments.

We are disappointed that the Commission has shelved the review because of difficulties in securing a consensus on the way forward. Our view remains that there is an urgent need to amend the Community's trade defence regime so that it takes better account of developments in the global economy. Lack of reform means that our industry is badly placed to take advantage of the benefits of globalisation. While we welcome the Czech presidency's inclusion in the work programme of improving the transparency of Trade Defence Instruments, this is not enough.

4-127

Bruno Gollnisch (NI), par écrit. – Nous avons voté le rapport de Mme Muscardini sur les PME, qui est une critique sévère de la politique commerciale de l'Union européenne, même s'il est rédigé dans le langage édulcoré et technocratique cher à cette maison.

Tout y passe: politiques focalisées sur les besoins des grandes entreprises, faiblesse des actions en faveur de l'accès aux marchés étrangers et de la défense de l'application de la réciprocité par les pays tiers, difficultés d'accès aux instruments de défense commerciale pour les petites entreprises, mollesse de la protection contre les contrefaçons et l'usage illégitime ou frauduleux des indications d'origine géographiques...

Il est temps en effet que l'Union européenne cesse de pratiquer l'immolation de ses entreprises et de ses travailleurs sur l'autel d'une concurrence et d'une ouverture des marchés qu'elle est seule au monde à pratiquer. Il est temps de soutenir les PME à l'exportation, de les défendre vraiment contre la concurrence déloyale, de protéger raisonnablement nos marchés.

Or, en restant attaché à l'internationalisation des entreprises comme une fin en soi, le rapporteur continue de promouvoir un système fondé sur la liberté absolue de circulation des biens, des services, des capitaux et des hommes, un système qui nous a menés à une profonde crise économique, financière et sociale, un système avec lequel l'Union européenne doit rompre absolument.

4-128

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), por escrito. – Não por acaso, com o aproximar das eleições para o PE, surgem resoluções de intenções em que se procuram escamotear as responsabilidades das políticas adoptadas pela UE (designadamente, nos últimos 5 anos) quanto à gravíssima situação em que se encontram a generalidade das micro, pequenas e médias empresas, nomeadamente em Portugal.

As PME, e não as grandes transnacionais, são as vítimas da liberalização dos mercados promovida pela UE (como se um quadro onde impera a "lei do mais forte" pudesse favorecê-las...). Muitas são as PME que "participam" no "comércio internacional" em virtude da sua dependência face às grandes transnacionais, para as quais produzem a preços que, muitas vezes, não correspondem aos custos de produção.

Sem dúvida que é necessário assegurar (e aplicar) os instrumentos de defesa comercial, os direitos da propriedade intelectual, a designação de origem, as indicações geográficas dos produtos agrícolas e apoiar a internacionalização das PME.

Então, porque é que a maioria das forças políticas representadas no PE, que correspondem à maioria representada na Comissão e no Conselho da UE: não adoptam o regulamento "fabricado em"? ; não aplicam aos produtos importados os mesmos requisitos de segurança e de protecção que são exigidos aos produtos produzidos na UE?; não utilizam o quadro financeiro 2007-2013 para defender a produção e o emprego, apoiando as PME?

4-129

Małgorzata Handzlik (PPE-DE), na piśmie. – Jestem bardzo zadowolona, iż Parlament Europejski przyjął sprawozdanie pani Muscardini, nad którym ja, jako poseł opiniodawca w Komisji Rynku Wewnętrznego i Ochrony Konsumenta, miałam okazję pracować. Bardzo dużo mówi się obecnie o poprawie warunków dla małych i średnich przedsiębiorstw na rynku wewnętrznym Unii Europejskiej, zwłaszcza w kontekście propozycji Small Business Act.

Małe i średnie przedsiębiorstwa to ponad 99% wszystkich przedsiębiorstw europejskich. Jednak podejmowanie działalności wykraczającej poza granice narodowe jest już bardziej domeną dużych firm. Zaledwie 8% małych i średnich przedsiębiorstw eksportuje poza swoje granice narodowe. Jeśli zaś chodzi o podejmowanie działalności poza granicami Unii Europejskiej, to decyduje się na nią zaledwie 3% przedsiębiorstw.

Nie powinniśmy zapominać, iż umiędzynarodowione przedsiębiorstwa wykazują dużą zdolność do innowacji. A innowacyjność jest kluczem do konkurencyjności i wzrostu europejskiej gospodarki. Dlatego mam nadzieję, iż polityki rynku wewnętrznego będą oferowały MŚP pełnię korzyści, jakie niesie ze sobą wspólny rynek, a w przypadku gdy okaże się to możliwe, będą budowały podstawy dla umiędzynarodowienia ich działalności. Małe i średnie przedsiębiorstwa powinny uzyskać także większe wsparcie ze strony państw członkowskich i Komisji Europejskiej, w zakresie m.in. promocji eksportu czy wyszukiwania potencjalnych partnerów handlowych, zwłaszcza jeśli chodzi o produkty i usługi wiodące na rynkach oraz nowe technologie.

4-130

Mieczysław Edmund Janowski (UEN), na piśmie. – Sprawozdanie, które przedstawiła pani poseł Cristiana Muscardini dotyczy ważnej kwestii ekonomicznej i społecznej. Jest to istotne szczególnie teraz, w obliczu załamania gospodarczego. Liczba MŚP (do 250 zatrudnionych; obrót ≤ 50 mln EUR) w Unii sięga 23 milionów, co stanowi ok. 99% wszystkich firm działających na naszym rynku. Pracuje w nich ponad 75 milionów ludzi.

Słuszne są zatem wezwania kierowane do Komisji, państw członkowskich oraz władz regionalnych i lokalnych o skuteczne wspieranie tych podmiotów, także poprzez nieutrudniony dostęp do kredytów. Potrzebne są nadto ułatwienia w handlu i zniesienie biurokratycznych barier przy eksporcie bądź imporcie.

W odniesieniu do zamówień publicznych, których zawile i nie zawsze jednoznaczne procedury hamują dostęp MŚP, należy doprowadzić do większej otwartości tego rynku, tak wewnątrz UE, jak i w krajach trzecich. Jak to wykazywałem w moim sprawozdaniu dotyczącym polityki innowacyjnej, w tym sektorze rola MŚP jest trudna do przecenienia. Są one bowiem coraz bardziej elastyczne i otwarte na nowoczesne rozwiązania technologiczne oraz organizacyjne.

Szczególnego potraktowania wymagają MŚP z sektora rolno-spożywczego, gdzie należy zadbać o ochronę nazw pochodzenia produktów oraz przeciwdziałać podróbkom szkodzącym zdrowiu konsumentów. Popieram też ideę zorganizowania Europejskiego Tygodnia MŚP w maju 2009 r. Powinna to być dobra sposobność do szerokiej informacji na ten temat w całej Unii.

4-131

Syed Kamall (PPE-DE), in writing. – While we all acknowledge and support the role that SMEs play in international trade, it is a real shame that a large part of this report was dedicated to defending so-called Trade Defence Instruments. In reality, TDIs are being used by inefficient producers as a form of naked protectionism to shelter them from competition, not only from non-EU competitors but also from more efficient competitors across the EU that have taken advantage of globalisation and established global supply chains.

TDIs punish retailers and consumers who are forced to pay higher prices for goods that they could obtain at better value elsewhere. They also punish the most efficient and innovative SMEs. We all know of many SMEs in our constituencies that are punished by the very same TDIs that this report seeks to praise. It is for this reason that Conservatives reluctantly voted against this report.

4-132

Rovana Plumb (PSE), în scris. – IMM-urile din Uniunea Europeană reprezintă 23 de milioane de întreprinderi (99% din total) și 75 de milioane de locuri de muncă (70%) în cadrul Uniunii.

Am votat raportul doamnei Muscardini deoarece surprinde strategia esențială pentru supraviețuirea acestora într-o perioadă economică dificilă: sprijin politic și financiar pentru stimularea inovării produselor și a proceselor, facilitarea accesului la informațiile financiare și fiscale, internaționalizarea acestora, adoptarea unei poziții ferme în negocierile privind procedurile de facilitare a comerțului, pentru a diminua costurile procedurilor vamale care însumează până la 15% din valoarea bunurilor comercializate, înregistrarea eficientă a originii bunurilor și controale vamale actualizate.

Pentru România, internaționalizarea IMM-urilor reprezintă o soluție în contextul crizei economice, contribuind decisiv la supraviețuirea și dezvoltarea activității acestora, esențiale pentru crearea de noi locuri de muncă.

Salut organizarea „Săptămânii europene a IMM-urilor“ în mai 2009 și cu principalul scop de a furniza informații către IMM-uri privind internaționalizarea acestora.

4-133

Luís Queiró (PPE-DE), por escrito. – No momento em que o mundo procura uma reposta à crise económica global, e em que as tendências proteccionistas se avolumam, como foi o caso recente da discussão sobre a cláusula “buy american”, no Congresso dos Estados Unidos, é dever dos governos e das instituições comunitárias zelar pelos interesses e garantir o respeito das regras aplicáveis no que diz respeito às PME e ao comércio internacional.

O valor da acessibilidade aos mercados internacionais para as pequenas e médias empresas europeias é evidente. Como revelam os estudos, quando estas empresas actuam no mercado extracomunitário tendem a ganhar boas práticas, a inovar e a ser mais competitivas. Sem prejuízo de sabermos que algumas não resistem, nem resistirão à concorrência.

Ora, tendo presente este valor, e sabendo que as maiores empresas estão mais amparadas nestes momentos de proteccionismo, é necessário que as autoridades actuem em defesa destas empresas, fiscalizando e impondo o cumprimento dos acordos internacionais.

Simultaneamente, esta alegação há-de ser válida no que aos países terceiros diz respeito. O comércio internacional só será justo se o for para ambas as partes.

4-134

Luca Romagnoli (NI), *per iscritto*. – Voto favorevolmente la relazione presentata dalla collega Muscardini, concernente il rafforzamento del ruolo delle PMI europee nel commercio internazionale. Per l'Unione Europea, realtà caratterizzata per lo più da piccole e medie imprese, la presenza internazionale delle PMI è determinante. Attualmente, soltanto l'8% delle PMI ha una dimensione internazionale e la maggior parte delle esportazioni rimane all'interno dell'Unione europea.

Le poche PMI che esportano al di fuori dell'Unione europea tendono inoltre a concentrarsi su mercati evoluti e tendenzialmente saturi come gli Stati Uniti, il Canada e la Svizzera, mentre la presenza delle PMI nei paesi emergenti è scarsa. Nonostante, quindi, le buone intenzioni della Comunità Europea (come il progetto SBA), è altrettanto vero che molto resta ancora da fare per permettere a tutte le imprese europee di acquisire una dimensione realmente internazionale.

4-135

- Relazione: Georgios Papastamkos (A6-0020/2009)

4-136

Vasco Graça Moura (PPE-DE), *por escrito*. – O comércio electrónico é uma ótima janela comercial para as Pequenas e Médias Empresas e para jovens empresários. Permite ultrapassar barreiras não técnicas clássicas ao possibilitar o acesso a mercados, de outra forma, inacessíveis.

Por identidade de razão, este tipo de comércio garante ainda uma maior participação de Países Menos Desenvolvidos nos circuitos comerciais internacionais. Todavia, a inclusão destes parceiros depende da criação de infra-estrutura básica para a qual nós deveríamos contribuir incondicionalmente.

Atentemos ainda que a pirataria, a contrafacção ou a violação de dados não são intrínsecas a este tipo de comércio, são antes adaptações de práticas antigas. Com as devidas adaptações, devemos garantir todas as certezas do comércio tradicional.

A teia legal em torno do comércio electrónico prende-se com aspectos dispersos, proibindo um olhar de prisma redutor: veja-se o governo da Internet, ainda não submetido a uma estrutura idónea internacionalmente respeitada, bem como questões de direito internacional privado ou de fiscalidade.

No plano da OMC, tudo se confunde para o comércio electrónico, e apesar de vários pedidos e insistências, as negociações sobre este tipo de comércio continuam a desenhar-se em perigosos compartimentos bilaterais.

4-137

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), *por escrito*. – A Internet tem assumido um papel cada vez mais importante nas relações comerciais e igualmente no comércio internacional. Persistem, no entanto, graves falhas quanto à protecção dos utilizadores e consumidores, no que diz respeito à protecção dos seus dados pessoais e à garantia de qualidade do serviço prestado ou produto adquirido.

O presente relatório, apesar de referir tais factos, não avança com propostas que permitam reforçar a protecção dos utilizadores e a qualidade do serviço prestado, a partir da utilização de um serviço de cariz iminentemente público, como são as comunicações.

Integrando alguns aspectos parcelares que consideramos positivamente, o seu objectivo central é a promoção do desenvolvimento e da utilização do comércio electrónico como facilitador do comércio internacional e como instrumento que contribua para ultrapassar as dificuldades actualmente existentes quanto a uma maior abertura dos mercados. Ou seja, a sua preocupação primordial é facilitar e promover o comércio electrónico, isto é, a produção, promoção, venda e distribuição de produtos através de redes de telecomunicações, em prol da liberalização do comércio mundial.

Daí a nossa abstenção.

4-138

Malgorzata Handzlik (PPE-DE), *na piśmie*. – Internet stworzył nowe możliwości jeśli chodzi o handel towarami i usługami. Dotyczy to także transakcji o charakterze transgranicznym. Wzrost w ostatnich latach ilości transakcji zawieranych za pośrednictwem Internetu napawa optymizmem jeśli chodzi o poziom zaufania, jakim konsumenci darzą Internet.

Nadal istnieją jednak bariery, jak chociażby język, które trudno będzie wyeliminować. Poważnym zagrożeniem dla handlu międzynarodowego w Internecie jest także brak pewności prawnej i ochrony konsumentów. Mam nadzieję, iż propozycja dyrektywy w sprawie praw konsumenta wyeliminuje część z nich i będzie stanowiła dodatkowy impuls do rozwoju handlu w sieci.

Warto zauważyć, że dla małych i średnich przedsiębiorstw Internet daje możliwości uczestnictwa w rynkach międzynarodowych po bardzo niskich kosztach w porównaniu z tradycyjnymi metodami, oferując im niedostępne wcześniej możliwości rozwoju swojej działalności.

Ale handel w Internecie rodzi także pytania, zwłaszcza jeśli chodzi o sprzedaż podróbek towarów chronionych prawami własności intelektualnej. Podróbki stanowią poważny problem dla handlu w sieci. Zwłaszcza iż ściganie osób sprzedających podrabiane towary w przypadku handlu o charakterze międzynarodowym jest utrudnione. Korzystający z Internetu konsumenci są także niejednokrotnie ofiarami oszustw, jak chociażby kradzież pieniędzy drogą elektroniczną. Wszystkie te zjawiska podważają zaufanie użytkowników do handlu internetowego, spowalniając rozwój handlu międzynarodowego w Internecie.

4-139

Syed Kamall (PPE-DE), in writing. – I commend this report as a wide-ranging and well-balanced report that effectively deals with the influence that the internet has had on cross-border trading. The internet has allowed even the smallest companies access to a global market previously unthinkable only a few years ago, boosting trade and allowing the positive aspects of globalisation to come to light. It has opened up new markets and broken down barriers to trade.

The report has rightly pointed out that, although there has been a rise in fraud and counterfeiting, this should not be attributed to the internet itself, but rather regarded as an issue that existed before and that needs tackling in new and innovative ways, as long as this does not impinge on our civil liberties. It also points out that it should be viewed as an opportunity for cultural diversity rather than a threat. Finally, it recognises that liberalisation of services connected to the internet, such as telecoms, has led to a boom in infrastructure investment, so I believe we should be cautious about applying further regulation on such industries, as the Commission seems intent on doing at the moment.

4-139-500

David Martin (PSE), in writing. – I welcome this report which highlights the new opportunities and new markets created by the nature and the technological development of the internet. It acknowledges the role which the internet could play for bridging the trade gap between North and >South, open up new channels connecting developing countries with advanced commercial systems, and increase their trade flows. The report states that this should facilitate the harmonious incorporation of developing countries into the world trading system, which I support.

4-140

Alexandru Nazare (PPE-DE), în scris. – Consider binevenit raportul colegului meu privind rolul internetului în stimularea comerțului. Folosirea internetului de către un număr cât mai mare de utilizatori în Uniunea Europeană impune o mai bună reglementare a acestui domeniu în expansiune. Politicile europene trebuie să stimuleze comerțul online, ca alternativă eficientă la cel clasic, și ca modalitate de a stimula schimburile comerciale transfrontaliere în interiorul Uniunii.

Este nevoie, la nivel comunitar, de o serie de măsuri care să elimine potențialele piedici în calea unei mai bune utilizări a internetului în scopuri comerciale. Este vorba aici de măsuri menite a descuraja și a preveni fraudele, precum și furtul de date personale. Măsurile comunitare trebuie să sprijine o mai mare încredere a utilizatorilor în mediul online.

Totodată, este nevoie de o standardizare la nivel comunitar privitoare la schimburile comerciale online. UE trebuie să faciliteze implementarea acestor standarde, oferind astfel comercianților online posibilitatea de a fi recunoscuți ca furnizori de încredere.

Datorită naturii globale a internetului și a posibilității de realizare de schimburi comerciale avantajoase și cu state terțe, îmi exprim speranța că vom vedea progrese și în cadrul OMC, în sensul promovării comerțului online la nivel global.

4-141

Rovana Plumb (PSE), în scris. – Am votat acest raport deoarece urmărește să evidențieze domeniile comerțului internațional în care internetul a acționat ca un catalizator, creând noi condiții pentru dezvoltarea schimburilor comerciale la nivel mondial.

De asemenea, se recunoaște necesitatea unor standarde deschise și importanța lor pentru inovare, concurență și pentru posibilitatea efectivă de alegere a consumatorului. Raportorul propune ca acordurile comerciale semnate de CE să promoveze utilizarea deschisă și extinsă a internetului în scopul comerțului electronic, cu condiția ca accesul consumatorilor la serviciile și produsele digitale, precum și utilizarea acestora, să nu fie îngrădite, exceptând cazul în care acestea sunt interzise de legislația națională.

Susțin raportorul în solicitarea adresată Comisiei să elaboreze o strategie completă care să permită eliminarea obstacolelor care încă există pentru IMM-uri în ceea ce privește utilizarea comerțului electronic, precum și crearea unei baze de date concepută pentru a oferi sprijin informațional și consiliere în domeniul gestionării noilor participanți fără experiență în comerțul on line.

4-142

Luca Romagnoli (NI), per iscritto. – Comunico il mio voto favorevole riguardo alla relazione del collega Papastamkos sul commercio internazionale ed Internet. Concordo, difatti, con l'obiettivo del relatore, che è quello di mettere in luce i settori del commercio internazionale nei quali Internet ha agito da catalizzatore, creando nuove condizioni per lo sviluppo del commercio a livello mondiale.

Questo è evidente, poiché il commercio internazionale e Internet si influenzano reciprocamente e in modo molto evidente. Inoltre, sono fermamente convinto che lo sviluppo del commercio in rete sia di notevole vantaggio per i consumatori. I vantaggi principali sia a livello nazionale ed europeo che mondiale, sono la scelta molto vasta di beni e servizi, i prezzi competitivi, un costo della vita inferiore e una migliore qualità della vita.

Ora i consumatori hanno la possibilità di confrontare meglio prodotti e servizi, grazie alla disponibilità di maggiori informazioni. L'accesso è possibile 24 ore su 24, da casa o dal luogo di lavoro.

4-143

- Relazione: Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf (A6-0407/2008)

4-144

Duarte Freitas (PPE-DE), por escrito. – Voto favoravelmente o compromisso obtido e considero muito positivo o novo Regulamento, pois este possibilitará a harmonização das condições de colocação no mercado e utilização de alimentos para animais e assegurará que informação adequada é fornecida tanto aos produtores de gado, como aos consumidores de carne, garantindo, por fim, o bom funcionamento do mercado interno.

Destaco a importância da "declaração aberta", uma lista das substâncias utilizadas na mistura alimentar, por ordem decrescente do seu peso relativo, que ajudará a manter um nível elevado de confiança por parte dos agricultores e consumidores.

Por outro lado, as empresas produtoras terão agora regras mais claras para a colocação no mercado dos alimentos para animais, sendo possível evitar mais facilmente eventuais práticas criminosas.

4-145

Nils Lundgren (IND/DEM), skriftlig. – Det finns ändringsförslag som är bra i Europaparlamentets betänkande, som till exempel märkning av att kött- och benmjöl ingår i vissa foderblandningar för icke-idisslande djur.

Dock, betänkandets ändringsförslag innehåller också detaljer som bör handläggas av tjänstemän på myndighetsnivå och inte av politiker. Till exempel skrivningarna om citat: "oral näringstillförsel: fodertillförsel via munnen till djurets gastrointestinaltrakt i syfte att täcka djurets näringsbehov och/eller att upprätthålla produktiviteten hos friska djur" eller om "slickhinkar som innehåller mineraler" eller om "träck, urin samt separerat mag- och tarminnehåll efter tömning eller avlägsnande av matsmältningskanalen, oavsett eventuell behandling eller inblandning".

Detta är säkert viktiga frågor i relation till livsmedelssäkerhet, men bör överlåtas till sakkunniga på nationella myndigheter att tillse.

Jag har röstat ja till betänkandet då det innehåller en del principiellt viktiga förslag, men det innebär inte att jag stöder dess upplägg i form av petande i detaljer.

4-146

Adrian Manole (PPE-DE), în scris. – Raportul Baringdorf privind introducerea pe piață și utilizarea furajelor este de mare importanță pentru agricultură și piața alimentară, în contextul recentelor scandaluri privind hrana animalelor, bolile declanșate animalelor și din motivul necunoașterii ingredientelor conținute de hrana cu care au fost furajate, scandalul dioxina, boala vacii nebune etc.

Se va conferi o mai mare libertate și responsabilitate operatorilor din sectorul furajelor, însă acest lucru înseamnă că, dacă apare o problemă gravă de contaminare cu substanțe otrăvitoare sau furaje dăunătoare, acest lucru va afecta în mod major dezvoltarea animalelor sau mediul. Dacă producătorul are resurse financiare insuficiente pentru a rezolva problema, pot apărea probleme chiar și mai grave.

Consider că este necesar, și de aceea am susținut votul favorabil, ca fermierii, agricultorii în general, să fie informați exact în privința conținutului hranei pentru animale, însă să fie și protejați în mod adecvat de pierderile financiare, sociale și economice în caz de dezastru.

4-147

Zdzisław Zbigniew Podkański (UEN), *na piśmie*. – Serdecznie dziękuję posłowi sprawozdawcy za zajęcie się tak trudnym i kontrowersyjnym tematem. Etykietowanie pasz i koordynacja tego zagadnienia na poziomie wspólnotowym wymaga pogodzenia interesów konsumentów, którzy mają prawo wiedzieć jaki produkt kupują, czy jest bezpieczny i z czego się składa oraz producentów broniących prawa do ochrony swojej własności intelektualnej.

Samo zaskarżenie przez przedsiębiorstwa i kraje członkowskie przepisu o zamieszczaniu na etykiecie paszy „dokładnej informacji na żądanie” pokazuje podstawowy konflikt interesów zainteresowanych grup.

Procedura kompromisowa, wypracowana przy wsparciu Europejskiego Trybunału Sprawiedliwości wydaje się rozsądna na pierwszy rzut oka, ale jest ona jednak oderwana od rzeczywistości. Trudno wyobrazić sobie bowiem dociekliwego rolnika, który pracując w zasadzie całą dobę traci czas i pieniądze na skomplikowane procedury odwoławcze.

Szczegółowa informacja na temat składu paszy powinna być dostępna na etykiecie, nie tylko ze względu na niezbywalne prawo konsumenta, ale przede wszystkim na zasadniczy cel dyrektywy, którym jest ochrona zdrowia. Jeżeli nie producent, to kto w takim razie zagwarantuje, że pasza nie jest na przykład genetycznie modyfikowana. Ochrona własności intelektualnej nie może sprzyjać nadużyciom.

4-148

Luca Romagnoli (NI), *per iscritto*. – Manifesto il mio voto favorevole alla relazione presentata da Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, relativa all'immissione sul mercato e l'uso dei mangimi. Sono d'accordo con la proposta, che prevede un radicale riassetto della legislazione europea relativa agli alimenti per animali che comporti non solo la semplificazione delle norme vigenti, ma anche l'adattamento di tale legislazione alle disposizioni applicabili agli alimenti.

Tra gli aspetti principali, sono assolutamente a favore dell'indicazione delle materie prime presenti nei mangimi composti e della loro esatta quantità (la cosiddetta "dichiarazione aperta"), che è stata una delle principali richieste avanzate dal Parlamento europeo in seguito alla crisi dell'encefalopatia spongiforme bovina (ESB). Infine, concordo con il relatore per quanto riguarda la protezione del diritto all'informazione dei consumatori e l'etichetta dei suddetti mangimi.

4-149

- Relazione: Jürgen Schröder (A6-0513/2008)

4-150

Marie-Arlette Carlotti (PSE), *par écrit*. – La Commission fait des APE l'alpha et l'oméga de sa stratégie de développement. Le rapport Schröder et la droite européenne aussi.

Aux côtés des pays concernés, les socialistes européens ne partagent pas cette approche. Pour nous, ces APE sont un marché de dupes... Il est encore temps de promouvoir une autre logique, pour faire des APE de vrais instruments de développement, en soutenant la réouverture des négociations sur les points les plus conflictuels, comme M. Barroso et Mme Ashton s'y sont engagés, en jouant la carte d'une régionalisation choisie et conduite par les ACP eux-mêmes, en tenant nos engagements sur l'aide au commerce promise en 2005 plutôt qu'en poursuivant le "pillage" du FED, en garantissant un réel contrôle parlementaire du processus, avec les parlements ACP en première ligne, et l'implication des sociétés civiles au sud, en rejetant la "stratégie du bulldozer" qui vise à élargir les négociations sur les services ou les questions dites "de Singapour", lorsque les pays ACP ne sont pas disposés à le faire.

Ce n'est pas là la "feuille de route" décrite dans le rapport Schröder. C'est pourquoi je voterai contre.

4-151

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), *por escrito*. – Uma vez mais, nomeadamente devido à resistência de diversos países da África, das Caraíbas e do Pacífico (ACP), apesar de ser obrigada a utilizar uma linguagem "politicamente correcta", a maioria do PE não consegue esconder a verdadeira matriz e as reais intenções dos Acordos de Parceria Económica (APE) entre a UE e os países ACP.

Se o n.º 1 do artigo 36.º do Acordo de Cotonu consagra a conclusão de "convénios comerciais compatíveis com as regras da OMC, eliminando progressivamente os obstáculos às trocas comerciais e reforçando a cooperação em todos os domínios relacionados com o comércio", o que a UE pretende é ir para além do que actualmente está estabelecido e alcançar o que até à data ainda não conseguiu na OMC, nem que seja instrumentalizado para esse fim o 10.º Fundo Europeu de Desenvolvimento quando, ao mesmo tempo, diminui a ajuda Pública ao Desenvolvimento. Ou seja, tentar entrar pela janela, depois de não ter conseguido entrar pela porta.

A UE pretende a liberalização do comércio, a partir da qual os seus grandes grupos financeiros e económicos procuram assegurar a abertura dos mercados, vender mercadorias e serviços, explorar matérias-primas e impor um modelo de produção dirigido à exportação, segundo os seus interesses.

É necessária outra política que promova uma efectiva independência, soberania, cooperação, solidariedade, desenvolvimento e justiça social.

4-152

Luca Romagnoli (NI), *per iscritto*. – Esprimo il mio voto favorevole riguardo alla relazione presentata dal collega Schröder sull'impatto degli accordi di partenariato economico (APE) sullo sviluppo.

Gli accordi di lancio finora siglati sono solamente l'inizio di una lunga e proficua collaborazione con questi paesi extra-europei. Nel caso degli APE, un processo di liberalizzazione della durata di 15 anni è stato ritenuto accettabile sia dall'UE che dai paesi ACP. Inoltre, il requisito minimo riguardante praticamente tutti i settori del commercio da liberalizzare non dovrebbe essere inferiore all'80% degli scambi commerciali tra i partner. Sono convinto, infine, che lo sviluppo di ulteriori accordi potrà solo migliorare la situazione economica di entrambi le parti contraenti.

4-153

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Het initiatiefverslag over de invloed van EPO's op de ontwikkelingssamenwerking bevat enkele goede aspecten. Hierin wordt gevraagd om meer regeringshulp (ACS-landen worden immers het hardst getroffen door de financiële crisis) en opnieuw beklemtoond dat EPO's een ontwikkelingsinstrument zijn die de regionale integratie in het Zuiden niet mogen verstoren. Toch sluit ik me aan bij de alternatieve resolutie van de Groene Fractie. Het zou immers logischer zijn, dat het Parlement pas zijn instemming met de EPO's betoont, nadat de respectieve parlementen van de betrokken ACS-landen hun positie hebben bepaald. Volgens mij moet ook het parlementaire orgaan dat toezicht houdt op de EPO's de Paritaire Parlementaire Vergadering ACS-EU zijn en geen apart in het leven te roepen orgaan. Dat leidt alleen maar tot verdeeldheid en verzwakking van de positie van de landen in het Zuiden, die niet over de financiële of personele middelen beschikken om op al deze vergaderingen aanwezig te zijn. Een apart orgaan is trouwens ondoorzichtig en verhindert een holistische aanpak van ontwikkelingsgerelateerde onderwerpen.

4-153-500

Michel Teychenné (PSE), *par écrit*. – Alors que les accords de partenariat économique (APE) structurent très largement les relations de l'UE avec les pays d'Afrique, des Caraïbes et du Pacifique (ACP), le Parlement européen envoie un très mauvais signal en adoptant ce rapport.

L'Europe doit absolument inverser sa manière de dialoguer et de commercer avec les pays ACP, au risque d'être complice de leur ruine. Ce rapport valide un système basé sur une supposée égalité entre les parties ; alors que l'UE est en réalité la première puissance économique du globe, et les ACP ont un immense retard à rattraper. Il est désormais urgent d'adopter une approche asymétrique et consensuelle, qui donnerait enfin une chance à ces Etats dans la compétition mondialisée.

Mes collègues du PSE et moi-même avons voté contre. L'adoption de ce rapport par le Parlement est bien la preuve que l'Europe est gouvernée par la droite, et que cela doit changer !

4-154

- Proposta di risoluzione: Kosovo (B6-0063/2009)

4-155

Martin Callanan (PPE-DE), *in writing*. – The recognition of Kosovo as a sovereign state by many countries has probably created more problems than it will solve. I am sceptical as to whether Kosovo was ready for independence. The fact that some EU Member States will not recognize Kosovo's independence for fear of setting precedents within their own borders has further complicated Kosovo's future.

The EU has now taken on primary responsibility for assisting Kosovo internally. This commitment should not be open-ended either in terms of time or financial resources. Genuine concerns exist about Kosovo's political stability, the extent of corruption, the influence internally and externally of organized crime and the treatment of minorities including Serbs.

It is vital that the EU institutions remain vigilant and ready to intervene if Kosovo fails to live up to the high standards that must inevitably accompany sovereign statehood.

Notwithstanding my concerns, I gave my support to this resolution.

4-156

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Il n'y a pas de quoi se réjouir de la situation du Kosovo ni du rôle qu'y joue l'Union européenne.

L'EULEX, la mission de l'Union au Kosovo, n'est, en l'espèce, que le bras "armé" de l'ONU chargé d'assurer la mise en place d'un gouvernement et d'une administration kosovars pérennes, en violation de la résolution 1244 de l'ONU, qui reconnaît la souveraineté de la Serbie sur cette province.

Les bons sentiments exprimés dans cette assemblée, les conseils et les demandes ont du mal à cacher une réalité tragique: l'oppression des minorités, notamment de la minorité serbe, dans un territoire livré désormais, par la faute de la

communauté internationale, et notamment européenne, à la corruption, à la criminalité organisée, aux mafias albanaises et peut-être même à des groupes terroristes islamistes.

4-157

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), *por escrito*. – O objectivo da presente resolução é branquear o apoio da UE à ilegal declaração unilateral de independência da província sérvia do Kosovo.

De forma inaceitável, o PE pretende "legitimar" a criação de um protectorado criado e imposto, através da agressão e ocupação militar, pelos EUA, a NATO e a UE, garantindo o seu domínio político, económico e militar desta importantíssima região da Europa. A existência de um "pseudo-Estado" sob "soberania vigiada", tutelado pela UE/NATO através, nomeadamente, da sua missão "EULEX" e dos seus "vice-reis", o "representante civil internacional" e o "representante especial da UE", que detêm o poder judicial, policial e aduaneiro e "responsabilidades de natureza executiva" e de fiscalização, constituem inaceitáveis actos de natureza neocolonial.

Com esta resolução, ficamos a saber que "a mais importante missão da Política Europeia de Segurança e Defesa (da UE) até à data" é uma flagrante violação da Carta das Nações Unidas e um perigoso precedente no plano do direito internacional, com imprevisíveis consequências na estabilidade das fronteiras, nomeadamente no continente europeu.

Alguns dos que clamaram pelo respeito do direito internacional, da integridade territorial, soberania e independência da Geórgia são, afinal, os mesmos que promoveram e apoiaram a agressão à Jugoslávia.

Esta resolução representa, tão-só, mais um exercício de hipocrisia e cinismo da maioria do PE.

4-158

Erik Meijer (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Bijna 20 jaar lang was dit Parlement toeschouwer en commentator bij het langzaam voortschrijdende afscheid dat de inwoners van Kosovo namen van Servië. Discussies over Kosovo gaan hier meestal niet over Kosovo zelf, maar vooral over de gevolgen voor de buitenwereld. De voor- en tegenstanders van de onafhankelijkheid hadden het vooral over de 'precedentwerking' van elke beslissing voor andere gebieden en over de manier waarop de Europese Unie zichzelf daardoor belangrijker kan maken.

Ik pleit al een jaar of 30, buiten en binnen dit Parlement, voor het tegendeel. Democratie vereist dat we vooral kijken naar de behoeften en verlangens van de inwoners zelf. Zij willen na eeuwen Turks bestuur en de laatste eeuw Servisch bestuur niet langer dwang van buiten. Als ze zich niet bij Albanië mogen aansluiten, willen ze echte onafhankelijkheid.

Ik ben hier de afgelopen 10 jaar opgekomen voor een politiek van onderop, gezien vanuit de armen, de achtergestelden, de mensen die lijden onder een gebrek aan democratie en publieke voorzieningen, de slachtoffers van milieurampen of oorlogen, kortom alle mensen die worden benadeeld door een gebrek aan gelijkwaardigheid voor alle mensen. Ik stem tegen het EULEX-project omdat dit niet uitgaat van oplossingen in het belang van de gewone Kosovaarse mensen.

4-159

Αθανάσιος Παφίλης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Το Ευρωκοινοβούλιο με το ψήφισμά του όχι μόνο αναγνωρίζει ως ξεχωριστό κράτος το Κοσσυφοπέδιο, αλλά και παροτρύνει προκλητικά όσα κράτη μέλη της ΕΕ δεν έχουν ακόμη αναγνωρίσει την ανεξαρτησία του, να προχωρήσουν σε αυτήν, παραβιάζοντας κατάφωρα το διεθνές δίκαιο και το ίδιο το ψήφισμα 1244 του ΣΑ του ΟΗΕ.

Στην κατεύθυνση αυτή προωθεί τη συγκρότηση της Δύναμης Ασφαλείας του Κοσσυφοπεδίου (KFR), δηλαδή χωριστού στρατού, ο οποίος βέβαια θα λειτουργεί υπό την αιγίδα της κατοχικής ΝΑΤΟικής δύναμης KFOR.

Με την εγκατάσταση και ανάπτυξη της αστυνομικο-δικαστικής δύναμης καταστολής EULEX στο Κοσσυφοπέδιο και τις μεταρρυθμίσεις που προωθεί, όπως οι ιδιωτικοποιήσεις κλπ., επιδιώκεται η επιβολή των συμφερόντων της ΕΕ και η επιτάχυνση της ενσωμάτωσής του στις ευρωενωσιακές δομές. Έτσι, ολοκληρώνεται η μετατροπή του Κοσσυφοπεδίου σε ένα ευρωνατοικό προτεκτοράτο.

Ο πρώτος αιματηρός κύκλος διαμελισμού της Γιουγκοσλαβίας και η επαναχάραξη νέων συνόρων κλείνει, ανοίγοντας νέες πληγές σε βαλκανικό και παγκόσμιο επίπεδο με τον ιμπεριαλιστικό νόμο του διαίρει και βασίλευε, που θα προκαλέσει νέες εντάσεις και επεμβάσεις.

Το ΚΚΕ καταψήφισε το απαράδεκτο ψήφισμα, επισημαίνοντας την ανάγκη έντασης του αντιιμπεριαλιστικού αγώνα και τη σύγκρουση με την ΕΕ και την πολιτική της, προβάλλοντας την απαίτηση για αποχώρηση των ελληνικών και όλων των ευρωνατοικών κατοχικών στρατευμάτων από το Κοσσυφοπέδιο και όλα τα Βαλκάνια.

4-160

Maria Petre (PPE-DE), *în scris*. – Am votat împotriva acestei rezoluții deoarece România nu recunoaște independența provinciei Kosovo.

4-161

Luca Romagnoli (NI), *per iscritto*. – Esprimo il mio voto contrario in merito alla proposta di risoluzione sul Kosovo. Non mi trovo d'accordo, infatti, con diversi punti della risoluzione.

Personalmente, non ritengo che la creazione di un programma di protezione dei testimoni funzionante sia essenziale per un'efficace azione legale nei confronti di criminali di alto livello nel Kosovo, in particolare per quanto riguarda i crimini di guerra. Inoltre, non penso che sia di primaria importanza per il Kosovo promuovere i progetti miranti, ad esempio, al recupero dei cimiteri vandalizzati con il coinvolgimento diretto degli attori locali: non avrebbero in alcun modo un valore concreto per le comunità kosovare e non contribuirebbero a migliorare il clima interetnico, nella realtà dei fatti.

4-162

Brian Simpson (PSE), *in writing*. – Members of this House will be well aware of my views in the past with regard not only to Kosovo, but to the whole Balkan region.

The issue of Kosovo in my opinion can only be solved through a consensual approach involving not only Serbia primarily, but also neighbouring countries.

There is a lot in this report that I can ally myself with, but the insistence that every EU Member State should recognise an independent Kosovo is not an area that I can support.

Independence for Kosovo is something that can only be achieved by consensus and agreement with Serbia. Failure to recognise this is merely, in my view, harbouring problems for the future and raising an anti-Serbian attitude in this Parliament.

Therefore the passing of Amendment 3 renders this resolution partisan and seriously undermines the rest of the text. This means that sadly I cannot support it.

4-162-500

Anna Záborská (PPE-DE), *písomne*. – Za najdôležitejšie hlasovanie považujem hlasovanie o pozmeňovacom návrhu č. 3 a záverečné hlasovanie. V oboch prípadoch som hlasovala proti. EP v pozmeňovacom návrhu č. 3 žiada štáty EÚ, aby uznali nezávislosť Kosova. Celý proces nezávislosti považujem za unáhlený a nie dobre premyslený. Uvedomujem si, že rokovania medzi Kosovom a Srbskom aj za účasti medzinárodných osobností a organizácii boli dlhé a viacerí nevideli už žiadnu šancu na vyriešenie aj budú pokračovať. Preto bol väčšinou štátou EÚ a USA akceptovaný Aktisariho plán. Napriek tomu si myslím, že každé jednostranné vyhlásenie nezávislosti je len zdrojom ďalších problémov a možných konfliktov. Čas od vyhlásenia samostatnosti Kosova to len potvrdzuje. Ak máme zachovať mier v našom regióne žiaden čas využitý na rokovanie nie je ani dlhý ani zbytočný.

4-163

- Relazione: Corien Wortmann-Kool (A6-0021/2009)

4-164

Martin Callanan (PPE-DE), *in writing*. – This report reflects China's growing power as a trading nation. It also draws attention to trade between China and Taiwan, which looks set to grow following the signature of cross-Straits commercial agreements.

Closer economic ties between China and Taiwan have the potential to facilitate a more positive approach to the wider issue of cross-Straits relations. However, this détente makes little sense unless it is accompanied by Taiwan's integration into international organizations, especially those related to trade like the World Health Assembly and the International Maritime Organization.

The Parliament should voice strong support for the Council's declared policy of supporting Taiwan's meaningful participation in international organizations. The Parliament should also press China on its continued reluctance to permit Taiwan a voice on the international stage. The prosperity and health of the 23 million citizens of Taiwan should not be held hostage for political purposes.

Given my support for Taiwan's meaningful participation in international organizations I voted in favour of this report.

4-165

Călin Cătălin Chiriță (PPE-DE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului Wortmann-Kool, deoarece susțin dezvoltarea relațiilor economice dintre UE și China. Această țară a cunoscut o creștere economică formidabilă, devenind unul dintre cei mai mari actori economici pe plan mondial. Relațiile comerciale dintre UE și China au sporit enorm în ultimii ani, Europa fiind din 2006 cel mai mare partener comercial al Chinei, iar China s-a situat pe locul 2 în topul partenerilor comerciali ai UE în 2007.

Astăzi este necesară o cooperare fără precedent între UE și China pentru a soluționa criza financiară și economică actuală. Consider că China, fiind unul dintre motoarele dezvoltării mondiale, ar trebui să își asume pe deplin responsabilitatea de a

garanta dezvoltarea durabilă și echilibrată a economiei mondiale. Relațiile comerciale ale UE cu China ar trebui să se bazeze pe principiile reciprocității, dezvoltării durabile, protecției mediului, prevenirii schimbărilor climatice, concurenței loiale, respectării reglementărilor Organizației Mondiale a Comerțului, fără a uita drepturile omului.

UE trebuie să insiste asupra respectării normelor privind protecția consumatorului, pentru ca cetățeanul european să nu mai riște să cumpere produse periculoase pentru sănătate, mărfuri cu vicii ascunse sau contrafăcute.

4-166

Bruno Gollnisch (NI), par écrit. – Chaque année, ce Parlement adopte un texte sur les relations commerciales et économiques avec la Chine, et chaque année le constat qu'il établit s'aggrave: violation des droits de l'homme, pratiques commerciales déloyales, dumping, non-respect des engagements internationaux de la Chine, que ce soit à l'OMC ou à l'OIT (l'Organisation internationale du travail), contrefaçons, politique des brevets s'assimilant quasiment à du vol... La liste s'allonge et est effrayante.

Plus effrayante encore est la croyance infinie du rapporteur dans le mythe du "changement démocratique par le commerce", dont la situation actuelle en Chine est le plus cinglant démenti. Ce mythe sert d'alibi à tous ceux qui font passer les intérêts mercantiles de quelques-uns avant le respect des valeurs dont ils se revendiquent, pour ne surtout pas avoir à prendre les décisions qui s'imposent: la mise en œuvre d'instruments de défense et de sanctions commerciales.

Vous pensez sans doute que la Chine doit devenir l'atelier du monde, produisant à moindre coût des produits de plus ou moins – surtout moins – bonne qualité.

Nous préférons, nous, une politique qui consiste à produire en Europe, avec des Européens, les produits que nous consommons, à retrouver une indépendance industrielle dans un marché européen enfin protégé.

4-167

Vasco Graça Moura (PPE-DE), por escrito. – A UE é, desde 2006, o primeiro parceiro comercial da China, e esta constitui, desde 2007, o segundo mais importante parceiro comercial da Europa. A China detém, neste momento, 6% do comércio mundial.

A RPC fez uma grande caminhada desde o relatório que, em 2002, tive a honra de apresentar nesta câmara. Todavia, parece que persistem muitos dos aspectos que então mereciam reparos, ainda que de alguma maneira colmatados por progressos assinaláveis.

Em matérias de impacto social e ambiental, a carência de preparação da indústria chinesa é nítida, no que deveria haver maior incentivo europeu.

A China e a UE estão a negociar um Acordo de Parceria e Cooperação desde Outubro de 2007, de resultados a averiguar. Visto o apoio europeu em muitos aspectos do comércio internacional, a China não deveria incumprir compromissos assumidos no seio da OMC. Têm sido introduzidos obstáculos sob forma de regras e regulamentos, que restringem o acesso de empresas europeias em sectores estratégicos.

Em Novembro, a RPC declarou a sua intenção de abandonar o sistema de duplo controlo das importações de têxtil e calçado, de 2007. As estatísticas disponíveis não facilitam a discussão, mas podemos estar perante uma controvérsia comercial.

4-168

Pedro Guerreiro (GUE/NGL), por escrito. – Sendo impossível uma apreciação das múltiplas questões que esta resolução suscita, consideramos essencial sublinhar que defendemos o aprofundamento de reais e efectivas relações de cooperação entre os países que integram a UE e a China, baseadas na resposta às necessidades dos diferentes povos, mutuamente vantajosas e que contribuam para o desenvolvimento recíproco, respeitando o princípio da não ingerência e o respeito pelas soberanias nacionais.

Com base nestes princípios, apesar de a resolução conter alguns aspectos que partilhamos, claramente a rejeitamos por assumir como sua a matriz neoliberal, nomeadamente pugnando pela prossecução da liberalização do comércio, neste caso, com a China.

A resolução, escamoteando as gravíssimas consequências da liberalização do comércio mundial, incentiva ao prosseguimento da abertura de mercados entre a UE e a China, insiste nos esforços de aceleração das negociações no quadro da OMC e "salienta que o novo Acordo de Parceria e Cooperação UE-China deve visar o estabelecimento de um comércio livre e equitativo".

Tal como é evidenciado noutras resoluções análogas do PE, o que se pretende é dar resposta às necessidades de expansão dos grandes grupos económicos e financeiros da UE, o que é contraditório com a resposta às necessidades dos trabalhadores e das Pequenas e Médias Empresas dos diferentes países da UE, designadamente de Portugal.

4-168-500

David Martin (PSE), *in writing*. – I support the recommendations in this report on improving market access to China, lifting barriers to trade by increasing accessibility of foreign companies in China and focuses on creating a level economic playing field.

4-169

Alexandru Nazare (PPE-DE), *în scris*. – În contextul crizei economice și financiare globale, relațiile dintre UE și principalii săi parteneri economici externi capătă o importanță mult mai mare decât în trecut. Stabilitatea economică și sustenabilitatea fluxurilor comerciale care implică Uniunea devin tot mai relevante pentru siguranța noastră viitoare. Am votat în favoarea raportului doamnei Wortmann-Kool privind relațiile economice și comerciale cu China deoarece consider că acesta constituie un pas înainte spre o mai bună formulare a relațiilor comerciale dintre Uniunea Europeană și un partener crucial la nivel global.

Necesitatea acestui raport este relevată de realitatea dură a deficitului comercial de 160 de miliarde de euro. Însă cele mai multe dintre elementele acestui raport nu sunt doar doleanțe ale Uniunii Europene în raport cu unele aspecte ale politicii economice și comerciale ale Beijingului, ci și sugestii a căror implementare va aduce beneficii Chinei la nivel intern, precum și în perspectiva evoluției sale viitoare. Mai buna reglementare și protejare a proprietății intelectuale, diminuarea impactului social și asupra mediului al formidabilei creșteri economice a partenerului nostru asiatic, reducerea contrafacerii și piratării de mărfuri sunt direcții de acțiune în care Beijingul a făcut deja progrese notabile, și a căror susținere în viitor nu va face decât să potenteze dezvoltarea Chinei.

4-170

Zita Pleštinová (PPE-DE), *pisomne*. – Aj na základe svojich skúseností, ktoré som získala počas výjazdového zasadnutia delegácie Výboru pre vnútorný trh a ochranu spotrebiteľa 16. – 21. marca 2008 v Číne, som hlasovala za správu Corien Wortmann-Kool o obchodných a hospodárskych vzťahoch s Čínou.

Obchodná výmena medzi EÚ a Čínou sa od roku 2000 dramaticky zvýšila, pričom EÚ je najväčším obchodným partnerom Číny a Čína druhým najväčším obchodným partnerom EÚ.

Z členstva vo WTO čerpá Čína veľké výhody, naproti tomu európske firmy pri snahe dostať sa na čínsky trh musia prekonávať veľké prekážky, ktorými sú predovšetkým porušovanie patentových práv a nejednoznačný systém noriem. Vitam zámer spustiť program „Brána do Číny“ zameraný osobitne na vytvorenie školiaceho programu pre vedúcich pracovníkov v Číne s cieľom podporiť prístup európskych MSP na čínsky trh do roku 2010.

Správa prináša odporúčania pre zlepšenie obchodných vzťahov Európy s Čínou, ktoré musia byť založené na zásadách reciprocity, trvalo udržateľného rozvoja, rešpektovania ekologických obmedzení, prispievania k celosvetovým cieľom v oblasti boja proti zmene klímy, spravodlivej hospodárskej súťaže a obchodu v súlade s našimi spoločnými hodnotami a pravidlami WTO. Privítala som pozmeňujúci návrh, v ktorom EÚ považuje Taiwan za hospodársky a obchodný subjekt a podporuje účasť Taiwanu ako pozorovateľa v príslušných medzinárodných organizáciách.

4-171

Luís Queiró (PPE-DE), *por escrito*. – O debate sobre as relações comerciais com a China remete-nos sempre para a questão dos direitos humanos naquele país. É compreensível. As objecções que o relacionamento com a China provoca compreendem-se à luz de várias valorações, na maior parte dos casos atendíveis.

A percepção de que o crescimento económico chinês não tem um paralelo no respeito pelos direitos humanos e pela democracia naquele país, nem na sua actuação a nível internacional, a exploração da mão-de-obra, um quadro normativo laboral incomparavelmente menos exigente, a desconsideração por questões ambientais e pelas regras relativas ao direito da propriedade intelectual e pelas patentes, todos estes factores são entraves a uma relação comercial aberta e marcada pelo respeito das boas regras internacionais. No entanto, este comércio está aí, é crescente. O papel da China na economia mundial contemporânea é inegável e a sua participação para a superação da actual crise é indispensável.

É, pois, necessário pressionar o respeito pelas regras e princípios do comércio internacional, pelo igual acesso aos mercados e pela defesa da democracia e dos direitos humanos, sem recusar a realidade e a crescente interdependência. Pelo contrário, há que tirar o melhor partido dessa circunstância, até para melhor influenciar este grande país.

4-172

Bogusław Rogalski (UEN), *na piśmie*. – W głosowaniu nad sprawozdaniem w sprawie stosunków handlowych i gospodarczych z Chinami zagłosowałem za wprowadzeniem go w życie.

Chiny są drugim największym partnerem handlowym UE, a od 2006 r. UE jest największym partnerem handlowym Chin. Jest to kraj będący jednym z motorów światowego wzrostu. Bardzo istotne jest, aby stosunki handlowe krajów europejskich z Chinami były przede wszystkim oparte na zasadzie wzajemności, zrównoważonym rozwoju, przestrzeganiu wartości granicznych odnoszących się do ochrony środowiska naturalnego oraz uczciwej konkurencji.

Z rozwojem stosunków handlowych powinien iść w parze dialog polityczny obejmujący temat praw człowieka. Chiny powinny zwiększyć wysiłki dotyczące egzekwowania praw własności intelektualnej oraz zająć się problemem związanym z produkcją podrabianych i pirackich produktów na swoim obszarze.

Niepokojący jest również wysoki poziom zanieczyszczeń wytwarzanych przez przemysł chiński oraz związane z nim rosnące zużycie zasobów naturalnych.

Cieniem na relacjach z Chinami kładzie się zerwanie negocjacji z wysłannikami Dalaj Lamy. Chiny powinny zaprzestać wszelkich form prześladowania ludności tybetańskiej.

Aby zagwarantować odpowiedni poziom stosunków handlowych z Chinami, muszą być one oparte na zaangażowaniu i strategicznym partnerstwie z uwzględnieniem zasad wzajemności, uczciwej konkurencji i handlu, zgodnie z wyznaczanymi przez wszystkich wartościami oraz zasadami WTO.

4-173

Luca Romagnoli (NI), per iscritto. – Accolgo negativamente la proposta presentata dalla collega Wortmann-Kool, relativa alle relazioni economiche e commerciali con la Cina. Non sono d'accordo su diversi punti del rapporto presentato.

Ad esempio, per quanto concerne le azioni future che l'Unione Europea porrà in essere, non mi trovo d'accordo sul fatto che sia necessario prevenire i problemi attraverso un dialogo bilaterale. Infatti, avvicinando i responsabili politici della Cina alla loro controparte europea in seno alla Commissione, non si possono affrontare adeguatamente le questioni di interesse reciproco, in particolare nell'ambito degli investimenti, dell'accesso al mercato e della protezione dei diritti di proprietà intellettuale, oltre ad altre questioni strategiche correlate al mercato. Ciò è dovuto a un deficit, da parte del governo cinese, nel rispetto degli accordi economici posti in essere con l'Unione Europea.

4-174

Charles Tannock (PPE-DE), in writing. – This report mentions China's growing trade with Taiwan, which I welcome. Under President Ma, Taiwan has made great strides towards normalizing its trade relations with China and trying to end the obstructionist attitude that Beijing's communist rulers have previously taken towards commercial relations with Taiwan.

However, if Taiwan is ever to be fully integrated with the regional economies of south-east Asia it needs to be accepted into international organizations, regardless of whether or not it is recognized as an independent sovereign state.

Given various health scares in East Asia in recent years related to the movement of goods and people – such as SARS, avian influenza and the melamine milk scandal – it is essential that Taiwan is given the status of observer at the World Health Assembly. Such a move would strengthen cross-straits trade, drive up quality standards in the region and elevate Taiwan on the international stage.

The way that China has used its disagreements with Taiwan to play politics with matters of public health is to be deprecated. So too is the shameful silence that so many people in Europe keep in the face of China's pressure.

I voted in favour of this report.

4-175

7 - Correzioni e intenzioni di voto: vedasi processo verbale

4-176

(La seduta, sospesa alle 12.35, è ripresa alle 15.00)

4-177

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΡΟΔΗ ΚΡΑΤΣΑ-ΤΣΑΓΚΑΡΟΠΟΥΛΟΥ
Αντιπρόεδρος

4-178

8 - Έγκριση των Συνοπτικών Πρακτικών της προηγούμενης συνεδρίασης: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

4-179

9 - Αίτηση άρσης βουλευτικής ασυλίας: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

4-180

10 - Σύνθεση των επιτροπών και αντιπροσωπειών: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

4-181

11 - Συζήτηση για περιπτώσεις παραβίασης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, της δημοκρατίας και του κράτους δικαίου (συζήτηση)

4-182

11.1 - Η κατάσταση στη Σρι Λάνκα

4-183

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο είναι η συζήτηση επί τεσσάρων προτάσεων ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Σρι Λάνκα.¹

4-184

Tobias Pflüger, Verfasser. – Frau Präsidentin! Im Norden Sri Lankas findet derzeit eine humanitäre Katastrophe statt, die relativ wenig beachtet wird. Durch die Armee von Sri Lanka finden Angriffe statt, Angriffe auf die Zivilbevölkerung, ja Massaker an der Zivilbevölkerung. Es wurde selbst eine Klinik beschossen, und insgesamt ist die Situation nach Angaben von humanitären Organisationen katastrophal. Das Rote Kreuz hat einen Alarmruf herausgegeben.

Die Situation in Sri Lanka ist eskaliert, und die Europäische Union ist daran nicht unschuldig. Die Europäische Union hat nämlich die Verhandlungen, die unter der Leitung Norwegens stattgefunden haben, dadurch torpediert, dass sie damals die LTTE auf die EU-Terrorliste gesetzt hat. Damit waren Verhandlungen innerhalb der Europäischen Union nicht mehr möglich.

In Sri Lanka selbst gibt es keine Pressefreiheit mehr. Ein Journalist wurde vor kurzem umgebracht. Der deutsche Botschafter, der auf der Beerdigung gesprochen hat, wurde vom Präsidenten als jemand bezeichnet, der aus dem Land verschwinden müsse. Er hatte die Situation einfach nur korrekt dargestellt.

Im Norden ist die Rede von Tausenden von Flüchtlingen, und ich muss sehr klar sagen, was hier insgesamt stattfindet, ist eine Situation, die wir sehr viel mehr im Blickfeld haben müssen. Die Europäische Union sollte sich sehr viel deutlicher gegen das wenden, was die Regierung von Sri Lanka im Moment tut. Sowohl die Angriffe der Armee von Sri Lanka als auch jene der LTTE sind nicht in Ordnung. Allerdings ist es offensichtlich, dass hier vor allem Zivilisten getroffen werden.

Es ist notwendig, den eingeschlossenen Menschen im Norden zu helfen und einen sofortigen Waffenstillstand zu erreichen, denn es ist völlig klar, dass hier sehr viele Zivilisten umgebracht werden. Das darf nicht sein, und die Europäische Union hat dann eine Mitschuld, wenn sie nicht sehr viel klarer sagt: Ende der Unterstützung für die Regierung von Sri Lanka.

4-185

Charles Tannock, author. – Madam President, Sri Lanka's bloody civil war seems finally to be coming to a conclusion. The LTTE, which has been blacklisted by the EU as a terrorist organisation, must now surely lay down its arms and surrender. The EU and other Co-chairs have urged the LTTE to do so. The LTTE's response will show us whether it really has the best interests of Tamils at heart.

The LTTE is using its front organisations in Europe to maximum propaganda effect and raising money by extortion internationally. Some LTTE militants may even try to seek asylum within the European Union.

Throughout this ferocious 26-year civil war, the LTTE has pioneered atrocious terrorist tactics, such as suicide bombings, that are now used in many other parts of the world – regrettably. The Sri Lankan army has had, therefore, to deploy all the means at its disposal to counteract this brutal insurgency. However, it is clear that the casualty figures claimed by the LTTE have been exaggerated. Some have now been withdrawn – for instance the *Agence Presse* story of 300 civilians killed, after the supposed author denied authorship. Nevertheless, the death of civilians in a war zone is tragic whenever and wherever it occurs.

Clearly the Sri Lankan armed forces cannot claim an unblemished record either, but they have not sought to deliberately exploit civilians and put them in harm's way, like the LTTE has allegedly done.

¹ Βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

If the war really is soon to be over, it is essential that Sri Lanka turn its attention now to post-conflict disarmament, demobilisation and reintegration. The marginalisation of Tamils, at the expense of the majority Sinhalese, needs to be addressed in an urgent and permanent manner in order to ensure a stable and sustainable multiethnic society with regional devolution.

The EU should also ensure resources are put at Sri Lanka's disposal to support post-conflict development. Although we should support the Government's offer of amnesty for the majority of the LTTE, it is vital that no one responsible for the most serious war crimes is allowed to get away with impunity.

4-186

Marios Matsakis, *author.* – Madam President, Sri Lanka has been afflicted by internal fighting for decades. This tragic situation came about as a result of the armed conflict mainly between separatist insurgent forces in the north and the Sri Lankan army. During this fighting, thousands of innocent people were killed and injured and much destruction to property, infrastructure and the environment has been caused.

This sorry state of affairs has been exacerbated in recent months mainly due to the Government's large-scale military offensive against the Tamil Tigers. Reports coming out of Sri Lanka indicate that the situation in certain areas has in recent weeks deteriorated tragically, with hundreds of civilians being displaced and being caught up in the fighting. According to Amnesty International, there have been violations of international conventions and human rights by both Government and Tamil Tiger forces.

Admittedly, it is very difficult in such circumstance to be absolutely sure as to who is to be blamed for some of the tragic events in Sri Lanka, but we must call on both sides to exercise restraint and to pay utmost attention and respect to innocent civilians, and to observe the conventions of war.

Since the Sri Lankan Government has the upper hand in the situation and is the internationally-recognised authority in the country, our call must by necessity and logic go mostly to them. At the same time we must call on the Tamil Tiger leaders to abide by the calls of the international community, take advantage of the Government's offer of amnesty, renounce violence and seek to achieve their aims through political dialogue.

We must also once again advise emphatically that fighting solves no problems, and that lasting peace and stability can only be achieved at the negotiating table, which will inevitably happen sooner or later. In these negotiations, compromises will have to be made by both sides and a solution found which will be for the benefit of the citizens of this beautiful country. We hope that through this resolution we will help to lessen the suffering of the Sri Lankan people and to bring about much-needed peace in that country.

4-187

Robert Evans, *author.* – Madam President, the Socialist Group in this Parliament is formally refusing to take part in this vote on Sri Lanka. Last month, Parliament held a full debate, with Council and Commission statements, on the situation in Gaza. On this side of the House, we attach the same importance to Sri Lanka and believe it deserved equal and proper discussion, but I regret that not one other group supported us in this stand.

A short debate this afternoon with a handful of people on a Thursday is an insult to the thousands of people under attack and dying in the north of Sri Lanka. We wanted to call, as in the joint USA and UK declaration from Washington earlier this week, for an immediate and unconditional ceasefire by both sides, but the PPE refused to include that in the text.

We wanted to condemn, unreservedly, the bombing of hospitals and aid workers, but Mr Van Orden, negotiating for the PPE, refused to condemn it. That is why it is not in the resolution before you. To him – and presumably to Dr Tannock as well – everything the Government of Sri Lanka says is a fact and just about every aid organisation on the ground, from the Red Cross to the UN, can be dismissed. Amnesty International today suggests the Sri Lankan army could be guilty of war crimes for its use of cluster bombs on a hospital – a 16-hour bombardment, according to Amnesty International.

The PSE also wanted to condemn the murders of journalists and other media workers by government agents. Paragraph 4 of the resolution asks the Government – the very same Sri Lankan Government – to investigate their own serious human rights violations.

Colleagues, some of you may want to associate yourselves and your groups with those kinds of sentiments, but we do not. Vote for this text and you are condoning attacks on hospitals and ignoring allegations of war crimes. I note that Mr Van Orden has not even had the courage to stand here and defend his bloody handiwork, but I am hardly surprised. In our negotiations, he just dismissed and laughed off as propaganda allegations of rape by Sri Lankan soldiers, so what you can expect?

In the Middle East, millions of people – including many Jews – were outraged at what Israel did to Gaza, but that did not make them supporters of Hamas. Sadly, anyone who does not support the Sri Lankan Government is labelled an apologist for terrorism and a supporter of the LTTE.

But our motion was critical of the LTTE and their tactics. We do condemn their attacks and we do want them, the Tamil Tigers, to sit round the negotiation table, but this war must be stopped immediately. The Government must end its military campaign that has brought – as others have said – humanitarian disaster to hundreds of thousands of ordinary people in the north of the island.

Sadly, this resolution does not call for an immediate end to the fighting, so we will not endorse that approach by taking part in today's vote. We dissociate ourselves, President and colleagues, from this motion and I urge anyone else with the same views to do likewise.

4-188

Raül Romeva i Rueda, Autor. – Quisiera empezar diciendo que la resolución acordada finalmente no es, en absoluto, la que yo hubiera redactado. Creo que peca, en cualquier caso, de un exceso de complacencia con relación al Gobierno de Colombo. Es otro caso, me temo, de simplificación, criminalización y persecución continuada de un grupo, simplemente argumentando que se trata de un grupo terrorista. Las cosas son bastante más complejas que eso.

Sin embargo, la situación actual merece, creo, que el Parlamento mande también algunos mensajes claros con relación a algunos aspectos. Por ejemplo, uno de los puntos clave que me parece importante destacar es el llamado de Tokio en relación con la necesidad de que ambas partes, es decir, el TLET (Tigres de Liberación del Eelam Tamil), pero también el Gobierno, entiendan que hay que acordar un alto el fuego para poder dar entrada a la ayuda humanitaria y salida a los heridos y enfermos.

En segundo lugar, creo que es fundamental recordar que no puede haber solución militar, señor Tannock. No puede haberla, es simplemente imposible.

Es el momento, por tanto, de negociar los términos del cese de la violencia, de la desmovilización y del desarme. Pero para ello el Gobierno tiene que cesar en su empeño de buscar una victoria militar que no hace sino alargar el sufrimiento de tanta gente.

Un gesto de buena voluntad sería, por ejemplo, permitir la entrada en el norte de personal informativo y humanitario independiente.

Asimismo, con relación al Sistema Generalizado de Preferencias Plus, el SGP Plus, soy de los que piensa que nunca debería habersele concedido a un país como Sri Lanka, dadas las graves y constantes violaciones de derechos humanos y fundamentales que existen en el país, muchas de ellas instigadas por las propias autoridades gubernamentales. Creo que deberíamos considerar seriamente abrir un debate de fondo sobre la pertinencia de aplicar dicho marco preferencial y, sobre todo, sobre las consecuencias que ello tiene con relación a la situación de muchos colectivos, entre ellos los trabajadores.

Apelo, pues, a la Comisión Europea a que lleve a cabo una verdadera investigación *in situ* para comprobar los efectos de dicha medida y revisarla, si éste es el caso.

4-189

Ewa Tomaszewska, autorka. – Pani Przewodnicząca! Od 25 lat w Sri Lance trwa wojna domowa. Zginęło w niej ponad 70 tysięcy ludzi. Dziś pomiędzy armią rządową Sri Lanki a oddziałami Tamilskich Tygrysów, na terenie około 300 km² około 250 tysięcy cywilów ponosi drastyczne koszty tej wojny. Na obszarze walk od połowy stycznia zginęły setki bezbronnych ludzi. W ostrzelanym przez artylerię szpitalu w chwili ataku przebywało około 500 osób.

Według informacji Międzynarodowego Czerwonego Krzyża pociski uderzyły w oddział pediatryczny. Prerażeni ludzie boją się uciekać mimo ogłoszenia przez rząd czterdziestoosmiodzinnego rozejmu. Obawiają się śmierci lub okaleczenia. Obie strony konfliktu zwracają uwagę na łamanie praw człowieka przez stronę przeciwną i obie te prawa łamią. Rząd zapowiada bliskie zwycięstwo nad Tamilami. Ludność w potrzasku między obydwiema armiami może nie doczekać się zakończenia walk.

Wzywamy obie strony konfliktu do minimalizacji strat wśród ludności cywilnej i rozpoczęcia negocjacji pokojowych.

4-190

Thomas Mann, im Namen der PPE-DE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Als Mitglied der SAARC-Delegation konnte ich Sri Lanka einige Male besuchen. Vor Ort erlebte ich mit, wie sehr die Bevölkerung unter dem Bürgerkrieg leidet, der seit 25 Jahren andauert und 70 000 Menschenleben gekostet hat. Die Kämpfe zwischen Regierungstruppen und LTTE sind weiter

eskaliert. Große Teile des Nordens wurden unter Kontrolle gebracht und Hochburgen der tamilischen Rebellen eingenommen.

Die damalige Aussage, die mir Menschenrechtsorganisationen sowohl in Colombo als auch in Jaffna machten, wird leider immer wieder bestätigt: *War is an institution*. Die humanitäre Lage ist alarmierend. Tausende sind auf der Flucht. Es fehlt an medizinischer Versorgung und Nahrungsmitteln. Den Hilfsorganisationen muss es möglich sein, in einer zu vereinbarenden Feuerpause ungehindert Zugang zur Zivilbevölkerung zu haben. Die Regierung ließ Korridore einrichten, um die Evakuierung der Zivilisten aus den Kampfzonen zu erleichtern – unfassbar, dass die *Tamil Tigers* diesen Sicherheitsbereich nicht respektieren, das Feuer fortsetzen und Menschen als Schutzschilder missbrauchen.

Die Tokio-Gruppe, bestehend aus Japan, USA, Norwegen und der Europäischen Union, forderte die LTTE-Führung auf, mit der Regierung von Sri Lanka endlich über Einzelheiten eines Waffenstillstandes zu verhandeln. Es ist im Interesse aller – auch der Tamilen –, wenn der Friedensprozess angestoßen wird. Ich begrüße ausdrücklich die Entscheidung der Regierung, den 13. Zusatzartikel der Verfassung einzuhalten und den zuständigen Provinzrat an die gewählten Repräsentanten des Nordens und des Ostens zu übergeben. Wir erwarten auch die Einhaltung einer Garantie, dass die Menschenrechtsverletzungen, über die wir gerade gesprochen haben, und die Verstöße gegen die Pressefreiheit sorgfältig und neutral untersucht werden. Sicherheit und Stabilität dürfen für Sri Lanka keine Zukunftsträume bleiben.

4-191

Marie Anne Isler Béguin, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, chers collègues, que savons-nous et que voyons-nous par rapport au Sri Lanka? Sur quels témoignages se baser, quand toutes les ONG, à l'exception de la Croix-Rouge, ont été évacuées du pays depuis septembre? Qui croire? Le gouvernement du Sri Lanka ou des témoins anonymes?

Un fait est certain. La situation prend une tournure d'assaut final, d'hallali pour un gouvernement décidé à en finir par la force avec une rébellion qui dure depuis trop longtemps à son goût. Une fois encore, qui paie les pots cassés, chers collègues? Tous les civils, femmes, enfants, vieillards, bien entendu, pris entre le marteau et l'enclume et qui subissent une violence insupportable. Cela doit cesser. Il est plus que temps que la communauté internationale fasse réellement pression sur le gouvernement sri-lankais pour qu'il stoppe cette escalade de la violence et de la mort.

L'Union européenne doit se positionner très clairement et ne pas faire des civils tamouls les oubliés de l'histoire et les martyrs de l'indifférence. Notre Parlement européen ne doit pas en rester à cette résolution commune. Nous devons exiger un cessez-le-feu immédiat et inconditionnel, qui sera le début d'un engagement plus fort en faveur du règlement pacifique de ce conflit, dans le respect des droits de l'homme et des identités culturelles.

4-192

Bernd Posselt (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Die dramatischen Bilder aus Sri Lanka zeigen uns, dass ein jahrzehntelanger brutaler Bürgerkrieg sich seinem Höhepunkt nähert. Wir alle wissen, dass man unter Umständen mit Waffen einen Krieg beenden kann, man kann mit Waffen aber keinen dauerhaften Frieden schaffen. Und man kann mit Waffen vor allem nicht Terrorismus wirksam und dauerhaft bekämpfen, weil Terrorismus immer seine Wege findet. Deshalb ist es wichtig, an die Ursachen zu gehen.

Der nächste Schritt muss sein, eine Friedenslösung herbeizuführen, die auf folgenden Grundelementen beruht: erstens, klares Machtmonopol auf Seiten des gemeinsamen Staates. Kein Staat kann es zulassen, dass sich ethnische Gruppen oder Teile der Bürger bewaffnen und einen bewaffneten Kampf führen. Das heißt aber auch, dass es notwendig ist, dass dieser Staat demokratische, rechtsstaatliche Regeln einhält und aktiv eine politische Lösung im Sinne einer Autonomie sucht, die endlich die Nationalitätenprobleme Sri Lankas löst, die ein altes historisches Erbe sind, die auch ein Erbe der Kolonialzeit sind und die dringend angepackt werden müssen.

Deshalb möchte ich ganz klar an die Europäische Union und an alle Staaten der Erde appellieren, hier beim Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit Hilfe zu leisten, bei der Stärkung von Autonomie und Minderheitenrechten und natürlich auch bei der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes, das unter dem Terror dieses Bürgerkriegs entsetzlich ausgeblutet ist.

Das heißt, wenn die Waffen endlich schweigen sollten – und so weit sind wir leider noch nicht –, dann ist das nicht das Ende der Entwicklung, sondern dann kann das erst der Anfang einer Entwicklung sein hin zu einem rechtsstaatlichen Frieden, der auf Freiheit, auf Menschenrechten, auf Minderheitenrechten und auf nationaler Autonomie gegründet ist.

4-193

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Tokijská konference vydala signál, že krize na Srí Lance může skončit a že je naděje na mír. Ovšem čtvrt milionu civilistů uvězněných v oblasti konfliktu potřebují bezpečný průchod a je nutné zajistit jim humanitární pomoc. Je potřeba, aby zahraniční pozorovatelé měli přístup do oblasti, mohli vyhodnotit humanitární potřeby. Ovšem nedávné útoky na novináře nejsou zárukou bezpečí pro humanitární organizace. Vláda sice slibuje vyšetření útoku na novináře, ale není to cesta. Musíme také přimět vládu Srí Lanky, aby přistoupila k ottawské úmluvě a

odstraniła nășlapné miny. Je mi líto, že poslanci socialistické frakce dali přednost odjezdu domů, místo aby se účastnili dnešní debaty, a tudíž zde obhájili své odlišné názory na řešení problematiky Srí Lanky.

4-194

Catherine Stihler (PSE). – Madam President, I just want to add my support to the approach that Robert Evans has taken. I think it was Mr Posselt who described the conflict as a civil war and, sadly, the people who tabled this joint motion for resolution refused, according to my colleague, to term it a civil war.

I want to add support to what previous speakers have said about an immediate ceasefire. The recent upsurge in fighting between the LTTE and the Government of Sri Lanka forces has worsened the situation, and an estimated 230 000 internally displaced persons are trapped in the Wannī region as we speak. Atrocities, such as the shelling of a PTK hospital, make the situation on the ground much worse and more perilous.

It is a very sad day, but we cannot support this, and I hope in the next part-session we will see a greater debate with more people participating on this very serious situation in Sri Lanka.

4-195

Leopold Józef Rutowicz (UEN). – Pani Przewodnicząca! Scenariusz tragicznych wydarzeń na Sri Lance jest podobny do innych takich przypadków. Mówiąc o tragedii biednych ludzi zapominamy, że przyczyną jej są również ludzie, nie biedni, wywodzący się z tego samego środowiska. Wykorzystują oni różnice religijne, plemienne, etniczne, nieporozumienia historyczne i inne dostępne środki, by poróżnić między sobą części społeczności zamieszkującej w danym państwie w celu osiągnięcia władzy. Prowadzi to do niszczenia przeważnie bardzo słabo zakorzenionych elementów demokracji, do wojny domowej wraz ze wszelkimi okrucieństwami, nieliczeniem się z prawami człowieka, informacją, totalnym niszczeniem przeciwnika.

Popieram rezolucję jako wyraz dezaprobaty wobec tych, którzy wskrzeszają wojny domowe i którzy dają im wsparcie materialne i polityczne. Pewnym ostrzeżeniem dla twórców tych nieludzkich scenariuszy mogłaby być świadomość, że zostaną schwytani na przykład przez specjalne siły międzynarodowe i skazani na dożywotnie odosobnienie.

4-196

Nirj Deva (PPE-DE). – Madam President, Mr Evans makes a speciality of getting his facts wrong and so it has impelled me to stand and correct him. No hospital has been bombed. The press agency that filed the report withdrew that story saying it was erroneous. There are not 230 000 civilians trapped: there are 113 000 who are being used as a human shield by the LTTE. If they really cared about the Tamil people they would not use Tamil people as a human shield to protect themselves. What bravery is this?

Sri Lanka has suffered 25 years of civil war. We need to help that country to remain what it has always been: one of the oldest democracies in the world. It has a longer history of democracy than 22 of the 27 Member States of the EU. It has had 16 general elections, five presidential elections and has conducted itself as a member of the family of nations of democracy. It is a democracy that fought against a terrorist campaign. And it has won.

4-197

Erik Meijer (GUE/NGL). – Ik wil eraan herinneren dat wij hier enkele jaren geleden een debat hebben gevoerd over Sri Lanka en dat onder die omstandigheden de Sri Lankaanse regering bezig was om de ruimte te scheppen om zoveel mogelijk handelingsvrijheid te krijgen, ook van de zijde van de Europese Unie, het standpunt van niet-inmenging in plaats van bemiddeling om tot een oplossing te komen.

Ik constateer dat alle dingen die ik toen in het debat al heb ingebracht uit vrees voor wat er in de toekomst zou gebeuren, vandaag gebeurd zijn. Ik denk dus dat wij echt zouden moeten terugkeren naar de positie van bemiddelen en streven naar autonomie binnen Sri Lanka voor de Tamil-bevolkingsgroep in het noordoosten. Als wij dat niet doen is ook Europa medeverantwoordelijk voor het verschrikkelijke bloedbad dat nu plaatsvindt.

4-198

Mariann Fischer Boel, Member of the Commission. – Madam President, as one of the Tokyo Co-Chairs of the Sri Lanka peace process, the European Commission is closely following developments in Sri Lanka. We are deeply concerned by the current situation and the tragic humanitarian consequences of the conflict as expressed in the statement issued locally by the Co-Chairs on 3 February 2009.

We look with concern at the difficult situation of thousands of internally displaced persons trapped by fighting in northern Sri Lanka. Both Commissioners Ferrero-Waldner and Michel have already communicated publicly their preoccupation about the consequences of the hostilities on the civilian population and have called on both parties, the LTTE and the Sri Lankan authorities, to protect the civil population, as required under international humanitarian law, and to allow the safe and voluntary movement of people away from the combat zone.

The Commission is concerned about the information it has received concerning the conditions in which internally displaced people are living in the so-called 'welfare centres' once they have escaped from the territory controlled by the Tamil Tigers into Government-controlled areas. It is also important that international standards be respected in these temporary camps. UN agencies, the Red Cross and other humanitarian organisations should have full access to these centres in line with international humanitarian law.

The Commission continues to be alarmed about the human rights situation in Sri Lanka, against a background of reports of extrajudicial killings, abductions and serious intimidation of the media. It is very important that the Government follows up to the most prominent high-profile cases. In her recent meeting with the Sri Lankan Foreign Minister, Commissioner Ferrero-Waldner called upon the Government of Sri Lanka to take decisive action to tackle human rights abuses, including action against the perpetrators, and to guarantee press freedom.

The Commission continues to be convinced that there can be no military solution to Sri Lanka's ethnic conflict. An inclusive dialogue is required to agree on a political settlement so that lasting peace and reconciliation can be achieved by addressing the concerns which led to the insurgency in the first place and to provide adequate space for all communities.

4-199

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί στο τέλος των συζητήσεων.

4-200

11.2 - Η κατάσταση των Βιρμανών προσφύγων στην Ταϊλάνδη

4-201

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο είναι η συζήτηση επί έξι προτάσεων ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση των Βιρμανών προσφύγων στην Ταϊλάνδη.²

4-202

Erik Meijer, Auteur. – Voorzitter, Birma staat bekend als een gewelddadige militaire dictatuur, waarin een kaste van profiteurs langdurig de macht in handen kan houden. Onderdrukking en armoede leiden ertoe dat veel mensen het land hebben verlaten of alsnog willen verlaten.

Die dictatuur wordt zowel gerechtvaardigd als verscherpt door de etnische verscheidenheid binnen het land. In grote gebieden zijn minderheidsvolkeren in de meerderheid. Zij streven naar autonomie en organiseren verzet tegen de centrale dictatuur. De militaire leiders vinden hun dictatuur nodig om het land duurzaam bijeen te kunnen houden en de opstandige volkeren te onderwerpen. Zij zijn meer geïnteresseerd in het grondgebied dan in de mensen die daarop wonen. Door grote ontginningsconcessies af te geven aan buitenlandse bedrijven verdwijnen belangrijke bestaansbronnen van de inheemse bevolking en worden natuur en milieu ernstig beschadigd.

Doordat met de regionale meerderheidsvolkeren geen rekening wordt gehouden, wordt de noodzaak om het land te ontvluchten verder versterkt. Het regime wil lastige groepen graag kwijt door ze te vermoorden of het land uit te jagen. Velen vluchten de zee op in wrakke bootjes met een grote kans om te verdrinken. Buurland Thailand heeft al heel wat vluchtelingen over de grens zien komen. Volgens sommige schattingen zijn het er in de afgelopen 25 jaar al twee miljoen geworden. Tienduizenden die zijn geweigerd, verblijven dakloos in het niemandsland langs de grens.

Medelijden of solidariteit met vluchtelingen is in Zuidoost-Azië helaas nóg minder sterk ontwikkeld dan in Europa. Het komt vaak voor dat de vluchtelingen worden weggestuurd, zelfs als dat hun wisse dood betekent. De publieke opinie is er te weinig in geïnteresseerd, zelfs als het vluchtelingen betreft met wie men de godsdienst gemeen heeft, zoals de islamitische bootvluchtelingen die uit Birma in Indonesië terechtkwamen.

Daarnaast zien wij dat de regeringen voorrang geven aan goede betrekkingen met hun collega's in dictatuurstaten, in plaats van druk uit te oefenen om de toestand daar te verbeteren. Sommigen in Europa neigen naar eenzelfde soort houding en in Azië kunnen wij zien tot welke verschrikkingen dat leidt. Ook daarom is het goed dat wij de Aziatische landen oproepen om een oplossing te vinden.

4-203

Charles Tannock, author. – Madam President, this case highlights the plight of a minority in a country where minorities are at best marginalised and at worst brutalised. The Rohingya people have suffered double discrimination for years. As Muslims they are being denied the right to practise their faith freely, a right that we in the EU recognise as fundamental, and their mosques have been damaged and desecrated. As an ethnic minority, the Rohingya people are systematically denied civil rights that most of the rest of the world take for granted: the right to marry, the right to move freely, the right to citizenship of the country they live in, and the right to a proper education.

² Βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

In praising our own progressive achievements in the field of human rights, we in the EU can tend to lose sight of the fact that many people in the world lack even these basic entitlements. We in this House are well aware of the plight of the people of Burma generally, but since the riots by Buddhist monks of 2007 that country has rather faded somewhat from the public consciousness.

The appalling fate of the little-known-about Rohingya people, especially those fleeing by boat as refugees that are the subject of this resolution, has renewed our attention on the despotic regime in Burma, a country so rich in human potential otherwise. The brutality of the military junta stands in stark contrast to the action of Thailand, which has only partially, in my view, discharged its responsibility for the Rohingya refugees as it unfortunately alleges that most of them are purely economic refugees which I believe to be highly unlikely, and tried sending them back. Thailand must take more seriously its growing role as a force for stability and humanity in the region.

In contrast we can expect very little from the brutal Burmese military leaders, impervious as they have been to our many pleas for years. I hope that the junta generals' contempt for civilised opinion one day comes back to haunt them, possibly in an international criminal tribunal, when Burma is finally freed of tyranny.

4-204

Marios Matsakis, *author*. – Madam President, the brutal regime governing Burma has, for some time now, been causing thousands of civilians to leave that country in search of a more secure future and a better standard of living in neighbouring Thailand or, via Thailand, in other South-East Asian countries.

Amongst these destitute people are the indigenous Rohingya community of Western Burma, who in recent years have been the victims of ethnic cleansing carried out by the Burmese Government. Unfortunately, the Thai authorities have not provided those refugees with the humanitarian assistance they so clearly deserve. Instead, it is reported that these people have been fiercely persecuted. We call on the Thai Government to respect the human rights of Burmese refugees and treat them with respect, compassion, dignity and humanity.

This resolution also gives me the opportunity to deal with the issue of the 41-year-old Australian writer of Cypriot origin, Harry Nicolaides, who was sentenced to three years' imprisonment in Thailand for allegedly insulting the country's Royal Family in a novel he wrote in 2005. Mr Nicolaides was teaching English at a Thai university at the time, and in his novel he only makes an anonymous reference to a member of the Thai Royal Family, and the incriminated work is clearly fictitious.

During his trial, Mr Nicolaides was paraded in front of the international media in chains and told reporters that he had endured unspeakable suffering. Mr Nicolaides has apologised to the Thai Royal Family and has made an appeal for royal grace.

We believe that Mr Nicolaides has been subjected to enough punishment and ill-treatment by the Thai authorities, who have handled this case most insensitively and inappropriately, and we call on them, as well as the Royal Family, to effect Mr Nicolaides' immediate release and return to his home in Australia. Not to do so would be most unwise, pitiful and damaging to Thailand.

4-205

Marcin Libicki, *autor*. – Pani Przewodnicząca! Dzisiaj mówimy o Sri Lance, Birmie i Tajlandii. W czasie innych sesji mówiliśmy o innych państwach. Zawsze jednak o niekończących się wojnach domowych, o morderstwach, o gwałceniu podstawowych praw ludzkich.

Nigdy nie zatrzymamy tych fatalnych zbrodni, jeżeli nie rozpoznamy, jakie siły polityczne i jakie niegodziwe interesy zewnętrzne stoją za tymi wojnami. Te wojny nie mogłyby trwać w nieskończoność w biednych krajach, których nie stać by nawet na nie było, gdyby nie stały za tym interesy zewnętrzne.

Dlatego musimy zrobić dwie rzeczy, żeby ten proces powstrzymać. Po pierwsze, rozpoznać jakie to są interesy, jakie to są siły polityczne i powiedzieć im stop metodami politycznymi. Po drugie, powołać korpus ekspedycyjny, policyjny i wojskowy, który będzie przeciwdziałał tam, gdzie środki polityczne nie dadzą rady. Na to stać Unię Europejską.

4-206

Catherine Stihler, *author*. – Madam President, the treatment and discrimination of the Rohingya people appals us all. As a Muslim minority in Buddhist Burma, they are not recognised as one of Burma's ethnic minorities. They have few legal rights and, as Amendment 3 tabled by Glenys Kinnock highlights, they face deliberate impoverishment, denial of citizenship, denial of freedom of movement, arbitrary taxation, land confiscation and the denial of permission to marry.

It is no wonder that many attempt to leave Burma as they have no other option. The shocking reports that a thousand Rohingya boat people over a 12-day period, who, instead of being brought to safety by the Thai authorities who discovered

them, were instead towed into international waters without navigational equipment, food and water and left to fend for themselves, sickens anyone with an iota of human decency.

Only yesterday, an article in *The Guardian* highlighted other incidents. The latest case involved 220 men, who were discovered in an open craft by fishermen. These refugees claimed they were detained by Thai authorities on a remote island for two months, and that they were beaten before being forced onto boats and left to their fate.

The abuse and lack of international coordinated action to help the Rohingya must be addressed. Thailand must also take responsibility. The Thai Prime Minister must act. The problems of abuse at the hands of Thai officials must be seriously addressed. The Thai Government must sign the 1951 UN Convention relating to the status of refugees and the 1967 Protocol. As Joel Chamy, Vice-President of Washington-based Refugees International, said, the Rohingya need protection and asylum.

Thailand has said it is unwilling to grant that, but that is a problem that will not go away. There are ongoing reports of the treatment of Burmese refugees who enter Malaysia. Many of these people are sold as slaves, the women and children are forced into sexual slavery and the men are sold as forced labour onto fishing vessels. Some of this fish may even enter the EU market. I hope that today we can highlight the plight of Burmese refugees and particularly the plight of the Rohingya.

4-207

Raül Romeva i Rueda, *Autor*. – Hace dos semanas tuve ocasión de visitar, precisamente, la población birmana y la frontera tailando-birmana. Y allí constaté con mis propios ojos la injusticia con la que política y mediáticamente tratamos a algunas partes del mundo.

Y es que demasiado a menudo nos movemos a golpe de titular. Y lo que vivimos en Birmania, que hoy no es portada, es un drama que no es muy diferente al que nos moviliza en muchos otros casos.

Tenemos ejemplos clarísimos de persecución, de tortura, de detenciones ilegales, de violaciones y otras atrocidades cometidas por parte de la Junta Militar birmana. Una de las acciones más vergonzantes, recientemente, ha sido la adopción de una supuesta constitución que vulnera los principios democráticos más fundamentales y que garantiza una impunidad casi total para todos estos actos mencionados.

Es más que comprensible, por tanto, que la población huya de esta situación, como lleva haciendo desde hace años la población karen o, como precisamente denunciemos hoy en la resolución, hacían también los rohingya interceptados en Tailandia.

En ese sentido, constaté también durante mi visita que, tanto Tailandia como la comunidad internacional, están entrando en una preocupante dinámica de sumisión ante la Junta. Por ejemplo, muchas organizaciones de abogados, partidos de oposición, refugiados y prisioneros políticos nos alertaron de las terribles consecuencias que tendría para la población birmana que la comunidad internacional y, en concreto, la Unión Europea, apoyaran y avalaran la farsa de elecciones convocadas por el SPDC para 2010. Ello, nos advirtieron, daría carta blanca a la Junta para seguir cometiendo impunemente toda clase de crímenes.

Los grupos políticos y étnicos opositores a la Junta se encuentran perfectamente organizados y han redactado una constitución alternativa mucho más acorde con los principios que decimos defender en la Unión Europea. Sería un error, por tanto, que ahora los abandonásemos a su suerte y nos hiciéramos cómplices, por activa o por pasiva, de la dictadura birmana.

4-208

Giovanna Corda, *au nom du groupe PSE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, hier j'ai vu des images de réfugiés birmans rohingyas. C'est la détresse humaine sur ces bateaux de fortune.

Après une brève détention, la marine thaïlandaise les a conduits hors de leurs eaux territoriales et les a laissés démunis de tout. Et pourtant, la Thaïlande souhaite se montrer accueillante par rapport aux réfugiés et aux demandeurs d'asile. De plus, la Thaïlande, en tant que voisine directe de la Birmanie, est bien consciente des conditions de vie inhumaines créées par la junte, qui poussent de nombreux Birmans à émigrer, tout en risquant leur vie lors de traversées que je qualifierai de traversées vers la mort.

Nous demandons à la Thaïlande et aux autres pays de l'ANASE de rechercher une solution durable pour les réfugiés, et principalement les Rohingyas, dont il est question aujourd'hui.

Nous voudrions également appeler la Thaïlande à ratifier la convention des Nations unies sur les réfugiés de 1951 et le protocole de 1967.

4-209

Urszula Krupa, w imieniu grupy *IND/DEM*. – Pani Przewodnicząca! Problem łamania praw człowieka w Birmie był już kilkakrotnie omawiany podczas obecnej kadencji Parlamentu Europejskiego.

Birma znana ze wspaniałych, opływających złotem buddyjskich świątyń jest także więzieniem dla tysięcy Birmańczyków żyjących w jednym z największych reżimów politycznych na świecie, z którego próbują uciekać – do USA, Australii, Kanady, krajów europejskich i sąsiednich. Po rezolucjach wzywających do uwolnienia tysięcy więźniów politycznych, wśród których jest wielu opozycyjnych liderów z laureatką Nagrody Nobla na czele, protestach organizacji międzynarodowych przeciwko wcielaniu w Birmie dzieci do wojska, zmuszaniu do pracy, pozbawianiu opieki, omawiamy dzisiaj problem łamania praw człowieka.

Podczas ucieczki z birmańskiego piekła, tysiąc osób – przedstawiciele mniejszości muzułmańskiej – płynąc łodziami, zostało przechwyconych na tajwańskich wodach terytorialnych, odholowanych na międzynarodowe wody bez sprzętu nawigacyjnego ani zapasów żywności, a także więzionych.

Etniczna muzułmańska mniejszość jest także prześladowana przez panujący w Birmie reżim wojskowy. Towarzyszą temu takie zjawiska jak odmowa praw obywatelskich, więzienie, ograniczanie możliwości edukacji, małżeństwa, przemieszczania się, niszczenie meczetów, kościołów i innych miejsc kultu. Choć należy docenić pozwolenie władz Tajlandii na tymczasowy pobyt uchodźców w tym kraju, wraz z oświadczeniem premiera tego kraju, w którym zapowiada on przeprowadzenie śledztwa, to jednak ostatnie wydarzenia są ewidentnym przykładem łamania praw człowieka przez Tajlandczyków.

Oczywiście popieramy rezolucje, które jednak nie zmieniają ludzkich tragedii w tym regionie, gdzie podłożem konfliktów jest nie tylko nieludzki, wojskowy reżim i konflikty na tle religijnym, ale też interesy różnych sił. Należałoby więc w bardziej skuteczny sposób przeciwstawić się zarówno wojskowej juncie, jak też separatystycznym zapędom grup prześladowanych ludzi wyznających inną wiarę.

4-210

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (PSE). – Pani Przewodnicząca! W ostatnich latach tysiące Birmańczyków opuściło kraj z obawy przed represjami ze strony rządzącego reżimu wojskowego oraz szerzącym się głodem, szukając schronienia w Tajlandii lub sąsiednich krajach południowo-wschodniej Azji. Problem ten dotyczy głównie mniejszości etnicznej Rohinja zamieszkującej zachodnią część kraju, której systematycznie odmawia się nadania obywatelstwa, ogranicza wolność słowa i swobodę poruszania się oraz inne podstawowe prawa człowieka.

Problem birmańskich uchodźców ma wymiar regionalny i państwa sąsiedzkie, takie jak Indie, Bangladesz czy Indonezja, muszą podjąć ściślejszą współpracę na rzecz jego rozwiązania oraz zapewnienia Birmańczykom odpowiedniej opieki i schronienia. Międzynarodowe agencje informują o przypadkach nieludzkiego traktowania birmańskich uchodźców oraz ich brutalnego wydalania, co jest jednoznaczne ze skazaniem ich na pewną śmierć. Wypchnięcie przez tajską marynarkę przybrzeżną na pełne morze łódki z tysiącem uchodźców na pokładzie, pozbawionych zapasów żywności, było aktem nieludzkim i doprowadziło do śmierci wielu z nich.

Ponadto należy zdecydowanie potępić działania birmańskiego reżimu wojskowego i akty przemocy wobec mniejszości Rohinja, nawołując do przywrócenia im pełni praw obywatelskich.

4-211

Justas Vincas Paleckis (PSE). – Yra dvi šią tragišką įvykių Birmos ir Tailando pasienyje pusės. Tenka apgailestauti, kad Tailando valdžia ėmėsi nepateisinamų veiksų, tuo labiau kad Tailandas yra žinomas kaip valstybė, kuri yra linkusi atsižvelgti į žmogaus teises, kuri priima nemažai pabėgėlių. Tikėsimės, kad premjero pareiškimas apie tai, kad šie įvykiai bus iširti, kad bus nubausti tie, kurie su pabėgėliais iš Birmos, atplaukusiais valtimis, vis dėlto elgėsi nederamai, kad tie pažadai bus įvykdyti. Antra vertus, ne pirmą kartą šitoje salėje kalbame apie įžūlų ir neleistiną Birmos režimo elgesį. Aš manau, kad Europos Sąjunga turėtų imtis griežtesnių priemonių ir, aišku, laukiame ne tik žodžių, bet ir veiksų iš didžiųjų valstybių pusės. Ypač Kinija turi spausti Birmą, kad ten būtų gerbiamos opozicijos ir mažumų teisės.

4-212

Tunne Kelam (PPE-DE). – Madam President, today this House adopted a report on minimum standards for the reception of asylum seekers. This must also be relevant to countries like Burma or Thailand. It is to the credit of representatives of the European Parliament that we are standing up today in defence of the rights of a Muslim minority in Burma.

The situation has become shocking and alarming, with Thai soldiers forcing these Burmese refugees out into the ocean in boats without engines; at least 500 are believed to have died. For Thailand, the survivors' accounts are damning, to say the least. Sending refugees back to danger is bad enough, but casting them adrift to die is much worse. Others have been left to work as slave labour in Thailand.

The Prime Minister, to his credit, has promised a full investigation, but we need to support him in acting independently of his army and following the international norms of human behaviour.

4-213

Ewa Tomaszewska (UEN). – Pani Przewodnicząca! Mówiliśmy już wielokrotnie na tej sali o sytuacji w Birmie. Dlatego nikogo chyba nie dziwi, że zagrożona birmańska ludność podejmuje drastyczne próby ucieczki przez morze Andamańskie.

Ci, którzy docierają do wybrzeży Tajlandii, są często traktowani w nieludzki sposób. Ze związanymi rękami, w łodziach bez silników są odsyłani w morze. 46 przedstawiciele mniejszości Rohingya po dotarciu do wyspy Phrathong zostało przejętych przez komendę bezpieczeństwa wewnętrznego. Nie mają pomocy prawnej, ani kontaktu z prawnikami do spraw uchodźców. Potrzebna jest natychmiastowa pomoc humanitarna dla uchodźców birmańskich potrzebujących azylu.

4-214

Mariann Fischer Boel, Member of the Commission. – Madam President, the European Commission, as a matter of priority, is following the situation in Myanmar and Thailand, including the recent incidents where refugees from Bangladesh and Myanmar were stranded in Thailand.

Thailand hosts approximately 140 000 refugees in nine camps along the border. More than one million Myanmar citizens constitute an important part of the workforce in Thailand in the agricultural sector, in textiles and in the tourism sector. The Rohingya boat people trapped in Thailand are part of the multi-faceted, forced or voluntary emigration from Myanmar. Moreover, Thailand has other refugee issues to settle as well, such as the Hmong people from Laos.

The complexity of these issues requires a comprehensive political, humanitarian, economic and social solution. The Commission is conducting an intensive debate with the international community and the Thai Government, in a search for possible solutions.

Recent political uncertainties in Thailand interrupted the dialogue with the Government on this issue, but that is temporary. Thus, the Commission expects that the EU's initiative vis-à-vis the Government will result in a constructive approach.

On 29 January 2009, the EU Troika, at ambassador level in Bangkok, expressed its concerns to the Thai authorities. It welcomed the Thai Government's intention to investigate the incidents fully, and to share its findings, and urged the Thai Government to treat boat people arriving in Thai waters according to international humanitarian and human rights standards.

The Commission welcomes the Government's intention to allow the Office of the UN High Commissioner for Refugees access to the boat people.

The Commission encourages the Thai Government to seek regional cooperation, involving also the UN High Commissioner for Refugees, as the Rohingya issue and the other displacement issues mentioned earlier need a comprehensive response.

In conclusion, a sustainable solution cannot be the result of short-term security considerations, but must take into account long-term humanitarian, political and socioeconomic concerns.

Despite the fact that Thailand is not party to the 1951 Refugee Convention, the Royal Thai Government has in the past displayed a measure of humanitarian concern. The Commission will continue to remind the Thai authorities to strictly adhere to international human rights standards as a prerequisite for any solution.

4-215

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί στο τέλος των συζητήσεων.

4-216

11.3 - Άρνηση εκδόσεως του Cesare Battisti από την Βραζιλία

4-217

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο είναι η συζήτηση επί έξι προτάσεων ψηφίσματος σχετικά με την άρνηση έκδοσης του Cesare Battisti από τη Βραζιλία.³

4-218

Mario Mauro, Autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Antonio Santoro, maresciallo della polizia penitenziaria, Lino Sabadin, macellaio, Pierluigi Torregiani, gioielliere, Andrea Campagna, agente della polizia di Stato: questi sono i nomi di quattro cittadini che, insieme a molti altri, hanno perso la vita tra il 6 giugno 1978 e il 19 aprile 1979, uccisi dalla follia omicida di organizzazioni terroristiche che hanno tentato di sovvertire l'ordine democratico in Italia. E il nome di uno degli assassini è quello di Cesare Battisti.

³ Βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

Vorrei innanzitutto condividere il rammarico del Presidente della Repubblica italiana Napolitano per la decisione del Presidente brasiliano Lula di concedere lo status di rifugiato politico al terrorista italiano Cesare Battisti, che è stato condannato all'ergastolo con sentenze passate in giudicato per aver commesso i quattro omicidi sopraccitati durante i cosiddetti "Anni di piombo".

Mi permetto di ricordare che Battisti è stato riconosciuto colpevole non solo dalla magistratura italiana, ma anche da quella francese e dalla Corte europea dei diritti dell'uomo. Siamo di fronte a un atto inspiegabile e gravissimo che non può e non deve passare inosservato nelle istituzioni europee. E' un dovere nei confronti dei parenti delle vittime di Battisti, ma è un dovere anche e soprattutto perché l'Unione europea ha da molti anni definito una strategia contro il terrorismo per garantire la sicurezza dei cittadini e per salvaguardare le istituzioni democratiche. Restare a guardare sarebbe quindi vanificare gli sforzi prodotti in questi anni per combattere insieme una minaccia sempre presente.

Anche il Partito popolare europeo auspica un ripensamento e una riflessione approfondita da parte brasiliana rispetto a una richiesta molto delicata ma assolutamente doverosa e legittima. Il Brasile è un grande paese democratico, da sempre in ottimi rapporti con l'Europa e con l'Italia. Ed è proprio per questo che questa porta sbattuta in faccia ci coglie di sorpresa. Proprio per l'amicizia e il rispetto che lega i nostri paesi, per l'amicizia e gli accordi di cooperazione e di partenariato che legano Brasile e Unione europea, sia dal punto di vista politico sia da quello economico, la reazione deve essere decisa ed efficace da parte di tutti.

L'Europa deve essere solidale con l'azione del governo italiano, che sta utilizzando ogni forma legittima di pressione politica e diplomatica e di ricorso legale affinché si faccia giustizia. La decisione presa dai brasiliani contrasta in maniera deprecabile con l'immagine dell'Unione europea, perché sembra presumere che all'interno di uno Stato membro dell'Unione si pratici la persecuzione politica e la tortura. Siamo di fronte, insomma, ad un fatto inaccettabile che oltretutto non ha alcun fondamento nella realtà.

4-219

Manuel Medina Ortega, Autor. – Señora Presidenta, yo creo que el señor Mauro ha expuesto perfectamente los hechos. Nos encontramos con un asesino: cuatro asesinatos. Y, además, otros actos por los cuales ha sido declarado culpable por los tribunales italianos, como es pertenencia a grupo armado, tenencia de armas de fuego —en la mayor parte de los países europeos es delito grave— y actos de violencia.

Este señor ha sido condenado por un tribunal italiano. Y nos encontramos con que, el 17 de diciembre, el Gobierno brasileño —un Gobierno democrático— le reconoce el estatuto de refugiado político.

Como ha dicho el señor Mauro, la Unión Europea tiene que expresar su solidaridad con el Gobierno italiano y manifestar a este país democrático y amigo, como es Brasil, que ha sido un error la situación actual.

Las autoridades brasileñas nos comunican que el tema está todavía pendiente de un recurso ante el Tribunal Supremo Federal, pero es lamentable que se haya procedido en estos términos.

Hay que recordar también que el Tribunal Europeo de Derecho Humanos rechazó la petición de protección que pedía el señor Battisti y que en este momento la Unión Europea basa su acción en el respeto de los derechos humanos fundamentales, que es un elemento constitucional fundamental de la Constitución europea.

Por tanto, teniendo en cuenta la existencia de lazos de amistad entre la Unión Europea y Brasil, es conveniente recordar a las autoridades brasileñas que aquí tienen un buen aliado y un buen amigo, pero esperamos también que, en correspondencia, no actúen de esta forma, como lo han hecho en el pasado.

4-220

Carl Schlyter, författare. – Jag önskar att vi i stället hade diskuterat Filippinerna där EU hade kunnat göra en verklig insats för att rädda många människors liv. Nu diskuterar vi ett enskilt rättsfall i en pågående domstolsprocess, där vi har mage att säga att vi ska stå upp för rättsstatens principer. Där jag kommer ifrån är en av de absolut mest grundläggande av rättsstatens principer att ett parlament inte lägger sig i enskilda fall i en domstolsprocess.

Både jag och min grupp tycker att det är helt fel att ta upp en enskild pågående domstolsprocess i ett parlament. Det är tyvärr inte ens första eller sista gången, för vi kommer snart att rösta om Medinabetänkandet och där gör man precis samma sak. I en pågående domstolsprocess i en svensk domstol mot Pirate Bay i ett upphovsrättsärende uttalar sig parlamentet i skuldfrågan under pågående domstolsprocess. Jag hoppas verkligen att det här inte blir någon vana för då är det vi här i Europa som bestrider och bekämpar våra egna rättsstatsprinciper och det vore väldigt olyckligt. Tack!

Ursäkta, jag glömde en viktig sak.

Om vi är missnöjda med hur Brasilien och Europa hanterar utlämningar och om vi är missnöjda med hur våra lagar tolkas i en nationell domstol ska vi ändra lagarna så att de är lika för alla. Vi går inte in och försöker påverka ett enskilt fall. Det är

domarnas, åklagarnas och försvararnas uppgift, inte parlamentets uppgift. Vi stiftar lagar, och rättsstatens principer säger att det är domstolarna som sedan tolkar dem.

4-221

Cristiana Muscardini, Autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è veramente deplorabile che un deputato venga in Aula a parlare senza neanche avere letto il testo di una risoluzione scritta e firmata da tutti i maggiori gruppi, per cui dica delle cose false. I processi sono chiusi da moltissimi anni.

Torno al nostro problema. Le farneticazioni di un terrorista e pluriomicida, condannato più volte, non possono trovare sponda nel governo di un paese amico con il quale collaboriamo. Sottolineiamo la necessità, già espressa con una lettera al Presidente dell'Unione, di un dibattito interno al Consiglio che, partendo da questa incredibile vicenda e tenendo conto del nuovo terrorismo internazionalizzato, affronti e decida una regola condivisa per l'estradizione sia all'interno dei 27 paesi dell'Unione che tra l'Unione ed i paesi terzi.

Nessuno può consentire a chi ha ucciso persone inermi e si è sottratto con ogni mezzo al confronto con la giustizia e con i parenti delle vittime di atteggiarsi a perseguitato e di creare pericolosi precedenti a danno del diritto e della comunità dei cittadini.

4-222

Marios Matsakis, on behalf of the ALDE Group. – Madam President, those who are found guilty by our courts of law must face the consequences and not be given refuge by any country in the world.

Cesare Battisti is a convicted murderer in Italy, and the stance taken by the Brazilian authorities to protect him from the reach of EU justice is not only unacceptable but also condemnable and deplorable in the strongest possible terms and we, and any other authority and any other body in the EU, have every right to say so. I hope that the Brazilian Government will come to its senses and in re-examining this case will do what is expected of it and extradite Mr Battisti to Italy as soon as possible and before this affair begins to have serious consequences for the otherwise good EU-Brazil relations. Brazil must not become a safe haven for convicted criminals and the EU must never allow murderers to escape punishment.

4-223

Roberta Angelilli, a nome del gruppo UEN. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con questa proposta di risoluzione comune questo Parlamento farà sentire la sua voce autorevole, a livello internazionale, per il riesame dell'estradizione di Cesare Battisti e soprattutto renderà omaggio alla memoria delle vittime e farà sentire la sua vicinanza ai loro familiari che, da più di vent'anni, aspettano che il loro diritto fondamentale alla giustizia, così a lungo calpestato, possa finalmente essere affermato. Altre parole sarebbero superflue. Ecco perché, signora Presidente e cari colleghi, chiedo di dedicare il tempo, i pochi secondi che mi rimangono del mio intervento per osservare qualche momento di silenzioso raccoglimento.

4-224

(*Το Σώμα τηρεί ενός λεπτού σιγή*)

4-225

Mario Borghesio (UEN). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie onorevole Angelilli per questo gesto importante che segna un atteggiamento diverso di questo Parlamento rispetto all'Unione europea, che ipocritamente se ne lava le mani, secondo la nota "dottrina Ponzio Pilato", quando invece in questo caso sono coinvolti due paesi: l'Italia, che ha pagato un prezzo altissimo per il terrorismo con le sue vittime e anni durissimi, e la Francia, che vi è coinvolta fino al collo grazie all'interessamento penoso della nota lobby della sinistra "caviar", che già si è distinta nel caso Petrella e probabilmente anche nel ruolo dei servizi segreti.

Così facendo l'Europa contraddice le sue direttive antiterrorismo e perde ogni autorevolezza nella strategia mondiale di contrasto al terrorismo. Vorrei vedere se sarebbe capitata la stessa cosa se magari si trattasse di un terrorista tedesco della RAF. L'Europa dica invece al Brasile che non estradando un delinquente comune, e tra l'altro comunista, come Battisti, che oggi persino in carcere osa sbeffeggiare le sue vittime, si autodeclasserebbe a paese rifugio dei peggiori criminali e terroristi.

Con un simile comportamento c'è da rivedere ogni accordo sul partenariato ed io penso anche la partecipazione al G8. Bisogna ribadire molto chiaramente che con i terroristi non si viene a patti. I terroristi, condannati secondo processi regolari – perché il nostro paese è di grande civiltà giuridica, nel quale non si tortura nessuno e i processi sono regolari – poi scontano la pena fino all'ultimo giorno. Terroristi, assassini e comunisti!

4-226

Albert Deß (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Ich habe mich gemeldet, weil ich im Deutschen Bundestag zehn Jahre Vorsitzender der deutsch-brasilianischen Parlamentariergruppe war und das Land Brasilien sehr gut kenne. Ich bin schon überrascht, dass die Regierung Lula diesen verurteilten Mörder nicht an ein europäisches Mitgliedsland ausliefert. Ich hoffe, dass das Verfahren in Brasilien sehr schnell abgeschlossen wird.

Die Regierung Lula hat sich insbesondere den Menschenrechten verpflichtet. Zu den Menschenrechten gehört auch, dass verurteilte Mörder ihrer gerechten Strafe zugeführt werden. Deshalb hoffe ich, dass dieser Entschließungsantrag große Unterstützung findet. Ich persönlich werde meine Kontakte zu brasilianischen Parlamentariern nützen, damit auch dort auf die Regierung eingewirkt wird, diesem Auslieferungsantrag stattzugeben.

4-227

Janusz Onyszkiewicz (ALDE). – Pani Przewodnicząca! Po zakończeniu drugiej wojny światowej w Europie wielu przestępców nazistowskich uciekło przed wymiarem sprawiedliwości do Ameryki Południowej. Próby przywołania ich z powrotem i postawienia przed sądem okazywały się szalenie trudne. To prowadziło zresztą do tak desperackich kroków, jak działania izraelskich służb, które po prostu porwały Eichmanna z Ameryki Południowej po to, żeby go postawić przed sądem.

Widać, że tradycja ucieczek do Ameryki Południowej w przekonaniu, że tam znajdzie się azyl i będzie można bezkarnie dożywać spokojnie swoich dni pomimo popełnianych przestępstw, wcale nie zanika. Działania tego rodzaju, jak te rządu brazylijskiego, przekonanie takie podtrzymują i sprawiają, że poczucie bezkarności może niestety bardzo się rozprzestrzenić. Dlatego jest rzeczą niesłychanie istotną, ażeby ten wniosek ekstradycyjny został przyjęty pozytywnie.

4-228

Mariann Fischer Boel, Member of the Commission. – Madam President, the Commission is aware of the Brazilian Justice Minister's recent decision to grant political asylum to an Italian citizen, Cesare Battisti, condemned in absentia to a life sentence by the Italian judiciary.

We have carefully considered the Commission's role in this situation, especially after Italy's European Affairs Minister, Andrea Ronchi, called on Vice-President Barrot last week for the EU to support Italy's extradition request to the Brazilian Government.

As was also explained to the Italian Government, there is no scope for an involvement of the Commission in this case. The EU Treaty is very clear on this matter: the European Union's and Commission's legal powers in the field of cooperation in criminal matters are restricted to the legal space of the EU-27. The European Union can facilitate extradition between Member States, but has no competences regarding Member States' relations with third countries on criminal cooperation matters. Italy's bilateral relations with Brazil on this matter are governed by a bilateral agreement signed in 1989.

4-229

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Περνάμε τώρα στις ψηφοφορίες.

4-230

12 - Ώρα των ερωτήσεων

4-231

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο είναι οι ψηφοφορίες.

(Για τα αποτελέσματα και λοιπές πληροφορίες επί της ψηφοφορίας: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά)

- Πριν από τις ψηφοφορίες

4-232

Martine Roure (PSE). – Madame la Présidente, vous allez trouver que je fais preuve de mauvaise humeur, mais je trouve que des rapports aussi importants, des résolutions aussi importantes votées par aussi peu de députés – et ce ne sont pas ceux qui sont là, bien sûr, qui sont coupables –, franchement, je trouve que c'est désolant et vraiment je me demande quelle crédibilité nous avons.

Donc, moi personnellement, je ne pourrai pas accepter encore longtemps que nous soyons aussi peu et il va bien falloir à un moment donné que l'on pose la question du quorum. Je sais bien qu'il faut être 40 pour demander le quorum. Comme on est à peine plus de 40, c'est difficile, mais enfin quand même, Je pense qu'il faudra faire quelque chose.

(Applaudissements)

4-233

Πρόεδρος. - Εφόσον δεν υπάρχουν 40 βουλευτές που θέτουν το θέμα, περνάμε στις ψηφοφορίες.

4-234

Marios Matsakis (ALDE). – Madam President, this has happened for the last five years. It is not just today that it has happened. It is a little bit too late to note it today.

4-235

Zuzana Roithová (PPE-DE). – Já bych chtěla jenom zdůraznit, že ten problém se týká socialistů a případně dalších frakcí, nikoliv Evropské lidové strany, která si je vědoma odpovědnosti za tato důležitá témata a je zde přítomna v podstatně větším počtu než ostatní.

4-236

Gérard Onesta (Verts/ALE). – Madame la Présidente, vous avez parfaitement raison. La procédure de quorum ne peut être appliquée qu'à la demande de 40 collègues, ou par la présidente de séance. Donc, si vous le souhaitez, si vous estimez, comme l'a dit notre collègue Roure, que c'est un débat trop important pour être tranché maintenant, vous pouvez, vous-même, maintenant, demander le quorum et faire tomber ce vote, si vous le pensez utile.

4-237

Mario Mauro, Autore. – Signora Presidente, ringrazio il collega Onesta ma penso sia sprecato l'ennesimo tentativo di salvare in extremis un terrorista pluricondannato.

4-238

Bernd Posselt (PPE-DE). – Frau Präsidentin! Ich möchte nur sagen, dass gerade am Donnerstagnachmittag die wichtigsten Themen behandelt werden, und dass wir deshalb diese wichtigen Themen, weil sie dringlich sind, auch am Donnerstagnachmittag erledigen müssen. Schuld sind nur diejenigen, die am Donnerstag fehlen. Das sind Schwänzer, und sie sollen sich überlegen, ob sie noch einmal für das Europäische Parlament kandidieren.

4-239

Πρόεδρος. – Το θέμα έχει μία ευρύτερη πολιτική διάσταση. Οι υπεύθυνοι είναι πολλοί: οι πολιτικές ομάδες αλλά και ο κάθε βουλευτής. Δεν μπορώ να ανακινήσω τη διαδικασία κ. Onesta. Ο κανονισμός λέει ότι μπορώ να απαντήσω στο αίτημα 40 βουλευτών, κάτι το οποίο όμως αυτή τη στιγμή δεν υπάρχει.

4-240

12.1 - Η κατάσταση στη Σρι Λάνκα (ψηφοφορία)

4-241

- Πριν από την ψηφοφορία επί της παραγράφου 2

4-242

Manuel Medina Ortega, Autor. – Estoy presente en esta reunión pero, en virtud de un acuerdo adoptado por el Grupo socialista, no participo en la votación, pero estoy presente.

4-243

Charles Tannock, author. – Madam President, I am asking for a last-minute change to the wording of the oral amendment – if the House will allow – because we have now managed to establish what the confusion was in the joint resolution.

The wording originally said 'non-fire period', and that did not make any sense to us, so we changed it to 'ceasefire'. It now transpires that the official text from the Declaration of the Co-Chairs, which includes the European Union, uses the wording – which is strange, but nevertheless they use it in writing – 'no-fire' period. So, could we change the 'non-fire' to 'no-fire' rather than the word 'ceasefire', as this would reflect the official text of the Co-Chairs?

4-244

Marios Matsakis (ALDE). – Madam President, I think there is something else further down the line and I think Mr Tannock should tell us about that as well before we vote. There is another small change.

4-245

Charles Tannock (PPE-DE), author. – Madam President, including the word 'humanitarian' aid, which is just to make it clear what kind of aid we are talking about.

But the important thing is to declare a 'no-fire period', which is the wording in the Co-Chairs' declaration.

4-246

Raül Romeva i Rueda, Autor. – Sí, hay algo —pero no sé si es un problema de comprensión o no—. Teóricamente, la versión que tenemos de la enmienda oral es que el texto que debería quedar es «*cease fire*», no «*non fire*». ¿Es así o es una mala interpretación por mi parte?

El texto que tiene que quedar es «*cease fire*»

4-247

Charles Tannock, author. – Madam President, I have just realised that, owing to the order in which the amendments have been printed on the voting list, I was actually reading out the oral amendment to recital K. I apologise for the confusion, but in fact we are now amending paragraph 2. That may explain why there was some confusion. Could we switch the voting list around? I do apologise, but I have things down in the wrong order on my list. I was actually reading out the change I wanted to make to recital K, rather than to paragraph 2, so that is the one we will be voting on next. I do apologise for the confusion.

The amendment to paragraph 2, which should have been the one we took last time, is: ‘Believes that a military victory over the LTTE, as envisaged by the Government of Sri Lanka, will not obviate the need to find a political solution in order to ensure a lasting peace’. That is as it is on the voting list.

4-248

(Η προφορική τροπολογία κρατείται)

4-249

Marios Matsakis (ALDE). – Madam President, in order to be correct I think we have to vote on recital K now.

4-250

- Πριν από την ψηφοφορία επί της αιτιολογικής σκέψης ΙΑ

4-251

Charles Tannock, author. – Madam President, I will now repeat it correctly for the sake of Mr Romeva i Rueda.

Recital K, as amended orally, should read now: ‘whereas the Tokyo Co-Chairs have called jointly on the Government of Sri Lanka and the LTTE to declare a no-fire period to allow for evacuation of the sick and wounded and provision of humanitarian aid to civilians,’.

4-252

(Η προφορική τροπολογία κρατείται)

4-253

12.2 - Η κατάσταση των Βιρμανών προσφύγων στην Ταϊλάνδη (ψηφοφορία)

4-254

- Πριν από την ψηφοφορία επί της παραγράφου 2:

4-255

Charles Tannock, author. – Madam President, I notice once again that the officials have not actually written the oral amendments in the same order as they are actually voted on, so I will be very careful to pick the right order myself this time. For paragraph 2, we want to add the words at the end of the paragraph, ‘as well as deliberate impoverishment, arbitrary taxation and land confiscation’.

4-256

(Η προφορική τροπολογία κρατείται)

- Πριν από την ψηφοφορία επί της παραγράφου 5

4-257

Charles Tannock, author. – Madam President, amended orally as follows for paragraph 5: ‘Welcomes the Thai Government’s cooperation with the United Nations High Commissioner for Refugees and calls for immediate and full access to all the detained Rohingya boat people in order to define their protection needs; calls at the same time on the Government of Thailand to sign the 1951 UN Convention relating to the Status of Refugees and the 1967 Protocol thereto;’.

4-258

(Η προφορική τροπολογία κρατείται)

4-259

Charles Tannock, author. – Madam President, I will read out the entire text for paragraph 6 as amended orally: ‘Stresses that the boat people issue which affects Thailand and other countries is essentially a regional one; views positively the efforts of the Thai Government to increase cooperation among regional neighbours to address the Rohingya issue; welcomes in this respect the meeting held on 23 January by the Permanent Secretary of Foreign Affairs, Kasit Piromya, with the Ambassadors of India, Indonesia, Bangladesh, Malaysia and Burma; and appeals to the members of ASEAN, and in particular the Thai chair and relevant international organisations, to work on a permanent solution to this long-standing problem;’.

4-260

(Η προφορική τροπολογία κρατείται)

4-261

Charles Tannock, author. – Madam President, recital E should read as follows: ‘whereas the United Nations refugee agency has voiced its concern about the reports of mistreatment of the Burmese refugees and gained access to some of the 126 Rohingya still kept in custody by the Thai authorities’.

4-262

(Η προφορική τροπολογία κρατείται)

4-263

12.3 - Άρνηση εκδόσεως του Cesare Battisti από την Βραζιλία (ψηφοφορία)

4-264

13 - Διορθώσεις και προθέσεις ψήφου: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

4-265

14 - Συνέχεια που δόθηκε στις θέσεις και τα ψηφίσματα του Κοινοβουλίου: βλ. Συνοπτικά πρακτικά

4-266

15 - Αποφάσεις σχετικά με ορισμένα έγγραφα: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

4-267

16 - Διαβίβαση των κειμένων που εγκρίθηκαν κατά τη σημερινή συνεδρίαση: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

4-268

17 - Γραπτές δηλώσεις που εγγράφονται στο πρωτόκολλο (άρθρο 116 του Κανονισμού): βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

4-269

18 - Χρονοδιάγραμμα των προσεχών συνεδριάσεων: βλ. Συνοπτικά Πρακτικά

4-270

19 - Διακοπή της συνόδου

4-271

(Η συνεδρίαση λήγει στις 4.35 μ.μ.)